

**„Der Einfluss von Nichtregierungsorganisationen auf die
Raumentwicklungspolitik am Beispiel der
Internationalen Alpenschutzkommission – CIPRA“**

Simon Ortner

Wien, März 2005

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	1
1. Der Alpenraum – Bilder, Blickwinkel, Abgrenzungen	4
1.1. Alpenbilder im Laufe der Zeit	4
1.2. Abgrenzungstypen	8
1.3. Die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung im Alpenraum	11
1.4. Regionstypen im Alpenraum	16
1.5. Zusammenfassung	17
2. Theorien und Definitionen von Nichtregierungsorganisationen	19
2.1. Definitionstypen	20
2.1.1. United Nations	20
2.1.2. Europarat	21
2.1.3. Union of International Associations (UIA)	22
2.1.4. Völkerrecht	23
2.2. Die rechtliche Stellung von NGOs	25
2.3. Rahmenbedingungen für die Ausbildung von NGOs	26
2.3.1. Regulationstheorie	26
2.4. Organisationstypen von NGOs	32
2.4.1. Grassroots	32
2.4.2. Nationale NGOs	33
2.4.3. NGOs und Internationale „Pressure Groups“	34
2.4.4. Hybride NGOs	35
2.4.5. Wissenschaftliche Institute	35

2.5. Strategien und Instrumente der Einflussnahme von NGOs	36
2.5.1. Lobbying	36
2.5.2. Kampagnen und Gegengipfel	37
2.5.3. Implementationsgehilfen	38
2.5.4. Normdurchsetzung	38
3. Globalisierung und Raumentwicklung	40
3.1. Zum Begriff der Globalisierung	42
3.2. Die Entstehungsvoraussetzungen der Globalisierung	44
3.3. Konsequenzen für den Raum	46
4. Paradigmenwechsel des Naturschutzes innerhalb der CIPRA	49
4.1. Die historische Entwicklung des Naturschutzes	49
4.2. Die Entwicklungsphasen des Naturschutzes innerhalb der CIPRA	55
5. CIPRA – die historische Entwicklung	57
5.1. CIPRA ein Begriff mit vielen Inhalten	57
5.2. Die Organe der CIPRA	59
5.2.1. Die Mitgliederorganisationen	61
5.3. Die Gründung der CIPRA	64
5.4. Betrachtung der Tagungsprotokolle	65
5.4.1. Die Pionierphase der CIPRA	65
5.4.2. Zusammenfassung der Pionierphase	82
5.4.3. Die Mobilisierungsphase der CIPRA	85
5.4.4. Zusammenfassung der Mobilisierungsphase	97
5.5. Die CIPRA zwischen 1990 und der Gegenwart	107
5.6. Zusammenfassung	110
5.7. Übersicht der Präsidenten der CIPRA	111

6. Die Alpenkonvention	115
6.1. Die Rahmenkonvention	120
6.2. Die Protokolle	120
6.3. Die Alpenkonferenz	121
6.4. Das ständige Sekretariat	122
6.5. Der ständige Ausschuss	123
6.6. Die Entstehung der Alpenkonvention	125
6.7. Der Einfluss der Alpenkonvention auf die Raumentwicklung	127
6.8. Instrumente zur Kontrolle der Einhaltung der Protokolle	129
6.9. Ausblick	133
7. Expertenbefragung mittels qualitativer Interviews	135
7.1. Methodik	135
7.2. Datenerhebung	135
7.3. Auswertung	136
7.3.1. Themenkatalog	137
7.3.2. Interpretation	160
Schlussbetrachtung	166
Literaturverzeichnis	169
Abbildungsverzeichnis	174
Tabellenverzeichnis	175
Internetquellen	176

Einleitung und Forschungsfrage

Der Alpenraum nimmt innerhalb Europas eine wichtige Rolle ein. Die vielfältigen Funktionen und Nutzungsansprüche führen zu unterschiedlichen Wahrnehmungen des Raumes. Aber egal, ob die Alpen als Lebens-, Kultur-, Natur-, Wirtschaftsraum oder als Verkehrshindernis gesehen werden, bleibt unbestritten, dass die Alpen in ihrer Vielfalt mit einer besonders sensiblen Raum- und Umweltpolitik bedacht werden müssen.

Da sich der Alpenraum auf verschiedene Staaten aufteilt und die Anteile des Raumes an den Staaten sehr unterschiedlich sind, ist es von großer Wichtigkeit, dass unabhängige Organisationen aktiv sind. Es gilt in dieser Arbeit zu untersuchen, wie sich die europäische Alpenschutzkommission CIPRA, als Beispiel für eine Nichtregierungsorganisation (NGO), dieser Aufgabe stellt, mit welchen Instrumenten sie arbeitet und wie groß ihr Einfluss auf die Raumentwicklung ist. Die CIPRA wurde deshalb von mir als Beispiel für diese Arbeit gewählt, weil die Organisation eine lange, sehr bewegte Geschichte hat und an der Schaffung der Alpenkonvention federführend beteiligt war.

Die Arbeit gliedert sich in sieben Kapitel. In Kapitel eins habe ich versucht, mich mit dem Begriff der Bilder und den unterschiedlichen Formen der Abgrenzungen des Alpenraumes auseinanderzusetzen. Hierzu wurden die Entwicklungsphasen der Alpensicht innerhalb der letzten 2000 Jahre aufgezeigt. Neben den Änderungen der Wahrnehmung wird in diesem Kapitel auf die unterschiedlichen Abgrenzung des Alpenraumes mit all ihren Konsequenzen, sowie auf die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung im Alpenraum eingegangen.

In Kapitel zwei wurde auf das Wesen, die Formen und die Instrumente von NGOs Bezug genommen. Anhand unterschiedlicher Definitionen wurde versucht, die

Komplexität der Ausprägungen von NGOs darzustellen. Neben den unterschiedlichen Formen kamen in diesem Teil der Arbeit auch die verschiedenen Instrumente von NGOs zur Sprache. Um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die zur Entstehung solcher Organisationen beitragen, zu erläutern, wurde von mir die Regulationstheorie gewählt. Anhand dieser Theorie soll der Wandel von der fordistischen zur postfordistischen Entwicklungsphase aufgezeigt werden. Des Weiteren wurde versucht, innerhalb dieser Theorie die Rolle von NGOs im Regelungsprozess des postfordistischen Gesellschaftsmusters darzustellen.

Im nächsten, dem dritten, Kapitel, kommt das Schlagwort „Globalisierung“ zur Sprache. Auch hier wird wieder versucht, anhand unterschiedlicher Definitionen zuerst den Inhalt des Begriffs herauszufiltern. Zudem versuche ich auf die Auswirkungen dieses Phänomens, auf den Raum allgemein und auf den Alpenraum speziell einzugehen.

Das vierte Kapitel setzt sich mit der Geschichte des Naturschutzes und den damit verbundenen Paradigmenwechseln auseinander. Diese Entwicklung soll in einen Zusammenhang mit der CIPRA gebracht werden und somit als Übergang zum fünften Kapitel, welches sich mit den Entwicklungsphasen der CIPRA von den Anfängen bis in die Gegenwart auseinandersetzt, dienen.

Nach diesen einführenden Kapiteln, in welchen die theoretischen Grundlagen aufgezeigt wurden, beginnt mit dem fünften Kapitel der angewandte Teil der Arbeit. Im Kapitel die „Geschichte der CIPRA“ wird die historische Entwicklung der CIPRA durch Auswertung verschiedener Tagungsprotokolle der Delegiertenversammlungen und Jahresfachtagungen aufgezeigt.

Es werden die unterschiedlichen Phasen der CIPRA und die damit verbundenen, in Kapitel vier erläuterten, Paradigmenwechsel von den fünfziger Jahren bis in die Gegenwart dargestellt.

Die Alpenkonvention als größte Errungenschaft und wichtigstes Handlungsinstrument der CIPRA ist der Inhalt des sechsten Kapitels. Hierbei wurde versucht, einen Überblick über die Entstehung und Struktur der Alpenkonvention zu geben. Zudem habe ich in diesem Kapitel Teile einzelner Protokolle und deren potentielle Auswirkungen auf die Raumentwicklungspolitik genauer betrachtet.

Kapitel sieben hält sowohl die Sicht von Außen, als auch gegenwärtige und zukünftige Fragestellungen fest. Anhand qualitativer, problemzentrierter Interviews mit Experten aus dem Alpenraum wurde versucht, Ansichten, Antworten und Meinungen zu relevanten Fragestellungen in Bezug auf die CIPRA, die Alpenkonvention und des Alpenraums herauszufiltern. Dieses Kapitel umfasst, neben einem kurzen methodischen Aufriss, einen Themenkatalog mit den Aussagen zu unterschiedlichen Bereichen, sowie eine Interpretation dieser.

Sehr herzlich bedanken möchte ich mich bei Prof. Norbert Weixelbaumer für die fachlichen Anregungen zur Arbeit und dafür, dass er mir in seiner Funktion als Präsident der CIPRA Österreich den Kontakt zur CIPRA International ermöglichte. Dem Team der CIPRA International, das mir bei meinem Recherche-Besuch in Liechtenstein Material und Räumlichkeiten zur Verfügung stellte sei ebenfalls an dieser Stelle herzlich gedankt. Beim Korrekturlesen dieser Arbeit standen mir Lisa Kreil, Karin Zimmel und Hannes Gaisberger hilfreich zur Seite.

Ein besonderer Dank gebührt meinen Eltern, die mich in den Jahren meines Studiums stets bestärkt und unterstützt haben.

1. Der Alpenraum – Bilder, Blickwinkel, Abgrenzungen

Die Untersuchungsregion meiner Arbeit ist mit den Alpen auf den ersten Blick leicht zu identifizieren. Fast jeder verbindet mit den Alpen ein bestimmtes Bild: ob als herausragender Naturraum mit starkem Einfluss auf den großräumigen Klima-, Luft- und Wasserhaushalt oder als Erholungsraum, als welcher die Alpen für rund 60 Millionen Winter- und Sommertouristen eine besondere Anziehungskraft ausüben. Die Alpen werden aber auch als Raum zwischen hochentwickelten Volkswirtschaften, welche miteinander regen Austausch pflegen, wahrgenommen - und damit als Verkehrshindernis, das so schnell und billig wie nur möglich überquert werden muss. Aus der Sicht der Bewohner hingegen sind die Alpen einfach nur Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsraum, welcher die gleichen Voraussetzungen wie nichtalpine Gebiete aufweisen soll. Es zeigt sich daher, dass der Alpenraum aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden kann. Deshalb wird in diesem Kapitel versucht, darauf einzugehen, was hinter dem so gebräuchlichen und vermeintlich selbstverständlichen Begriff der Alpen steht, wo und auf Basis welcher Perspektiven die Grenzen der Alpen gezogen werden und schließlich, wie sich der Alpenraum im Laufe der Zeit entwickelt hat.

1.1. Alpenbilder im Laufe der Zeit

Zu Beginn möchte ich auf die Entwicklungsstufen der Alpenbilder im Laufe der Zeit eingehen. Zu Beginn war das Alpenbild von durchwegs negativen Vorstellungen geprägt. Die Berge wurden als unwirtlich und die gesamte Gebirgslandschaft als unzugängliche Einöde verstanden. Auch die Bewohner genossen keinen guten Ruf, in so einer Gegend können keine kultivierten Menschen leben, so die gängige Meinung, die sich auch in der Literatur niedergeschlagen hat. Das Alpenbild dieser Zeit wird mit „montes horribles“ beschrieben.

Dieser Vers aus dem Gedicht „Die Berge“ von Barthold Heinrich Brockes zeigt, wie furchterregend zu dieser Zeit die Alpen wahrgenommen wurden.

*„Wenn man jemand, dessen Augen
Niemahls ein Gebürg' gesehn,
Sollt' im Schlaf zu bringen taugen
Auf der Alpen rauhen Höhn,
Und ihn dort erwachen lassen;
Wird' er nicht vor Furcht erblassen?
Glaubend, dass er nur nicht mehr
Lebend und auf Erden wär“
(Zitiert in StremLOW 1998)*

Dieses negative Alpenbild wurde aus der Ferne entworfen und bildete sich auf der Grundlage von vordergründigen Tatsachen wie den Schwierigkeiten bei der Alpenüberquerung oder des Klimas, welches eine schlechtere agrarische Nutzung bedingt, und dem Fehlen von kulturellen Zentren im Alpenraum. Dass die in die Alpen und ihre Bevölkerung hineininterpretierten Eigenschaften nicht der Realität entsprachen, zeigt sich unter anderem an der Tatsache, dass die Berglandwirtschaft schon damals hochwertige Produkte erstellte und diese auch exportierte. Dieses Bild wurde vor allem von römischen Geschichtsschreibern generiert, diese stellten nur die fruchtbaren Gebiete als nützlich und zugleich positiv dar. Die negative Sicht der Alpen hielt sich bis in das ausgehende 18. Jahrhundert, danach änderte sich die Sichtweise. Die Alpen wurden plötzlich gänzlich anders, als erhaben, romantisch oder malerisch wahrgenommen.

Unter der Kategorie des „Malerischen“ versteht Eschenburg :

Eine ästhetische Kategorie, welche sich auf sämtliche Oberflächenerscheinungen der Erde beziehen läßt. Dabei wird der Augenreiz betont, dem alle Dinge gleich sind, sofern sie nur die gewünschten Empfindungen in den Betrachtenden bewirken. (Zitiert in Stremlow 1998)

Diese Veränderung der Wahrnehmung bezog sich aber nicht nur auf die Alpen:

Die Ausbildung einer neuen Sichtweise von Natur blieb nicht nur auf die Alpen beschränkt. Nicht oder nur wenig bewirtschaftete beziehungsweise als solche wahrgenommene Gebiete wie die Heide, die Wüste, der Strand oder das Meer wurden im 18. Jahrhundert parallel zu den Alpen ästhetisiert. (Stremlow 1998)

Ausgelöst wurde die Änderung der Wahrnehmung vor allem durch Maler und Schriftsteller. Diese entdeckten die Landschaft in ihrer Kunst und stellten sie entsprechend dar. Durch diese Darstellungen angeregt änderte sich die Betrachtung der Umgebung auch bei den Reisenden und es kam zum Auftreten der ersten Pioniere des Alpentourismus. Haller, Rousseau oder Gessner sind Beispiele für Schriftsteller dieser Zeit, welche einen starken Einfluss auf die Wahrnehmungsänderung der Alpen zu dieser Zeit hatten. Als Schlüsselromane gelten Rousseaus „Julie, ou La Nouvelle pen“ 1771, Hallers „Alpen“ 1773 oder Gessners „Idyllen“ aus dem Jahr 1756. Der Grund für den grundlegenden Wechsel in der Alpensicht kann darin gesehen werden, dass sich in diesem Zeitraum auch ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Wandel vollzogen hat. Die Menschen verloren, ausgelöst durch den zunehmenden technischen Fortschritt, die Angst vor der Natur. Vor allem die Aufklärung, die industrielle Revolution und die damit verbundenen naturwissenschaftlichen Innovationen haben diesen Wandel eingeleitet. Dieser wurde von den Künstlern aufgenommen, transportiert und schließlich popularisiert. Es kann zum ersten Mal eine Landschaft - ohne von ihr einen direkten Nutzen zu haben - ästhetisch genossen werden. Laut Ritter liegt diese Entwicklung auch darin

begründet, dass mit der zunehmenden Fragmentierung des Lebens in wirtschaftliches und moralisches Handeln ein Bedürfnis nach Ausgleich entsteht. Dieses Bedürfnis kann mit dem Gefühl der ganzheitlichen Erfahrung der Natur befriedigt werden. (vgl. Bätzing 1998) Die Grundlage für den ästhetischen Eindruck einer Landschaft ist der kompositorische Gegensatz. Das bedeutet, dass die Gegenüberstellung der Gegensätze von kultivierter Idylle und ursprünglichen, gefährlich anmutenden Landschaftsformen den Reiz in der Wahrnehmung einer Landschaft ausmacht.

Aber auch dieses romantische, verklärte Bild der Alpen ist von außen vorgegeben und stellt die Alpen nur sehr verkürzt dar. Es werden nur die Aspekte gesehen, welche in das Schema des malerischen oder romantischen Alpenbildes hineinpassen. Die wirtschaftliche und materielle Nutzung der Alpen wird dabei ausgeblendet und nur die idyllischen Klischees werden wahrgenommen. Dies macht deutlich, dass die Industriegesellschaft mit Natur auf zweierlei Weise umgeht: Im Alltag wird Natur im Rahmen der industriellen Produktion als Material behandelt und vollständig und grenzenlos benutzt und vernutzt. (vgl. Bätzing 1998) Mit der Zeit werden die Alpen immer mehr zum reinen Erholungszwecke genutzt, während in der Zeit zwischen dem Ende des 18. Jahrhunderts und 1880 der Besuch in den Alpen in erster Linie ein Abenteuer darstellte. Zwischen 1880 und 1914 begann die „Belle-Epoque-Phase“, die durch die ersten großen touristischen Erschließungen gekennzeichnet war. In dieser Zeit kam es zu den ersten massentouristischen Erscheinungen, dabei wurden vor allem jene Orte erschlossen, welche dem „malerischen“ Alpenbild entsprachen.

Der nächste große Wandel in der Alpenwahrnehmung trat mit dem Wandel der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ein. Es wurden die Alpen nicht mehr nur passiv genossen und als Landschaft mit außergewöhnlicher ästhetischer Qualität gesehen. Die Nutzung der Alpen zur Erzeugung aktiver, körperlicher Erlebnisse geriet immer mehr in den Vordergrund.

„Das gemeinsame Bedürfnis einer idyllischen Gegenwelt zerfällt in der Unübersichtlichkeit der Postmoderne, deren heterogene Interessen keine Bündelung in gemeinsame Bilder mehr erfahren“ (Bätzing 1997)

Neben der Wahrnehmung der Alpen als Kulisse körperlicher Erfahrungen wirkt sich auch die in den letzten Jahrzehnten entstandene Ökologiediskussion auf die Sichtweise aus. Aus dieser Wahrnehmung wurden die Alpen zum Teil wieder „romantisiert“. Das bedeutet, dass sie als behüteter, unberührter oder besonders sensibler Naturraum wahrgenommen werden, welcher unter anderem durch wirtschaftliche oder touristische Entwicklungen seine „Unschuld“ verliert. Alle diese kurz skizzierten Alpenbilder kommen heute noch in den Diskussionen vor. Für Definitionen und Abgrenzungen des Alpenraumes ist es wesentlich, aus welcher Perspektive man den Alpenraum betrachtet. Diese Sichtweisen begründen sich - wie man im folgenden Kapitel sehen wird - meist auf den jeweiligen Interessen.

1.2. Abgrenzungstypen

Grundsätzlich gibt es unterschiedliche Perspektiven, auf deren Basis man Abgrenzungen des Alpenraums vornehmen kann.

Aus der naturwissenschaftlichen Perspektive gehören die Alpen zu Regionen, die vom Hochgebirge geprägt sind. Das bedeutet, dass die Abgrenzungen auf Basis der Höhe vorgenommen werden. Deshalb ist der Alpenraum nach einer solchen Definition nicht ein zusammenhängender Raum, sondern vielmehr ein Vielzahl einzelnen Gebirgsstöcke die sich wie Inseln im Alpenraum verteilen. In diesem Raum leben ganzjährig keine Menschen.

Neben den naturräumlichen Abgrenzungen gibt es - wie oben bereits erwähnt - noch eine Reihe anderer, anthropogene oder wirtschaftliche Abgrenzungen des Alpenraumes, bei denen sehr oft ganz große Unterschiede in Bezug auf Fläche und Einwohnerzahlen feststellbar sind.

Nach der touristischen Abgrenzung beginnt der Alpenraum erst bei Tausenden Höhenmetern. Was nicht in das touristische Bild der Alpen passt, wird ausgeklammert, wie etwa die Alpenstädte, die tiefen Tallagen, die Industriegebiete und Transitlinien. Die Alpen zerfallen in Teilbereiche, in welchen etwa 0,8 Millionen Menschen leben.

Unter der Abgrenzung der Bergbauerngebiete werden flache, tiefliegende Talböden und inneralpine Beckenlandschaften ausgenommen. In dem aus dieser Perspektive abgegrenzten Alpenraum leben zwischen 5 und 6 Millionen Menschen. Es gibt auch Bänder von Nichtalpengebieten im zentralen Alpenraum nach dieser Sicht.

Nach der Definition der staatlichen Berggebietsgesetze finden naturräumliche und wirtschaftliche Indikatoren ihren Niederschlag. Dieser Raum umfasst 190.000 km² und 14,3 Millionen Menschen.

Nach der Festlegung des Alpengebietes durch die Europäische Union (INTERREG 3B Alpine Space) leben im Alpenraum 70 Millionen Menschen auf 400.000 km². Diese wesentlich breitere Definition bedingt natürlich ganz andere Voraussetzungen. Es ist auf der untenstehenden Karte gut zu erkennen, dass nach der EU-Definition hier der eigentliche naturräumlich, ökologisch und ökonomisch funktional verflochtene Raum der Alpen nur den Kernbereich des Gebietes betrifft. Wirft man einen Blick auf die Bevölkerung, stellt die eigentliche Alpenbevölkerung überhaupt nur eine Minderheit dar.

Nach der Abgrenzung der Alpenkonvention leben 13 Millionen Menschen auf 191.287 km² Fläche. Diese Einteilung geht verstärkt auf die ökologischen Besonderheiten des Alpenraums und der damit verbundenen Art der speziellen Bewirtschaftung ein.

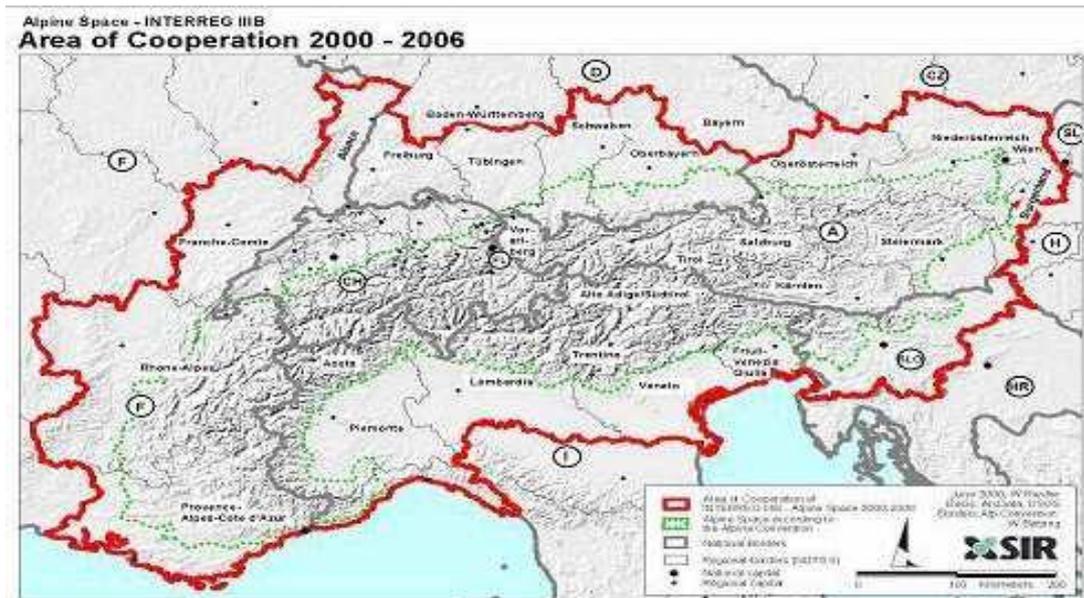


Abbildung 1, Quelle: SIR (Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen)

Die rote Grenze zeigt die Abgrenzung nach dem INTERREG 3b Programm,
die grüne Grenze zeigt die Abgrenzung nach der Alpenkonvention.

Neben einer kritischen Betrachtung der Definitionen und Abgrenzungen der Alpen ist es ebenfalls sehr wichtig, sich die Daten in Bezug auf die Bevölkerung genau anzusehen, denn es kommt oft zu Missinterpretationen dieser Daten. Der Alpenraum ist häufig von einer sehr klischeehaften Sichtweise geprägt, wie etwa der Darstellung des Alpenraumes als dünn besiedelter, ländlicher Raum. Betrachtet man jedoch die Bevölkerungsdaten genauer, so fällt auf, dass der Alpenraum keineswegs dünn besiedelt ist. Das weit verbreitete Bild der idyllischen Almen und verträumten Bergbauerdörfer entspricht nicht der Realität.

Bsp.: 11.000.000 Einwohner pro 180.000 km² ergeben eine Bevölkerungsdichte von 60 EW/km² (Abgrenzung laut Alpenkonvention).

Zieht man nun 25% der Fläche ab, so erhält man den Dauersiedlungsraum, rechnet man nun weiter, kommt man auf 240 EW/km². Zum Vergleich: Österreich hat eine Bevölkerungsdichte von 90 EW/km².

1.3. Die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung im Alpenraum

Bei Betrachtung der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung der Alpen wird der Zeitpunkt zwischen 1870 und 2000 analysiert.

In die erste Phase, die sogenannte Phase der Industriegesellschaft (1870 - 1950), tritt der Alpenraum erst verspätet ein. Im Jahre 1880 beginnt die industrielle Entwicklung aber auch im Alpenraum. Die Industrialisierung ist besonders in den an das Eisenbahnnetz angeschlossenen Regionen stark ausgeprägt. Ebenfalls entstehen in dieser Zeit die ersten Tourismusorte. Diese wirtschaftlichen Entwicklungen gehen mit einem starken Bevölkerungswachstum einher. Diese Phase verläuft aufgrund der historischen Gegebenheiten nicht gleichmäßig. In der Zeit des ersten Weltkrieges kommt es zu einem starken Einbruch der wirtschaftlichen Dynamik. Nach 1920 geht der Strukturwandel weiter, jedoch mit einer wesentlich geringeren Intensität. Ab 1939 bricht die Entwicklung wieder ab. In der Zeit zwischen 1870 und 1950 kommt es zu einer Bevölkerungssteigerung von 7,8 auf 10,8 Millionen Einwohnern (siehe Abb. 2), dies entspricht 37%. Im Vergleich dazu verzeichnen die sieben Staaten, welche Anteile an der Alpenfläche haben, ein Bevölkerungswachstum von 51%. Daraus ist zu schließen, dass die Alpen im Vergleich eine wesentlich geringere Dynamik in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung gehabt haben. Natürlich ist dies nur eine allgemeine Aussage, da es auch innerhalb des Alpenraumes starke Disparitäten bei der Bevölkerungsentwicklung gegeben hat.

In der zweiten Phase, der Übergangsphase, bekommt der Alpenraum aufgrund der nach dem Ende des zweiten Weltkrieges entstandenen neuen Ordnung des europäischen Wirtschaftsraumes eine viel stärkere Wirtschaftsdynamik. Dies bedingt neben den wirtschaftlichen Entwicklungen der Täler und Tourismusorte auch eine starke Zunahme des Transitverkehrs. Die Alpen entwickeln sich in dieser Zeit, da die West-Ost-Verbindungen an Bedeutung verloren haben, zu einem wichtigen Korridor zwischen den von einer starken Dynamik geprägten nördlichen und südlichen Wirtschaftsräumen. In dieser Phase beginnen sich mehrere wesentliche Prozesse innerhalb des Alpenraumes abzuzeichnen.

Es kommt zu einer starken Veränderung innerhalb der Landwirtschaft, die Gunstflächen werden intensiviert. Die Ungunstflächen hingegen sind durch Extensivierung und Brachlegung gekennzeichnet. Diese Wandlung bedingt eine starke Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft, ein Potential, das von zahlreichen neu entstandenen Industriebetrieben genutzt wurde. Durch den Aufbau des Tourismus kommt es in den entstehenden Tourismusgemeinden zu einem starken Bevölkerungsanstieg und zum Ausbau der touristischen Infrastruktur. In dieser Zeit steigt die Bevölkerungszahl innerhalb des Alpenraumes von 10,8 auf 13,0 Millionen Einwohner an (siehe Abb. 3). Die räumlichen Disparitäten innerhalb des gesamten Alpenraumes sind in dieser Phase jedoch nicht so stark ausgeprägt wie in der vorangegangenen Phase.

In der Phase der Dienstleistungsgesellschaft, welche durch die Zunahme der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor auf über 50% gekennzeichnet ist, verändern sich die Rahmenbedingungen innerhalb des Alpenraumes. Dies hatte zur Folge, dass sich die Regionen an der Nord-Süd Achse, die schon in der vorangegangenen Phase von einer starken Dynamik gekennzeichnet waren, durch Straßenbau und steigende Mobilität noch weiter entwickeln konnten. Weiters kommt es zu einem starken Bevölkerungswachstum der Regionen am Alpenrand. Bedingt ist dieses Wachstum durch die funktionalen Verflechtungen mit den außeralpinen Großstadtreionen. Ein weiteres Kennzeichen dieser Phase ist die Wandlung der Alpenregionen am Rande der Alpen zu Pendlerregionen. Die Bevölkerung lebt in den Alpen und pendelt in die Großstadt. Der Tourismus verliert in dieser Phase etwas an Dynamik und kommt am Ende der 80er Jahre in die Krise. Speziell mittlere Tourismusorte sind von dieser Krise betroffen. Im Bereich der Landwirtschaft setzt sich die Intensivierung fort und gleichzeitig steigt die Verbrachung der Ungunstflächen weiter an. Zwischen 1981 und 2000 kommt es zu einem Bevölkerungsanstieg von 13,0 auf 14,2 Mio. Menschen. (siehe Abb. 4)

Die Bevölkerung des Alpenraumes wuchs zwischen 1871 und 2000 von 7,8 auf 14,2 Mio. Menschen, dies entspricht einer Wachstumsrate von 82%.

Das Problem der Entwicklung stellt die Tatsache dar, dass sich die Bevölkerungs- und Wirtschaftsdynamik auf ein Viertel der Alpenfläche beschränkt: diejenigen Gebiete, welche sich unter 700 m und in gut erreichbaren Lagen befinden. Allen voran profitieren die alpinen Städte, um welche sich ein immer breiteres Siedlungsband herum zieht. Ganz im Gegensatz dazu stehen die Regionen der schlecht erreichbaren Seitentäler. Diese verlieren weiterhin an Arbeitsplätzen und Einwohnern. Ein weiteres Spezifikum stellen die Alpenrandgebiete dar, welche immer stärker zu Wohnregionen der außeralpinen Großstädte werden. Vor allem die Städte München, Wien, Zürich, Mailand oder Nizza spielen hier eine Rolle. Die Entvölkerung betrifft ca. 25% aller Alpengemeinden, welche knapp 30 Prozent der Alpenfläche darstellen. Am stärksten betroffen sind die ligurischen, piemontesischen Alpen sowie die Drome Alpen und Teile der Südostalpen. Dies hat zur Folge, dass in den französischen Alpen die traditionelle Landwirtschaft schon weitgehend zusammengebrochen ist. Es ist hier zu der typischen Entwicklung gekommen, dass sich wenige große Betriebe die vorhandenen Gunstflächen aufteilen und damit kleine Betriebe gänzlich verdrängen. Auch in den italienischen Alpen ist die Zukunft vieler Betriebe ungewiss, die Problematik zeigt sich vor allem auch am hohen Durchschnittsalter der Betriebsinhaber. Ein ähnliches Bild bietet der Tourismus. Auch hier geht die Entwicklung dahin, dass sich die Branche immer mehr auf wenige große Zentren konzentriert und einheimische Betriebe vom Markt gedrängt und durch außeralpine Investoren ersetzt werden. Der Tourismus ist nur in Bayern, Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Kärnten und Südtirol einigermaßen flächenhaft ausgebildet. Das bedeutet, dass fast alle Nebentäler ein touristisches Angebot haben und die gut erreichbaren Tallagen zu verstädtern beginnen. Im übrigen Alpenraum ist der Tourismus hauptsächlich punktuell ausgeprägt. Der globalisierte Markt hat sich natürlich auch auf den Tourismus in den letzten Jahren wesentlich ausgewirkt. Nachdem es gut 15 Jahre lang keine größeren touristischen Neuerschließungen gegeben hat, kam es in den letzten Jahren wieder vermehrt zu Neuerschließungsprojekten. (vgl. Bätzing 2000) Daraus lässt sich die Problematik

erkennen, dass der wirtschaftliche Nutzen zwar immer weniger der im Alpenraum ansässigen Bevölkerung zugute kommt, aber die ökologischen Kosten in diesem Zusammenhang ansteigen. Die genannten Entwicklungen sind natürlich in jedem Alpenstaat unterschiedlich ausgeprägt. Vor allem Frankreich hatte wenig Interesse an einer sinnvollen Berggebietspolitik, innerhalb derer auch Randgebiete, wie es die französischen Alpen in Bezug auf Frankreich darstellen, gefördert werden. Auch in Italien gab es bis jetzt keine ausgewogene, auf Berggebiete ausgelegte Politik, was zur Folge hatte, dass sich sehr große regionale Disparitäten ausbilden konnten. Den beiden zentralistisch geprägten Staaten stehen mit der Schweiz und Österreich zwei Alpenstaaten gegenüber, welche eine dezentrale Berggebietspolitik vollziehen. Zusätzlich ist natürlich auch zu sehen, dass der Anteil an der Alpenfläche zum Staatsgebiet in diesen beiden Staaten wesentlich höher ist und der Raum daher auch mehr politisches Interesse hervorruft. Aber auch in diesen Staaten ist der Strukturwandel mit all seinen Erscheinungsbildern vor sich gegangen, und auch hier stellen die regionalen Disparitäten ein Problem dar.

Abbildung 2, Quelle: Bätzing 2002

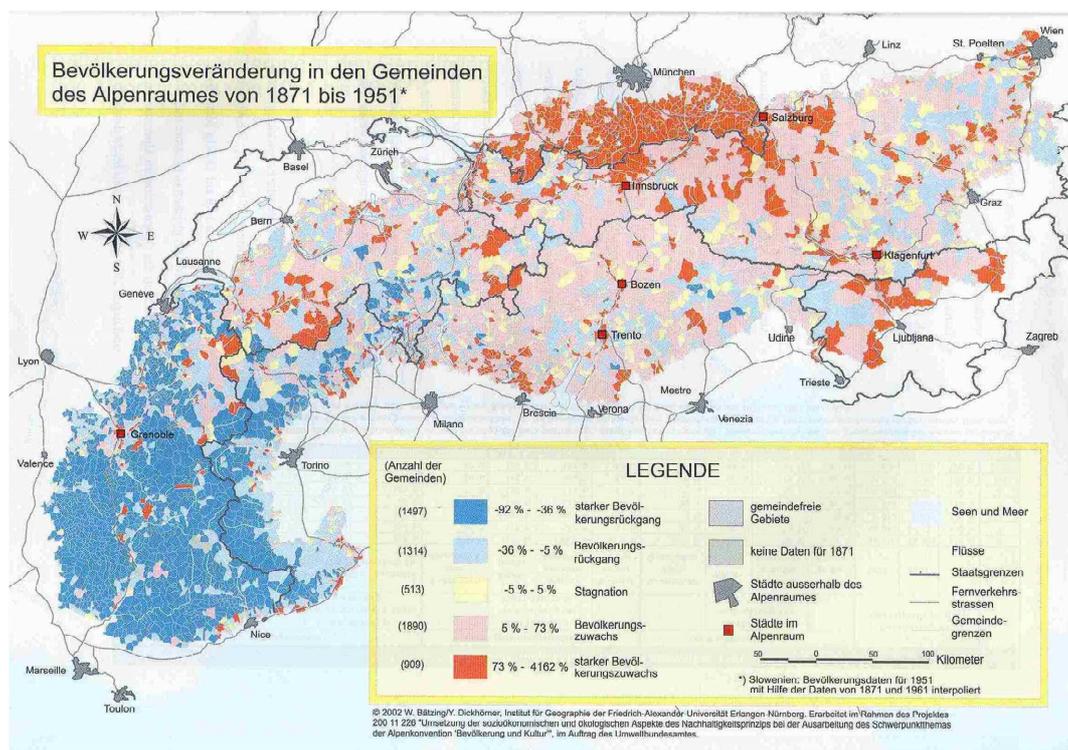


Abbildung 3, Quelle: Bätzing 2002

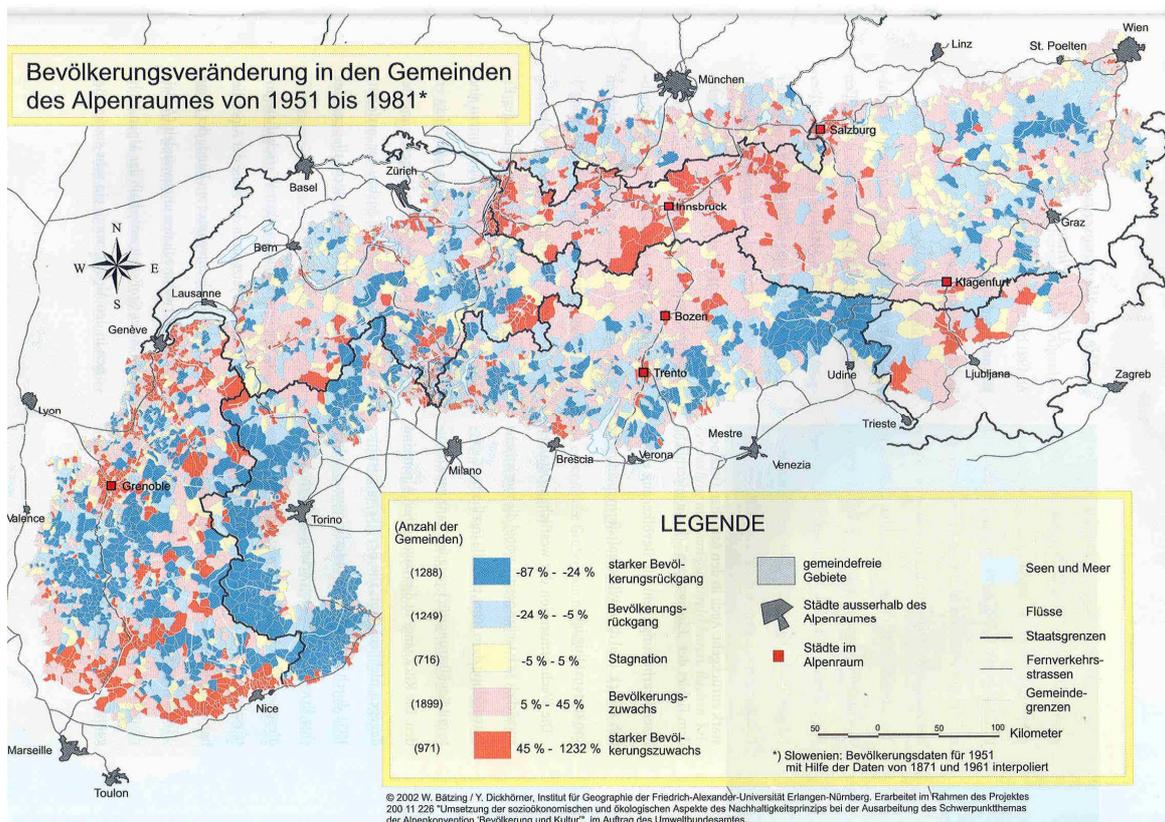
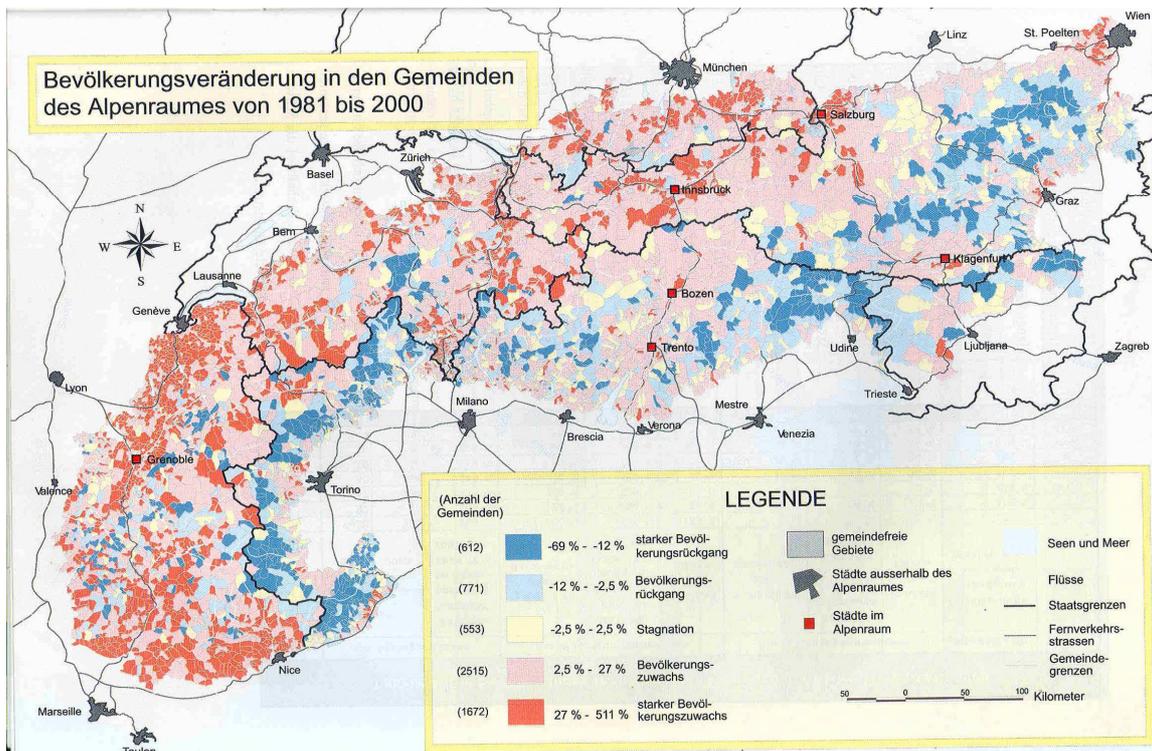


Abbildung 4, Quelle: Bätzing 2002



1.4. Regionstypen im Alpenraum

Unter Anbetracht von Entwicklungen wie Verstädterung, Deindustrialisierung, touristischer Konzentration, Transitverkehrswachstum, Deagrarisierung und Entsiedelung gliedert Bätzing die Entwicklung des Alpenraums in vier Typen. (vgl. Bätzing, 2000)

- Alpine Agglomerationen
- Alpine Wohngebiete
- Ländliche Räume in den Alpen
- Entsiedlungsregionen

Die alpinen Agglomerationen liegen um eine Alpenstadt herum und befinden sich in der Regel an einer Transitstrecke. Die wirtschaftliche Dynamik ist in diesen Regionen in der Regel sehr stark ausgeprägt, jedoch treten in diesen Regionen auch die typischen Probleme wie Zersiedelung, Luftbelastung, Verkehrsaufkommen auf. Diese Probleme gilt es in diesen Regionen zu lösen, um Umwelt-, Lebens- und Wirtschaftsqualität nachhaltig sichern zu können.

Definition: Anteil der Bevölkerung im Zentrum und den darauf bezogenen Auspendlergemeinden größer als 55% der Regionsbevölkerung und Existenz eines Zentrums mit 10.000 Einwohnern in der Region.

Alpine Wohngebiete liegen am Alpenrand, stehen in einer funktionalen Verflechtung mit den alpennahen Großstädten und dienen überspitzt formuliert als „Schlafregionen“.

Definition: Das regionale Auspendlersaldo liegt bei über 18%.

Die ländlichen Regionen der Alpen weisen eine Vielzahl von Strukturformen auf und entsprechen am ehesten dem klassischen Alpenbild. In vielen Fällen liegen diese Regionstypen im Alpeninneren in schlecht erreichbaren Lagen. Etwa die Hälfte dieser Regionen verfügt über einen wirtschaftlich relevanten Tourismus.

Definiert: Anteil der Bevölkerung in Zentren-dominierten Regionen und Auspendlerregionen kleiner als 55%.

Entsiedlungsregionen stellen ländliche Regionen dar, welche seit 1870 einen starken Bevölkerungsrückgang aufweisen. Rund 18% der Alpenbevölkerung leben in diesen Regionen. Es ist nahe liegend, dass diese Regionen mit besonderen Problemen behaftet sind. Die räumlich vor allem in den französisch-italienischen Westalpen und italienisch-slowenischen Ostalpen konzentrierten Regionen sind geprägt von kultureller Erstarrung und wirtschaftlichen Krisen.

Diese strukturellen Probleme äußern sich im Zusammenbruch von Wirtschaft und Gesellschaft, dies wiederum kann in weiterer Folge zu vollkommener Entsiedelung solcher Regionen führen.

Definition: Bevölkerungsrückgang von über 30% zwischen 1870 und 1990 und ein Bevölkerungsrückgang, der auch in den letzten Jahren weiter vor sich gegangen ist.

1.5. Zusammenfassung

Abschließend lässt sich feststellen, dass der so geläufige Begriff Alpen sich doch nicht so einfach festmachen lässt. Vor allem kommt es darauf an, mit welchem Hintergrund man von den Alpen spricht. Ob die Interessen im wirtschaftlichen oder im touristischen Bereich liegen oder die Alpen einfach den alltäglichen Lebensraum für die Bewohner darstellen, macht einen großen Unterschied aus. Aber auch wenn man sich auf eine Abgrenzung bezieht, stellt sich heraus, dass innerhalb dieser der Alpenraum ein sehr unterschiedlich geprägter Raum ist.

Innerhalb der Alpen stehen Regionen, deren Dynamik kaum zu bremsen ist, jenen gegenüber, die - sofern sich nicht Grundlegendes ändern wird - in den nächsten Jahren vollkommen entsiedelt sein werden. Dass solche Erscheinungen Auswirkungen auf Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft in den alpinen Regionen haben, ist klar. In welchem Zusammenhang diese Entwicklungen mit der sogenannten „Globalisierung“ stehen und welche Rolle dabei „Nichtregierungsorganisationen“, wie die CIPRA eine darstellt, spielen können, soll im nächsten Kapitel aufgezeigt werden.

2. Theorien und Definitionen von Nichtregierungsorganisationen

Dieser Teil der Arbeit soll einen allgemeinen Überblick über Nichtregierungsorganisationen geben. Zu diesem Zwecke möchte ich auf verschiedene Möglichkeiten von Typisierungen, Instrumenten, Definitionen und schließlich auch auf die Rahmenbedingungen der Entstehung dieser eingehen.

Der Ausdruck „Nichtregierungsorganisation“ – kurz NGO – hat, ähnlich wie der Begriff „Globalisierung“, in den letzten Jahrzehnten eine Hochkonjunktur erlebt. Beiden Begriffen gemein ist die Tatsache, dass sie keine einheitliche Definition besitzen und daher in der Öffentlichkeit oft sorglos und widersprüchlich verwendet werden. NGOs werden als relativ neue gesellschaftliche Akteure wahrgenommen, weil sie vor allem über neue Medien und Massenmedien auf sich aufmerksam machen. Aber bereits mit dem Anfang des 19. Jahrhunderts haben sich die ersten NGOs aus der Sklavenrechtsbewegung heraus entwickelt. So kann man zum Beispiel bereits die British and Foreign Anti-Slavery Society von 1823 oder die International Workers Association von 1864 als NGOs bezeichnen. Der eigentliche Begriff NGO hat aber seit 1945 Verwendung gefunden. Warum aber kommen NGOs immer häufiger in den täglichen politischen Diskussionen vor?

Hirsch schreibt dazu:

Schon der Begriff „Nicht“-Regierungsorganisation verweist indessen auf eine Dialektik die ernst genommen werden sollte. In gewisser Weise signalisiert er nämlich auch eine spezifische Form des „Staat-Werdens“ formell privater Organisationen oder eine Privatisierung staatlicher Strukturen im Zuge der aktuellen gesellschaftspolitischen Transformationsprozesse. (Hirsch 1999)

Es scheint daher offensichtlich, dass NGOs auch in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen werden. Denn durch Entwicklungen wie Denationalisierung des Staates, Entstaatlichung der Politik und Internationalisierung von Politik werden sich

weiterhin Möglichkeiten für NGOs ergeben, in politisch relevanten Bereichen zu arbeiten. Nur wenn sich der Staatsapparat zurückzieht, bedeutet dies aber nicht zwangsläufig, dass das „Feld“ einfach einer gänzlich unabhängigen NGO überlassen wird. Denn häufig sind NGOs von der staatlichen Förderung abhängig. Ausdrücke wie GONGOs (governmental organized non governmental organizations) oder QUANGOs (quasi non governmental organizations) zeigen auf ironischer Weise, wie unterschiedlich die Wechselwirkungen zwischen Staat und NGOs sein können.

(vgl. Hirsch 1999)

Dieses Dilemma von Abhängigkeit und Eigenständigkeit zwischen NGO und Staat kann folgendermaßen beschrieben werden:

Es muss auch betrachtet werden, dass NGOs prinzipiell auf ein kooperatives Verhältnis zu staatlichen Organisationen und privaten Unternehmen angewiesen sind, was wiederum der Entwicklung weitergehender Inhalte und Aktionsformen einige Hindernisse entgegensetzt.

(Hirsch 1999)

Man kann daraus erkennen, wie schwierig es ist, die richtige Balance zwischen Einfluss und Glaubwürdigkeit zu finden. Diese zu Erreichen stellt die Grundlage einer erfolgreichen Arbeit von NGOs dar.

2.1. Definitionenstypen

2.1.1. United Nations

Innerhalb der Vereinten Nationen kommt der Begriff der „nichtstaatlichen Organisationen“ im Artikel 71 SVN vor. Dieser Artikel hat zum Zweck, eine begrenzte Kooperation der UN als zwischenstaatliche Organisation mit dem Sektor der privaten Vereinigungen durch Konsultation zu ermöglichen, wobei innerhalb dieses Artikels der Begriff selber nicht definiert wird. Für die Ausarbeitung eines Konsultationsverfahrens wurde der Wirtschaft- und Sozialrat (ECOSOC) beauftragt.

Dieser richtete einen Ausschuss ein, das „Committee on Arrangements for Consultation with Non-Government Organizations“.

Im ersten Bericht dieses Ausschusses fand sich folgende Definition für den Begriff einer NGO: *Any international organization which is not established by inter-governmental agreement shall be considered as a non-governmental organization for the purpose of these arrangements* (ECOSOC Res. 288b (X) 1950)

Die Definition wurde nochmals erweitert: *...including organizations which accept members designated by government authorities, provided that such membership does not interfere with the free expressions of views of the organization* (ECOSOC Res. 1296 (XLIV) 1968)

Diese Definition ist auch heute noch gültig, obwohl es durch eine Überarbeitung des Konsultationsverfahrens zu Änderungen bei diesem gekommen ist.

Daher ist das Hauptkriterium für das Wesen einer NGO im Sinne der UN „der nicht auf staatliche Vereinbarung beruhende Gründungsakt einer Organisation“. Es ist bei dieser Definition zu beachten, dass sie zu wenig stark abgegrenzt und daher etwas zu kurz gefasst ist. Laut dieser Definition kann es möglich sein, dass unter bestimmten Umständen auch ein transnationales Unternehmen als NGO gelten würde.

2.1.2. Europarat

Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass NGOs ihr Tätigkeitsfeld zwar im multinationalen Bereich haben, aber trotzdem meist nur von einem Staat anerkannt werden, hat der Europarat im Jahr 1986 ein Übereinkommen verabschiedet. In diesem Übereinkommen wird einer NGO, welche die entsprechenden Kriterien erfüllt, der Status einer Rechtspersönlichkeit zugewiesen.

Im Zuge dieses Übereinkommens wurde im Artikel 1 eine Definition für den Begriff der internationalen nichtstaatlichen Organisation festgelegt:

This Convention shall apply to associations, foundations and other private institutions which satisfy this following conditions:

- a) have a non-profit-making aim of international utility;*
- b) have been established by an instrument governed by the internal law of a party;*
- c) carry on their activities with effects in at least two states; and*
- d) have their statutory office in the territory of a party and the central management and control in the territory of that party or of another party*

(Konvention 124 des Europarates)

Im Vergleich mit der Definition der Vereinten Nationen besteht Übereinstimmung im Punkt des innerstaatlichen Gründungsaktes einer Organisation. Weiter unterscheidet sich die Definition des Europarates dadurch, dass die Nichtgewerblichkeit beinhaltet ist. Das bedeutet, dass nach dieser Definition, im Gegensatz zur UN Festlegung, transnationale Unternehmen ausgeschlossen sind.

2.1.3. Union of International Associations (UIA)

Diese Organisation bringt das „Yearbook of International Associations“ heraus. Außerdem bildet die UIA eine Plattform für internationale Organisationen und gibt unter anderem einen Überblick über Projekte, Bibliographien und Statistiken im Zusammenhang mit internationalen Organisationen. Die UIA hat zudem eine Definition für die Bestimmung von nichtstaatlichen Organisationen entworfen.

Bei der Definition werden sieben Hauptindikatoren angeführt:

Ziele: Diese müssen internationalen Charakter haben, das bedeutet, Aktivitäten in mindestens drei Staaten.

Mitgliedschaft: Es soll eine individuelle oder kollektive Mitgliedschaft von Personen aus mindestens drei Staaten angestrebt werden, welche volles Stimmrecht besitzen.

Die Mitgliedschaft muss allen ausreichend qualifizierten Individuen oder juristischen Personen offen stehen. Es muss gewährleistet sein, dass nicht eine Gruppe von Staatsangehörigen die Organisation kontrollieren kann.

Struktur: Innerhalb dieser muss vorgesehen sein, dass eine regelmäßige Wahl der Leitung durch die Mitglieder stattfindet. Ein permanentes Büro und Voraussetzungen für eine fortgesetzte Tätigkeit müssen vorhanden sein.

Leitung: Die Leitung sollte aus Mitgliedern verschiedener beteiligter Länder zusammengesetzt sein oder zumindest zwischen Personen mit unterschiedlicher Staatsbürgerschaft rotieren.

Finanzen: Beiträge zum Budget der Organisation müssen aus mindestens drei Staaten kommen. Ein Versuch des Gewinnstrebens zugunsten der Mitglieder darf nicht unternommen werden.

Beziehungen zu anderen Organisationen: Juristische Personen, welche mit anderen Organisationen verbunden sind, scheiden nicht notwendig aus, wenn sie unabhängig bestehen und eine eigene gewählte Leitung besitzen.

Aktivitäten einer Organisation: Die Organisation muss tatsächlich aktiv oder wenigstens nicht länger als drei Jahre inaktiv sein. (UIA 2004)

Es ist klar zu erkennen, dass diese Definition wesentlich enger geführt ist als die beiden vorhergegangenen. Bei der Definition der UIA liegt kurz gesagt der Fokus auf Organisationen, welche nicht profitorientiert auf internationaler Ebene agieren. Des Weiteren umfasst diese Eingrenzung nur solche Organisationen, die regelmäßig arbeiten und zu diesem Zwecke auch eine permanentes Büro aufweisen können.

2.1.4. Völkerrecht

Im Völkerrecht werden im Wesentlichen drei Hauptindikatoren für die Definition verwendet. Nichtstaatliche Organisationen dürfen nicht staatlich, nicht gewerblich und nicht national sein. Ähnlich wie bei der Definition des Europarates gibt es eine Trennlinie zwischen internationalen Unternehmen und staatlichen Organisationen, die über das Gewinnstreben gezogen wird.

In einem weiteren Definitionsansatz können nichtstaatliche Organisationen von staatlichen Organisationen durch die Zusammensetzung der Mitglieder unterschieden werden. Es liegt laut Völkerrecht dann eine nichtstaatliche Organisation vor, wenn die Mitglieder Individuen oder Gruppen von Individuen sind. Für einen gewissen Interpretationsspielraum für den Inhalt von NGOs bleibt aber auch in dieser Definition Platz. (vgl. Riediger 2000)

Wahl erweitert die Definition um eine Ebene, er definiert NGOs als *...freiwillige Zusammenschlüsse, die Staats- und parteiunabhängig, nicht an wirtschaftlichem Gewinn und auch nicht an den Eigeninteressen ihrer Mitglieder orientiert sowie nicht ethnisch, religiös oder geschlechtsspezifisch exklusiv sind.* (Wahl 1997)

Aufbauend auf diese Definition können NGOs folgende Eigenschaften zugeordnet werden (vgl. Hirsch 1999):

- Non Profit-Orientierung
- Inanspruchnahme stellvertretender Interessenswahrnehmung
- Relative, organisatorische und finanzielle Unabhängigkeit gegenüber Staatsapparaten und Unternehmen
- Ein gewisses Maß an Professionalisierung und organisatorischer Dauerhaftigkeit.

Im Tagungsband der CIPRA „Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen in Berggebieten“ werden einige Kerneigenschaften von NGOs genannt. Alle diese Eigenschaften treffen auch für die CIPRA zu.

NGOs beschäftigen bezahlte Angestellte und können auch einnahmenwirksamen Tätigkeiten nachgehen. Es wird jedoch kein Gewinn an Mitglieder oder Angestellte ausgeschüttet. Neben den angestellten Mitarbeitern sind auch freiwillige und ehrenamtliche Helfer an der Arbeit beteiligt.

NGOs haben ihre Aufgaben und Ziele in Form eines offiziellen Dokuments festgelegt. Außerdem besteht gegenüber den Gremien eine Rechenschaftspflicht.

Die Entscheidungen von NGOs werden gänzlich unabhängig von öffentlichen Stellen getroffen. Ebenso werden keine beruflichen Interessen der Mitglieder vertreten. Schließlich sollen NGOs im öffentlichen Leben in Fragen des Gemeinwohls eine Rolle spielen. (vgl. CIPRA International b 2002)

Man kann anhand dieser unterschiedlichen Beispiele also gut erkennen, dass die Möglichkeiten von Definitionen und Abgrenzungen von NGOs vielfältig sind. Sehr auffällig ist die Schwierigkeit, die richtige Balance innerhalb der Definition zu finden. Zum einen muss man versuchen, den sehr unterschiedlichen Typen von NGOs gerecht zu werden – daher darf die Definition nicht zu eng gefasst sein –, zum anderen beinhaltet eine zu offene Definition internationale Organisationstypen, welche im eigentlichen Sinne mit dem Wirkungsbereich von NGOs nichts zu tun haben, wie eben zum Beispiel internationale Unternehmen.

2.2. Die rechtliche Stellung von NGOs

Was die unterschiedlichen Definitionen schon andeuteten, setzt sich im Bezug auf die rechtliche Anerkennung von NGOs fort. Denn auch hier gibt es keine fixen Richtlinien. Vor allem die Frage der Besteuerung spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Mit der Anerkennung der Rechtspersönlichkeit von NGOs wurde 1986 ein erster Schritt zur rechtlichen Anerkennung unternommen (Definition siehe, 2.1.2.). Im Jahr 2002 wurde die Konvention von Frankreich, Belgien, Österreich, Griechenland, Portugal, Slowenien, Schweiz, Mazedonien und Großbritannien ratifiziert. Das bedeutet das in den Länder, die die Konvention ratifiziert haben diese Vereinigungen in den anderen Vertragsstaaten als Rechtspersönlichkeit voll anerkannt werden und ebenso geschäftsfähig sind, wie in dem Staat, wo sich laut den Statuten ihr Sitz befindet. (vgl. CIPRA International 2002) Da sich diese Konvention nur auf Europa bezieht und zudem nur ein Teil der Staaten die Konvention ratifiziert hat, ist die Wirkung dieser sehr gering. Das Problem der ungewissen Rechtslage liegt auf der Hand. Da im Wesen der NGOs die

Internationalität impliziert ist, stellen unterschiedliche Rechtslagen in unterschiedlichen Staaten ein Hindernis und zusätzlichen Arbeitsaufwand dar. Es gibt also für NGOs auf internationaler Ebene keine einheitliche Rechtsstellung. Deshalb ist eine NGO dazu gezwungen, in jedem Staat, in dem sie einen Sitz hat, eine Rechtspersönlichkeit einzunehmen.

2.3. Rahmenbedingungen für die Ausbildung von NGOs

Was sind nun die Gründe für die steigende Aufmerksamkeit und Relevanz von NGOs in den letzten Jahren?

Nach Hirsch sind folgende Faktoren bedeutungsvoll:

- Der „Niedergang“ der traditionellen Bewegungen

Darunter wird der Wechsel von Protest und aktivem Widerstand zu kooperativen mitgestaltenden Politikstrategien verstanden.

- Die Globalisierung

Hirsch versteht unter Globalisierung die Durchsetzung neuer Formen der Internationalisierung der Produktion, welche auf einer Liberalisierung der Märkte und auf einer Intensivierung grenzüberschreitender Transport- und Informationssysteme begründet ist.

- Entwicklung neuer Politikinhalte und Steuerungsprobleme

Fachwissen wird im politischen Prozess immer bedeutungsvoller, das bedeutet, dass wissenschaftsgestützte Problemstellungen zum wesentlichen Faktor im politischen Diskurs werden. (vgl. Hirsch 1999)

2.3.1. Regulationstheorie

Mehrere Theorien versuchen nun, den derzeitigen Strukturwandel als Übergangsphase zwischen verschiedenen Phasen des Kapitalismus, meist als Übergang vom industriellen Paradigma des Fordismus zu dem des Postfordismus, zu thematisieren. Die Entwicklung lässt sich durch die Regulationstheorie abbilden.

In der Regulationstheorie zeigt sich die wirtschaftliche Entwicklung, im Gegensatz zu den von Schumpeter 1911 entwickelten Theorien der langen Wellen, als nicht deterministische Abfolge stabiler Entwicklungsphasen und Entwicklungskrisen.

Das bedeutet, dass es zu Wechselwirkungen innerhalb eines Systems kommt und die Entwicklung nicht nach Gesetzen und vorhersehbaren Zeitmustern abläuft.

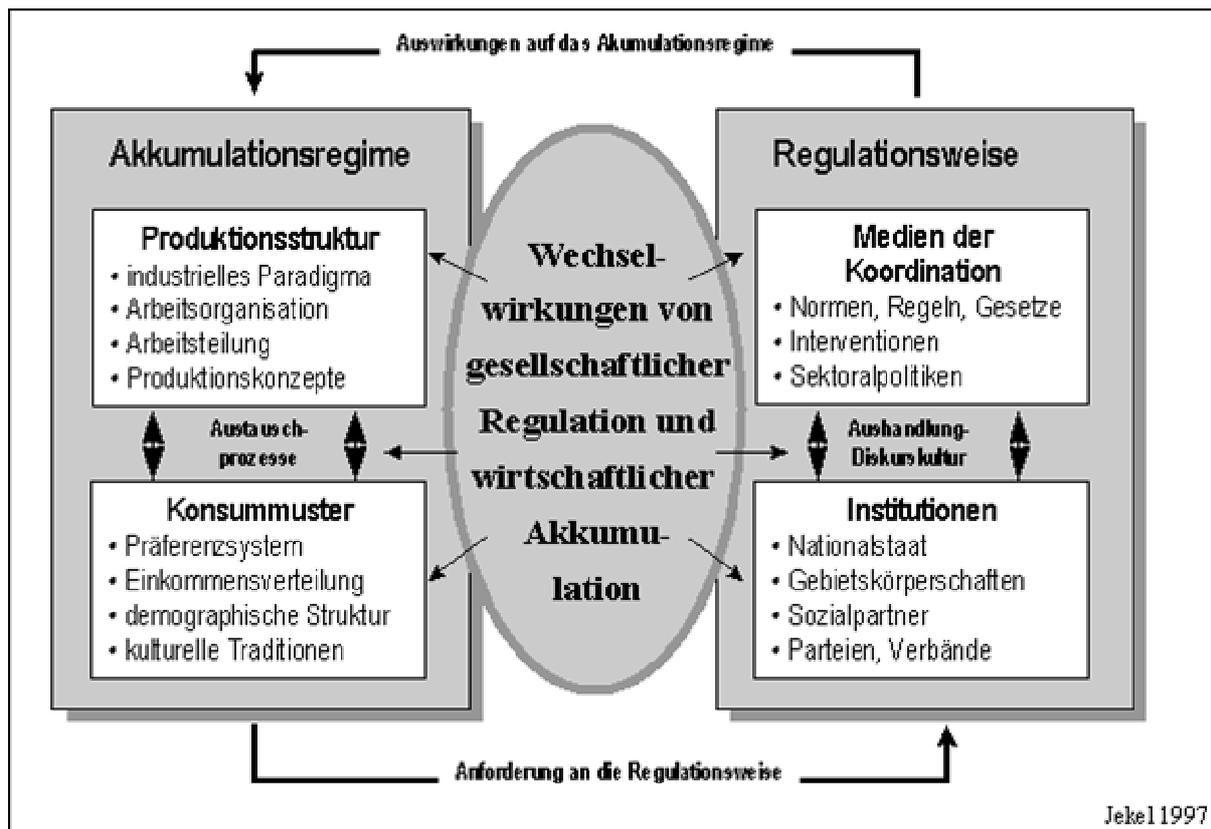


Abbildung 5 - Regulationstheorie Fordismus, Quelle: Jekel 1997

In der Regulationstheorie wird die langfristige wirtschaftlich - gesellschaftliche Entwicklung als eine nicht deterministische Abfolge von stabilen Entwicklungsphasen und Entwicklungskrisen aufgefasst. (Bathelt 1994)

Die Regulationstheorie versucht den Regimewechsel vom Fordismus zum Postfordismus zu erklären. Dabei soll dieser allerdings nicht als Ergebnis von quasinatürlichen ökonomischen Gesetzen interpretiert werden (Jessop 1992)

Solche Entwicklungsphasen kennzeichnen sich durch den Zusammenhang von vorherrschenden Technologien, Produktionsformen, Konsummustern und Organisationsformen. Mittels des Regulationsansatzes wird versucht, die kapitalistische gesellschaftliche Entwicklung darzustellen. Dies in einer Form, wo Perioden, zeitliche Abfolgen und regionale Differenzierung dargestellt werden. Die unterschiedlichen räumlichen und zeitlichen Formen werden durch den Zusammenhang zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise aufgezeigt. Mittels dieser Theorie kann auch die Stellung von NGOs innerhalb dieses Systems dargestellt werden.

In der Regulationstheorie wird die wirtschaftlich-gesellschaftliche Struktur einer Volkswirtschaft zu jedem beliebigen Zeitpunkt in zwei Teilkomplexe unterteilt, die sich wechselseitig beeinflussen und trotzdem eine Eigendynamik besitzen. (Bathelt 1994)

Diese zwei Teilkomplexe sind einerseits das Akkumulationsregime und andererseits die Regulationsweise. Das Akkumulationsregime stellt die Wachstumsstruktur dar und ist ein makroökonomisches Entwicklungsmuster. Es setzt sich aus dem vorherrschenden Produktionsmodell mit entsprechenden Technologien und Investitionsstrategien zusammen. Des Weiteren steht das Produktionsmodell im Austausch mit den vorherrschenden Konsummustern, darunter fallen Nachfrage, Soziale- oder Einkommensstrukturen.

Das Akkumulationsregime bezeichnet somit das makroökonomische Paradigma, dargestellt durch Regeln der Arbeits- und Produktionsorganisation, verallgemeinerte Managementstrategien, Einkommensverteilung, und Konsum- und Nachfragemuster. (Jekel 1997)

Regulationsweise:

Die Regulationsweise stellt den Koordinationsmechanismus dar, in welchem Steuerungsmechanismen, Organisationsformen, Normen, Regeln, Gesetze und politisch-gesellschaftliche Rahmenbedingungen des Wirtschaftsprozesses enthalten sind. Mittels dieser Faktoren kann dem gesamten System eine gewisse Stabilität gegeben werden. Akteure aus Politik, Interessensverbänden oder der Zivilgesellschaft, wie zum Beispiel NGOs, haben einen zentralen Einfluss auf die Ausbildung des Handlungsrahmens. Ihnen obliegt es, je nach Einfluss und gesetzlichen Möglichkeiten den Rahmen zu gestalten.

Die Regulationsweise bezeichnet die Koordination und Aushandlungsweise zwischen unterschiedlichen Handlungsträgern.... Diese Regelungen durch Institutionen und Konventionen kann in Kürzestform als Aufgabenbereich der Politik aufgefasst werden.

(Jekel 1997)

Im zeitlichen Verlauf verändern sich die skizzierten Bedingungen. Das bedeutet, dass sich die Organisationsbeziehungen innerhalb des Systems in Bezug auf Produktion, Reproduktion und gesellschaftlich politische Rahmenbedingungen ändern. Kommt es nun aufgrund einer Veränderung der beiden Teilkomplexe zu einer Inkompatibilität der beiden Komplexe, so kommt das System aus dem Gleichgewicht und man spricht von einer Entwicklungskrise. Charakteristisch für eine solche Entwicklung ist der daraus resultierenden Übergang zum Postfordismus. Laut Krätke soll die Krise und der darauffolgende Niedergang des Postfordismus durch folgende Faktoren ausgelöst worden sein:

...rückläufiges Produktivitätswachstum der Massenproduktionstechnologien, eine zunehmende Marktsättigung bei den maßgeblichen Warengruppen der fordistischen Massenproduktion, durch die Einschränkung von Expansionsmöglichkeiten infolge der fortgeschrittenen Einverleibung von ehemals nichtkapitalistischen Bereichen in das

dominante Wirtschaftsmodell und durch eine Restrukturierung der internationalen Arbeitsteilung mit der Folge verschärfter Weltmarktkonkurrenz... (Krätke 1996)

Im Bezug auf die Produktion geht man davon aus, dass die Produktionsprozesse im Fordismus zu wenig Dynamik aufgewiesen haben und es deshalb zu Überkapazitäten gekommen ist. Die entstandenen Organisationsstrukturen sind kaum mehr überschaubar geworden und die Möglichkeiten einer effizienten Steuerung waren kaum mehr gegeben. Auf Seiten des Konsums fand ein grundlegender Wertewandel statt. Das zunehmende Verlangen nach Individualität und Design beim Konsum schlägt sich durch Fragmentierung und Spezialisierung der Nachfrage nieder. Daher die Probleme für fordistische Industrieunternehmen, denn diese können die standardisierte Produktionsweise nicht so schnell umstellen. Nun stellt sich die Frage, wie ein postfordistisches Akkumulationsregime aussehen kann, und welche neuen Regulationsmodi sich daraus entwickeln können.

Entwickelt sich – wie manche Regulationstheoretiker behaupten – ein neuer stabiler Zusammenhang oder ist der einzige stabile Faktor eine umfassende Unsicherheit, die man eher mit dem Begriff „Postmoderne“ umschreiben würde? (vgl. Jekel 1997)

Als Auswirkungen werden folgende Punkte prognostiziert:

(vgl. Hirsch und Esser 1994)

- Neue kommunikations- und technologieorientierte Produktionsweisen, die in hoher Arbeitslosigkeit, starker sozialer Marginalisierung und einer Trennung von Arbeit/Produktion und Einkommen resultieren.
- Ebenfalls basierend auf den genannten neuen Technologien eine Industrialisierung des Dienstleistungssektors – dies bewirkt eine Verstärkung von regionalen Disparitäten zwischen 'alten' und 'neuen' Industrieregionen.
- Durch die Industrialisierung von Landwirtschaft und Dienstleistungssektor kommt es zu einer durch die neuen 'Arbeitsgeographien' erzwungenen Mobilität, die Familien und Gemeinschaften zunehmend zerbrechen lassen.

- Durch die Entkopplung von Produktivität und Einkommen für die breite Masse entwickelt sich eine verstärkte Differenzierung der Einkommens- und Konsumstruktur.

Führt man sich die im Kapitel 1 und Kapitel 3 aufgezeigten Entwicklungen im Alpenraum vor Augen, so lassen sich gut Übereinstimmungen zu den oben genannten Punkten erkennen.

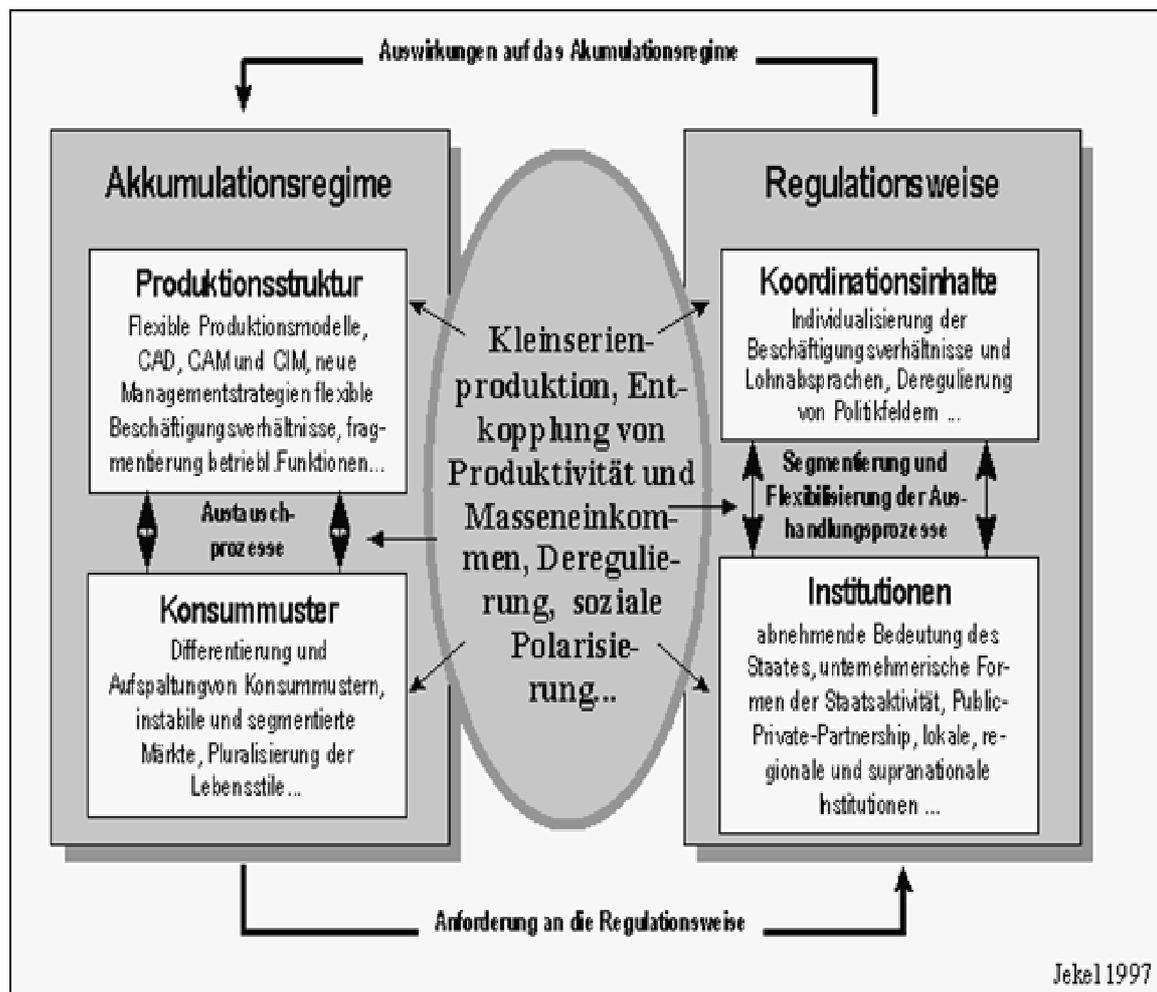


Abbildung 6 – Regulationstheorie Postfordismus, Quelle: Jekel 1997

Blickt man nun auf die Abbildung 6, die schematische Darstellung der Regulationstheorie in der postfordistischen Phase, so ist der direkte Zusammenhang zwischen der Theorie und NGOs zu erkennen. Durch die Eigenschaft der NGOs als „Moral-Unternehmen“ bewegen sie sich im „Graubereich“ zwischen Staat und Privatwirtschaft (vgl. Köhler, Siegrist, Weixlbaumer, 2003).

Dies ist unter anderem auch ein Grund dafür, warum – wie zu Beginn dieses Kapitels erwähnt – in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit so oft von NGOs die Rede war. Bezieht man nun die Stellung der NGOs als „Moralunternehmen“ in die Theorie mit ein, so sollte es NGOs grundsätzlich möglich sein, sich in den Prozess der Wechselwirkung zwischen Akkumulation und Regulation einzuschalten. Betrachtet man jetzt genauer die CIPRA, welche als Beispiel für die Wirkung von NGOs dienen soll, so sieht man, dass hier vor allem im Bereich der Regulationsweise zu wirken versucht wird. Denn die CIPRA stellt sich selbst den Anspruch, in Bereichen wirksam zu sein, wo sich der Staat aus unterschiedlichsten Gründen zurückzieht. Im Fachbereich der CIPRA sind das – um den Kreis zur Forschungsfrage zu schließen – vor allem die Fragen der Umwelt- und nachhaltigen Raumentwicklung. Wie wirksam dies vonstatten gehen kann, wird einerseits von der Professionalität der Organisation und den finanziellen Mitteln und andererseits von der Wirksamkeit der zur Verfügung stehenden Instrumente abhängig sein. Wie die Arbeit der CIPRA in diesem Zusammenhang von den Akteuren im Umfeld wahrgenommen wird, soll der empirische Teil dieser Arbeit im Kapitel 6 aufzeigen.

2. 4. *Organisationstypen von NGOs*

2.4.1. Grassroots

Unter Grassroots versteht man Organisationen, welche sich hauptsächlich auf der lokalen Ebene bewegen und durch eine starke Verbindung zur jeweiligen Gemeinde bzw. Region gekennzeichnet sind. Vor allem Bürgerinitiativen, welche auch zu Grassroots gezählt werden, spielen in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Zumeist bilden sich Grassroots-Organisationen auf Basis bestimmter Ereignisse innerhalb einer Gemeinde, welche Auswirkungen auf den Lebensraum und die Umwelt ihrer Bewohner haben. Dieser Organisationstyp ist durch die geringen finanziellen Mittel und durch hohes ehrenamtliches Engagement der Beteiligten gekennzeichnet. Auf Grund ihrer kleinräumigen Struktur sind Grassroots sehr unterschiedlich und vielfältig ausgeprägt.

Die Wirkung und Stärke solcher Organisationstypen liegt darin, dass auf lokaler Ebene Maßnahmen von Betroffenen direkt umgesetzt werden können. Zudem kann mittels solcher Organisationstypen direkt gezielte Aufklärungsarbeit zu den für die Region relevanten Themen geleistet werden. Wesentlich für eine effektive Nutzung solcher NGOs ist das Zusammenspiel mit Organisationen, welche auf einer höheren Ebene und auf einem professionelleren Niveau arbeiten. Eine solche Verbindung kann dazu beitragen, Wissen und Erfahrung von regionalen Experten mit dem von fachlich spezialisierten Experten zu vernetzen.

2.4.2. Nationale NGOs

Die Organisation auf nationaler Ebene ist für NGOs wesentlich, um sich auf staatlicher Ebene bemerkbar machen zu können. Zudem ist auf dieser Ebene eine professionellere Arbeitsweise mit größeren finanziellen Mitteln möglich. Nationale NGOs stellen im Idealfall eine Verbindung zwischen der lokalen/regionalen und der globalen Ebene her. Häufig sind solche nationalen Organisationen zusätzlich in internationalen Verbänden Mitglied. Am Beispiel der CIPRA-International und der CIPRA-Österreich ist eine solche Organisationsstruktur gut zu erkennen. Mitglied der CIPRA-Österreich sind die 9 Bundesländer sowie die Arbeitsgemeinschaft der Berg- und Naturwachen Österreichs, die Naturfreunde Österreich, der Österreichische Alpenschutzverband, der Österreichische Alpenverein, der Österreichischer Forstverein, der Österreichischer Touristenklub, die Zentralstelle der Österreichischen Landesjagdverbände und der Verband Österreichischer Höhlenforscher. Eingebettet ist die CIPRA-Österreich in den Österreichischen Umweldachverband. Diese breite Palette an Mitgliedern ermöglicht einen Austausch zwischen Behörden, Wissenschaft und den Vereinen. Aufgabe der CIPRA-Österreich ist es, zwischen den einzelnen Mitgliedern verbindend zu wirken und die Interessen und Vorstellungen der Einzelnen zu koordinieren. Diese Struktur zeigt die sehr breite fachliche und regionale Basis, auf der die CIPRA-Österreich aufgebaut ist. Weiter zeigt sich, dass NGOs auch auf der nationalen Ebene ein sehr vielschichtiges Organisationsmuster aufweisen können. Durch die CIPRA-

International sollte im Idealfall diese Basis mit der internationalen Ebene verbunden werden.

2.4.3. NGOs und Internationale „Pressure Groups“

Auf der internationalen Ebene stellt eine funktionierende Kommunikation einen besonders wichtigen Faktor dar. Da Probleme der Raum- und Umweltentwicklung nie an administrativen Grenzen enden, stehen international tätige NGOs vor der Herausforderung, die Grenzen zu überwinden. International tätige Organisationen besitzen in politischen Gremien häufig Beobachterstatus, damit kann zum Beispiel auf Vertragsverhandlungen und somit auf politische Entscheidungen Einfluss genommen werden. Solche Organisationstypen sind häufig als Netzwerke zu verstehen. In den Netzwerken befinden sich zumeist die einzelnen nationalen Vertretungen, wie auch im Falle der CIPRA. Die sogenannten „Pressure Groups“ werden auch zu den INGOs gezählt. Diese Organisationen versuchen, mit Konfrontationen und medienwirksamen Aktionen Aufmerksamkeit zu erregen und damit Missstände und ihre Ziele an die Öffentlichkeit zu bringen. Die – nicht zuletzt aufgrund mehrerer solcher Aktionen – prominenteste Organisation dieses Typus ist Greenpeace International. Wobei anzumerken ist, dass Greenpeace International keine juristische Person darstellt, sondern nur die internationalen, nationalen und regionalen Programme koordiniert. Greenpeace stellt im eigentlichen Sinn die Summe der Mitglieder des Dachverbandes „Stichting Greenpeace Council“ dar. Andere internationale NGOs hingegen versuchen, weniger aktivistisch und vermehrt mittels Zusammenarbeit mit den Staaten ihre Ziele durchzusetzen. Als Beispiel einer bekannten Organisation, welche nicht im Stile einer „Pressure Group“ Organisation arbeitet, lässt sich der WWF nennen. Diese Organisation ist regelmäßig bei allen wichtigen Konferenzen mit Bezug zum Umweltrecht anwesend, um ihren Einfluss geltend zu machen. Neben dem öffentlichen Auftreten unterscheidet sich diese Organisation von Greenpeace auch dadurch, dass die Finanzierung neben Mitgliedsbeiträgen und Spenden auch zur Hälfte von staatlicher Seite kommt.

An diesem Beispiel zeigt sich, dass sich unterschiedliche Wege und Arbeitsweisen dazu eignen können, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen.

2.4.4. Hybride NGOs

Hybride Organisationen zeichnen sich dadurch aus, dass innerhalb dieser Organisationen sowohl nichtstaatliche als auch staatliche sowie zwischenstaatliche Organisationen zusammen arbeiten. Charakteristisch dafür ist, dass die Organisationen gleichberechtigt zusammenarbeiten und somit auch ein gleiches Stimmrecht besitzen. Das bedeutet, dass sich souveräne Staaten in einer solchen Organisationsform auf die gleiche rechtliche Stufe wie NGOs begeben. Es liegt auf der Hand, dass die jeweiligen Staaten auf Ideen und Vorschläge einer NGO wesentlich ernsthafter in einer solchen hybriden Organisationsform eingehen werden. Als Beispiel lässt sich für diesen Organisationstyp die „International Union for the Protection of Nature“ IUCN nennen. Innerhalb dieser Organisation, welche wesentlich an der Entstehung der CIPRA beteiligt war, sind 74 Regierungen, 105 Regierungsbehörden und über 700 NGOs vertreten. Durch dieses umfassende Netzwerk hat diese Organisation natürlich großen Einfluss auf die wichtigsten umweltrechtlichen Konferenzen und Abkommen.

2.4.5. Wissenschaftliche Institute

Die Basis jeder seriösen Thematisierung einer entstandenen oder entstehenden Umwelt- oder Raum-relevanten Fragestellung ist die Wissenschaft. Wissenschaftler organisieren sich zum Zwecke der Bearbeitung von bestimmten Fragestellungen oft innerhalb NGOs. Ziel solcher Zusammenschlüsse soll sein, die Staaten auf Entwicklungen aufmerksam zu machen beziehungsweise zu beraten.

2.5. Strategien und Instrumente der Einflussnahme von NGOs

Da in vielen Fällen der direkte Einfluss von NGOs innerhalb der politischen Entscheidungen schon allein aus rechtlichen Gründen beschränkt ist, ist es für die Durchsetzungskraft von NGOs von großer Bedeutung, im Bereich der indirekten Einflussnahme wirken zu können.

NGOs mobilisieren Sachverstand und Wissen, über die bürokratisierte Staatsapparate nicht verfügen können, haben einen wesentlichen Anteil an der symbolischen Konstruktion und Definition gesellschaftlicher Probleme und Gefährdungen und wirken damit am agenda-setting in politischen Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen mit. Sie vertreten Interessen, die in den etablierten politischen Institutionen nicht zum Ausdruck kommen oder vernachlässigt werden und beobachten bzw. kontrollieren internationale Verhandlungsprozesse. (Hirsch 1999)

2.5.1. Lobbying

Der Begriff des Lobbying kommt daher, dass es beim Lobbying um Einflussnahme in informellen Gesprächen geht. Diese Gespräche finden dann zumeist auch nicht am Verhandlungstisch, sondern im Café oder der Lobby statt. Kennzeichnend für ein erfolgreiches Lobbying sind Informationen und das Wissen um die Positionen der Delegierten, denn nur dann ist es möglich, gezielte Kritik zu formulieren und so wirksam zu sein. Es ist klar, dass es von besonderer Wichtigkeit ist, über persönliche Kontakte und Fingerspitzengefühl zu verfügen, außerdem ist es erforderlich, die richtigen Personen anzusprechen. Dazu wird versucht, mit Vertretern von Staaten in Kontakt zu kommen, welche ähnliche Positionen wie die jeweilige NGO vertreten. Diese Staaten werden als „*like minded states*“ bezeichnet. Man versucht beim Lobbying, die konkreten Ziele auf spezifische Maßnahmen herunterzustufen und damit gewisse Formulierungen verändern zu können. Wie bereits erwähnt, ist es bei dieser Art der Einflussnahme sehr wichtig, eine hohe Fachkenntnis mitzubringen und einen guten Überblick über die gesamten Zusammenhänge des Themas zu haben.

Der Erfolg des Lobbying ist hauptsächlich von drei Kriterien abhängig:

- Grad an Offenheit von institutionellen Strukturen (hoher Grad von Gewaltenteilung und das Vorhandensein von Mechanismen zur Aggregation von Interessen)
- Integrative informelle Handlungsmuster (integrative Politikstile gegenüber gesellschaftlichen Akteuren)
- Kapazitäten zur Umsetzung politischer Entscheidungen (Zentralisierungsgrad des politischen Systems, Stärke der Administration, Autonomiegrad der Judikative). (vgl. Brühl 2003)

Diese Punkte sind jedoch nur als Rahmenbedingungen zu sehen, da es nur sehr schwer zu überprüfen ist, wie Lobbying wirklich wirkt. Daher sind diese Vorgänge empirisch schwer messbar und die Aussagen wenig abgesichert.

2.5.2. Kampagnen und Gegengipfel

Um sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, ist es notwendig, für ein bestimmtes Thema öffentlichen Druck zu erzeugen. Um dies erreichen zu können, ist es von Notwendigkeit, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Um eine Sensibilisierung zu erzielen, müssen die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden. Man versucht, durch gezielte Informationen Missstände aufzuzeigen und Medienvertreter für ein Thema zu interessieren und zu sensibilisieren. Um den öffentlichen Druck auf internationaler Ebene demonstrieren zu können, werden Kampagnen und Gegengipfel organisiert, welche mit einer entsprechenden medialen Aufmerksamkeit verbunden an die Bevölkerung weitervermittelt werden. Wesentlich bei sogenannten Gegengipfeln ist das Verbreiten von Informationen und das Erklären und Aufbereiten von komplexen Handlungsabläufen innerhalb der eigentlichen Konferenzen. Ein zusätzlicher Aspekt des breiten medialen Interesses ist die Steigerung des Bekanntheitsgrades der jeweiligen NGOs, dies hat in Bezug auf Mitgliederanzahl und damit auch auf die finanziellen Mittel positive Auswirkungen. Durch die nach außen getragenen Informationen soll in der Öffentlichkeit eine gewisse Erwartungshaltung in Bezug auf das Verhandlungsergebnis entstehen.

Diese soll in weiterer Folge Einfluss auf die Standpunkte und die Politik der beteiligten Vertreter ausüben. Eine weitere Auswirkung von Gegengipfeln und Kampagnen ist das Schaffen von Netzwerken zwischen verschiedenen NGOs. Durch das Bearbeiten eines Themas von unterschiedlichen NGOs findet durch Vernetzung ein Wissenstransfer statt. Dadurch können Probleme und mögliche Lösungen intensiver bearbeitet werden.

2.5.3. Implementationsgehilfen

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Mitwirken von NGOs bei der Umsetzung von vereinbarten Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Ziele. Bei dieser Arbeit können NGOs ihre Stärken nutzen, indem sie ihre gut ausgebildeten und motivierten Mitarbeiter einsetzen. Zudem können NGOs aufgrund ihrer Struktur die unterschiedlichen Ebenen verbinden. Eine weitere Stärke stellt die Tatsache dar, dass die Durchführung von Programmen durch NGOs aufgrund ihrer nicht – wie bei demokratischen Regierungen übliche – zeitlich beschränkte Macht längerfristig möglich ist. Dabei ist hier zu beachten, dass die Finanzierung von vielen NGOs keineswegs immer über einen längeren Zeitraum als gesichert betrachtet werden kann.

2.5.4. Normdurchsetzung

Neben der Teilnahme an unterschiedlichen politischen Konferenzen und Tagungen ist die Durchsetzung und Beeinflussung von Normen eine weitere wichtige Aufgabe von NGOs. Kann eine NGO direkt an Sitzungen und Verhandlungen teilnehmen, so besteht die Möglichkeit, solche Normen direkt zu beeinflussen. Eine weitere Möglichkeit ist die indirekte Einflussnahme. Hier kommt es häufig zur Bildung von Netzwerken, in denen unterschiedliche Vertreter von Gruppen miteinander verbunden sind. Diese Vertreter teilen jedoch die gleichen Werte und versuchen, die Einhaltung von Normen zu überwachen und gleichzeitig bestimmte Ideen zu fördern.

Wie auch bei den anderen Strategien besteht die Kraft eines solchen Netzwerkes wieder darin, durch gezielte Informationspolitik und durch das Ausüben von öffentlichem Druck das Einhalten der Normen zu fordern.

Nach der Betrachtung dieser Strategien kristallisiert sich heraus, dass für ein erfolgreiches Wirken und eine damit verbundene erfolgreiche Einflussnahme, drei Punkte wesentlich sind. Man benötigt eine mediale Plattform, um die breite Öffentlichkeit zu erreichen und damit öffentlichen Druck ausüben zu können. Daher scheint es nötig zu sein, im Zuge der Arbeit auch die Vertreter der Medien für das jeweilige Thema zu sensibilisieren. Diese Art der Zusammenarbeit könnte in Zukunft noch mehr an Wichtigkeit gewinnen, da die gesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahren in fast allen Bereichen gezeigt hat, wie wirkungsvoll eine entsprechende mediale Aufbereitung ist. Neben dem Bedienen von medialen Instrumenten ist die Bildung von Netzwerken für effektives Handeln wesentlich. Das Vernetzen von unterschiedlichen Gruppen, welche zu einem Sachbereich gleiche Ansichten teilen, hilft, Wissen zu transferieren, Expertisen zu bilden und eine größere Anzahl an Personen zu erreichen. Auch in diesem Punkt hat sich gezeigt, dass dies nicht zuletzt aufgrund der technologischen Entwicklung in den letzten Jahren zukünftig eine große Rolle spielen wird. Die Basis aller Strategien bildet eine funktionierende Kommunikation. Diese benötigt man sowohl bei der Arbeit mit den Medien als auch bei der Bildung von Netzwerken oder bei der Vermittlung der Themen an die Öffentlichkeit. Es zeigt sich also, dass für ein erfolgreiches Wirken sehr viel Know-how erforderlich ist, welches sicherlich aufgrund der beschränkten finanziellen Mittel nicht immer leicht zu bekommen sein wird.

3. Globalisierung und Raumentwicklung

In diesem Kapitel möchte ich versuchen, den in der Gegenwart so häufig verwendeten, aber sehr unklaren Begriff der Globalisierung im Zusammenhang mit den räumlichen Auswirkungen auf den Alpenraum zu beleuchten. Das Schlagwort „Globalisierung“ ruft bei vielen negative Assoziationen hervor. Vor allem im sozialen und ökonomischen Bereich suggeriert die Globalisierung etwas Negatives. Verstärkt durch den globalen Wettbewerb ist die Wirtschaft stets einem steigenden Kostensenkungsdruck ausgesetzt. Dieser schlägt sich in Einsparungen nieder, von denen fast alle Gesellschaftsschichten betroffen sind. Als Auswirkungen werden in erster Linie die Unsicherheit in Bezug auf den Arbeitsmarkt und die einher gehende stetige Ausdünnung des sozialen Netzes wahrgenommen. Aber auch die Begriffe „Entfremdung“ und „Heimatverlust“ sind oft genannte negative Aspekte der Globalisierung. Neben den angesprochenen negativen Auswirkungen dieser Entwicklung gibt es auch positive Merkmale. Häufig genannte Schlagwörter wie „Völkergemeinschaft“, „Grenzöffnung“ oder das „globale Dorf“ sollen die positiven Elemente der Globalisierung bezeichnen. Auch der Abbau von Grenzen, die Möglichkeit oder zumindest das Gefühl, mit der ganzen Welt verbunden zu sein, können zu den positiven Aspekten gezählt werden. Es liegt auf der Hand, dass diese Schlagwörter und Tatsachen zu kurz greifen und man die Entwicklung nicht grundsätzlich in gut und schlecht unterteilen kann. Es ist hier eine viel differenziertere Betrachtung nötig. Im Alpenraum sind viele dieser im Zusammenhang mit der Globalisierung stehenden Auswirkungen besonders augenscheinlich. Fast alle Probleme, die sich diesem Raum stellen, stehen in der Verbindung mit Aspekten, welche im Zusammenhang mit der Globalisierung gebracht werden können. Der Bogen lässt sich von den industriellen Krisenregionen in den Ostalpen über die Transitproblematik bis hin zum staatenübergreifenden Politikinstrument der Alpenkonvention spannen.

Seit den 60er Jahren kam es zum Einsetzen der ersten Auswirkungen dieser Entwicklung.

Durch eine zunehmend verstärkte Arbeitsteilung innerhalb der europa- und weltweiten Wirtschaft kam der Alpenraum immer mehr in die Abhängigkeit von Wirtschaftsregionen außerhalb der Alpen. Vor allem die Berglandwirtschaft, welche durch die fortschreitende Entwicklung immer mehr unter Druck geraten ist, war und ist von diesen Entwicklungen besonders betroffen. Anders als in Gunstgebieten kann sich die Berglandwirtschaft nicht annähernd über Produkterlöse erhalten. Vor allem die starke Konkurrenz aus anderen Staaten und Regionen, welche aufgrund günstigerer Bedingungen wesentlich billiger produzieren können, tragen zur Verdrängung der Berglandwirtschaft bei. Es gibt zwar auf staatlicher und EU-Ebene Fördermaßnahmen, jedoch werden diese in der Folge des zunehmenden Spardrucks auch immer mehr in Frage gestellt. Auch andere lokale Wirtschaftszweige wurden in den letzten Jahren zusehends entwertet, weil die Produktionskosten an anderen Standorten viel geringer sind. Ganz anders verhält es sich mit Ressourcen die es nur im alpinen Raum gibt, die aber auch für den außeralpinen Raum von Bedeutung sind. Hier wären vor allem die Wasserwirtschaft und die Erholungsfunktion der Alpen zu nennen. Doch auch in diesen Bereichen kommt Druck von außen, dieser führt zu Verlust von Eigenständigkeit und Eigenverantwortung. In diesem Zusammenhang besteht zudem die Gefahr, dass es durch den Verlust von Eigenständigkeit und Eigenverantwortung zu Regionen mit ausgeprägten Monofunktionen kommt und diese daher wirtschaftlich sehr labil sind. Dies führt zur Ausprägung regionaler Disparitäten; In den gut erreichbaren Regionen kommt es zu einem starken Druck und in weiterer Folge zur Übernutzung. Im Gegensatz dazu wird die Nutzung in benachteiligten Regionen zur Gänze eingestellt und es entstehen in beiden Fällen ökologische und kulturelle Probleme. (vgl. Bätzing 2001)

3.1. Zum Begriff der Globalisierung

Man sieht also, dass das, was man mit dem Begriff der Globalisierung in Zusammenhang bringt, ein sehr breites Spektrum an Auswirkungen haben kann. Nun ist jedoch die Frage, was denn die Globalisierung nun wirklich ist, noch nicht beantwortet.

Um darzustellen, wie schwer man sich in der Wissenschaft mit dem Begriff der Globalisierung tut, möchte ich einige Zitate anführen.

Globalisierung ist sicher das am meisten gebrauchte – missbrauchte – und am seltensten definierte, wahrscheinlich missverständlichste, nebulöseste und politisch wirkungsvollste (Schlag- und Streit-)Wort der letzten, aber auch der kommenden Jahre (Beck 1997)

Die Globalisierung ist also mehr als ein wissenschaftlicher Begriff. Im gewissen Sinne ist er heute eher ein Fetisch, das heißt, das Wort wird häufig gebraucht, aber meist nicht genau verstanden, bedeutet oft Gegensätzliches, aber die Bedeutungen haben eines gemeinsam: Es wird so etwas wie eine geheime Macht bezeichnet, die die Welt bewegt und unser aller Leben bestimmt und immer stärker beherrscht. (Hirsch 1998)

Globalisierung ist eine Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen, durch die entfernte Orte, in einer solchen Weise, näher miteinander verbunden werden, dass Ereignisse an einem Ort durch Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen und umgekehrt. (Giddens 1995)

... quantitative und qualitative Intensivierung grenzüberschreitender Transaktionen bei deren gleichzeitiger räumlicher Ausdehnung ... (Menzel 1999)

Globalisierung bezeichnet das zunehmend räumliche Ausgreifen sozialer Beziehungen, dessen Bedingungen und Folgen. In diesem Sinne kann unter „Globalisierung“ vor allem die weltweite Verknüpfung lokaler Gegebenheiten verstanden werden. Damit verbunden ist die Entstehung transnationaler Kulturen sowie weltweiter Netze sozialer Interaktionen“

(Werlen 2000)

Anhand dieser Zitate lassen sich zwei Arten von Definitionen unterscheiden. Beck und Hirsch definieren die Globalisierung über die Eigenschaft des Begriffes als „nebulöses Schlagwort“ oder „Fetisch“, von dem eigentlich niemand wirklich weiß, was es darstellt und aussagt. Die anderen Definitionen versuchen den Begriff mit Inhalt zu füllen. Diese Zitate beschreiben alle in unterschiedlicher Form die Globalisierung als Entwicklung, welche soziale Beziehungen unter Überwindung von Grenzen intensiviert und dabei den Raum auflöst. Nun darf aber nicht gleichzeitig angenommen werden, dass durch den Bedeutungsverlust des Raumes die Frage des Standortes an Belang verliert. Denn wie am Anfang dieses Kapitels beschrieben, kommt es im Zuge der Globalisierung genau zum gegenteiligen Effekt. Durch die intensive Vernetzung und die von außen kommende Einflussnahme verschärfen sich die Unterschiede zwischen den Regionen mit all ihren Folgen.

Peter Weichhart beschreibt diese Entwicklung wie folgt:

Die regionalen Disparitäten zwischen den Staaten werden nicht abgebaut sondern krasser. Außerdem kann man beobachten, dass plötzlich einzelne Regionen einen fast explosionsartigen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen, während andere früher prosperierende Regionalwirtschaften zusammenbrechen. Es kommt erstaunlicherweise zur Entwicklung von relativ kleinräumigen strukturierten regionalen Wirtschaftssystemen, die eine ausgeprägte Eigendynamik entwickeln. (Weichhart 2001)

Die Orte, an denen wichtigste Abläufe innerhalb der globalen Ökonomie ablaufen sind die strategischen Orte (siehe Abb. 7). Diese setzen sich aus

Industrieagglomerationen, exportorientierten Produktionszonen, Hafenstädten, Offshore Bankenzentren und Global Cities zusammen. Neben diesen sind regionale Cluster – vernetzte sozioökonomische Strukturen, in denen die realen Produktionen stattfinden – wesentlich für das System. Dem gegenüber steht die Peripherie. Als Ausdruck für den Zusammenhang zwischen Weltwirtschaft und lokaler oder regionaler Dynamik hat sich der Begriff „Glocalisation“ etabliert.

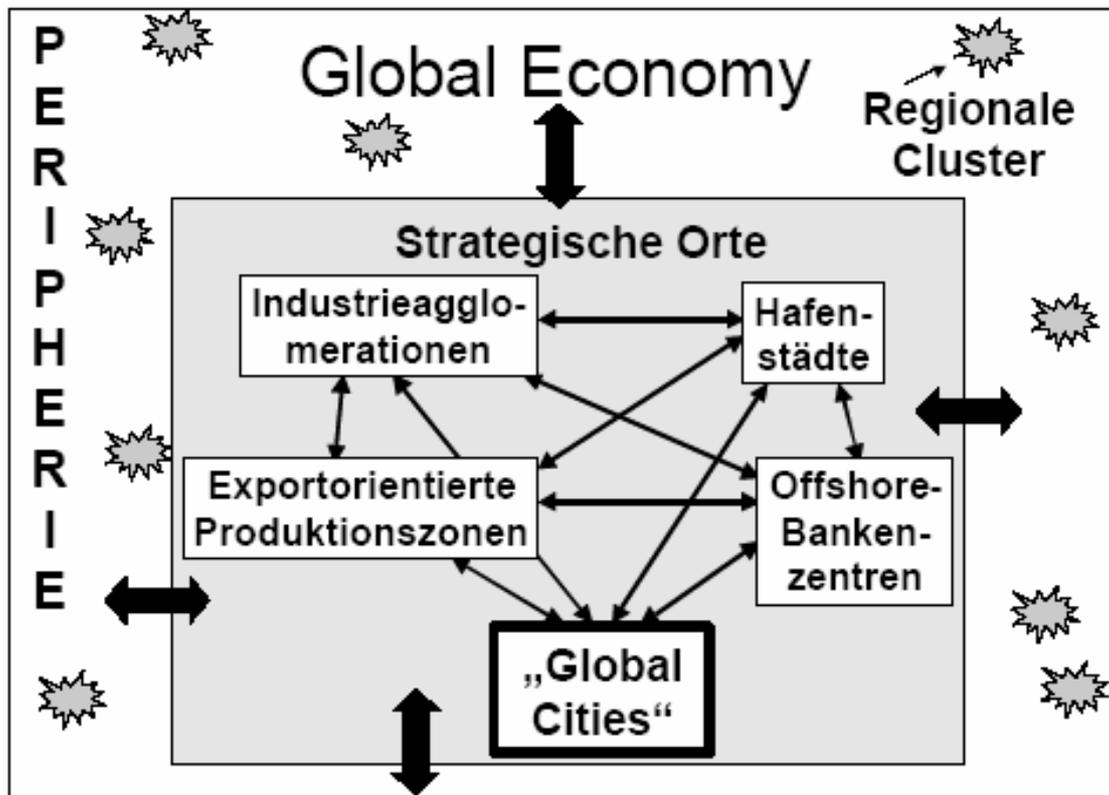


Abbildung 7 - Glocalisation, Quelle: Weichhart 2001

3.2. Die Entstehungsvoraussetzungen der Globalisierung

Auch wenn die Globalisierung vor allem mit der Moderne verbunden ist, hatte sie ihren Ursprung bereits im 16. Jahrhundert. Denn bereits hier entstanden die ersten global agierenden Unternehmen. Im 19. Jahrhundert, dem Zeitalter der großen Kolonialisierung, kam es zum ersten Höhepunkt der Globalisierung.

Im Laufe der Zeit wurde mit dem technischen Fortschritt vornehmlich bei Verkehr und Kommunikation die wirtschaftliche Verflechtung der Staaten und der Erdteile immer intensiver und enger. Später haben auch politische Zielsetzungen der

regionalen Integration, der Expansion und der Friedenssicherung die wirtschaftliche Verflechtung gefördert. Vor allem nach dem 2. Weltkrieg verfolgte man die Strategie, die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern zu forcieren, um mit einem regen Außenhandel den Frieden zu sichern. Die Gründung der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) im Jahre 1957 dient als Beispiel für diese Strategie. Der Begriff Globalisierung trat erst in den 1990er Jahren zum ersten Mal auf. Früher war eher von Internationalisierung die Rede. Die Begründung dafür lässt sich dadurch finden, dass die frühen 90er Jahre durch zwei einschneidende Entwicklungen gekennzeichnet waren, die den Prozess verstärkten und ihm einen neuen Namen verliehen.

Hirsch nennt folgende Punkte als Wesentlich:

Als erster wesentlicher Punkt ist die extrem dynamische Entwicklung der Computer- und Informationstechnologie zu sehen. Diese gab der Wirtschaft ganz neue Möglichkeiten vor allem im Finanz, Informations- und Logistikbereich.

In diesem Zusammenhang ist auch die Veränderung der Distanzen aus räumlicher und zeitlicher Sicht zu sehen. Die Entwicklung hat es ermöglicht, riesige Datenmengen und Informationen per Knopfdruck zu jeden Punkt der Erde zu versenden.

Die späten 80er Jahre waren gekennzeichnet vom Zusammenbruch des sozialistischen Systems in Osteuropa. Dieser Vorgang hatte zur Folge, dass die ehemals staatlich gesteuerten politischen Systeme dieser Staaten einen Übergang vollzogen. Es kam daher vom vorwiegend politisch definierten Systemwettbewerb (zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft) zum vorwiegend ökonomisch definierten Standortwettbewerb nahezu aller Staaten miteinander. Dieser Wettbewerb erfasste alsbald auch Provinzen (Bundesländer) und Städte weltweit. Sie alle mussten sich viel intensiver als zuvor um das mobile Kapital bemühen.

Beim Systemwettbewerb war die Verhandlungsposition des Staates gegenüber internationalen Kapitaleignern anerkanntermaßen stärker als beim Standortwettbewerb.

Neben diesen beiden Punkten, welche vor allem die 90er Jahre geprägt haben, ist noch die ideologisch-kulturelle Dimension zu sehen. Es gibt die Anerkennung von liberaldemokratischen Prinzipien und grundlegenden Menschenrechten. Neben diesen wurde auch die globale Durchsetzung des ebenso liberalen Wirtschaftssystems amerikanischer Prägung eingeleitet. (vgl. Hirsch 1999)

Damit kommt man zur nächsten Betrachtungsebene des Phänomens, nämlich der ökonomischen Betrachtungsweise. Aus dieser Sicht steht die Liberalisierung von allen wirtschaftlichen Tätigkeiten im Vordergrund. Das bedeutet ein freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Geld und Kapital. Damit im Zusammenhang steht der stetig zunehmende Einfluss von „multinationalen Konzernen“, der sich insbesondere in den letzten Jahren gezeigt hat, vor allem durch riesige Zusammenschlüsse und Fusionen von großen Unternehmen. Besonders dieser Punkt ist für viele negative Auswirkungen verantwortlich, denn wenn Konzerne total flexibel reagieren und in der Kostensenkungsspirale verhaftet sind, wird das Kapital sehr schnell zu günstigeren Standorten verschoben. – Mit der Konsequenz, dass die Arbeitskräfte, welche naturgemäß weniger flexibel sind, wegrationalisiert werden und im Extremfall Standorte ihre Funktion verlieren.

3.3. Konsequenzen für den Raum

Nun möchte ich wieder auf den Alpenraum zurückkommen und die skizzierten Folgen der Globalisierung anhand von Beispielen im Alpenraum aufzeigen.

Metropolen und Mittelstädte

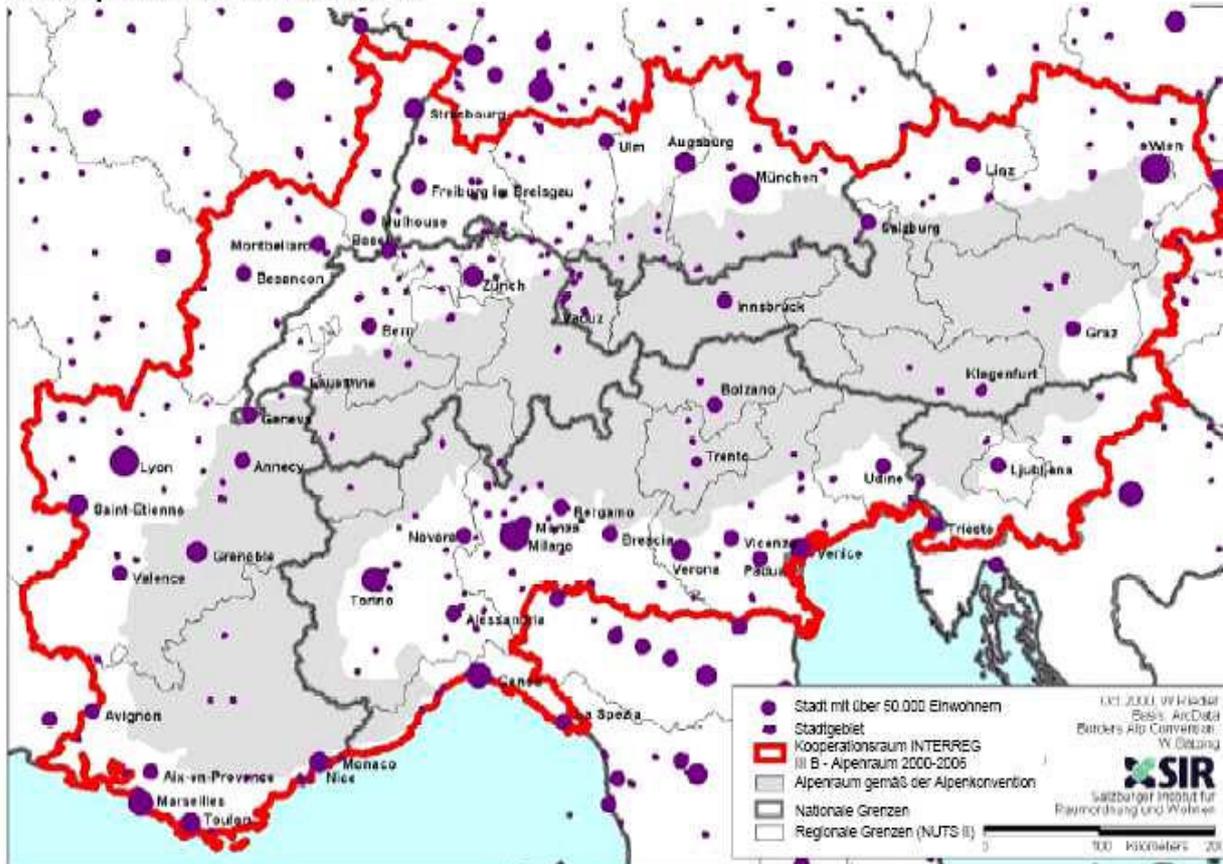


Abbildung 8, Quelle: SIR 2001

Betrachtet man die hier dargestellten Gebiete innerhalb des Alpenraums, so zeigt sich, wie stark der Einfluss auf den Raum von dynamischen Regionen außerhalb des Alpenraumes getätigt wird. Verbindet man nun diese Darstellung mit der Abbildung 7 von Weichhart, so erkennt man, wie sehr der Alpenraum von „strategischen Orten“ umgeben ist, welche natürlich eine starke Ausstrahlung auf den Raum haben. Innerhalb des Alpenraums befinden sich noch einige regionale Cluster mit hoher Dynamik und peripheren Regionen.

Mit dieser gegenläufigen Entwicklung von Vervorstädterung und Entsiedlung zerfallen die Alpen immer mehr in zwei Teilräume mit völlig unterschiedlichen Situationen, Problemen und Potentialen, so dass man nur noch schwer von „den Alpen“ sprechen kann.

(Bätzing 2000)

Deshalb spricht man auch oft vom Verschwinden der Alpen. Wobei sich diese Aussage natürlich nicht auf den Naturraum bezieht, sondern auf das Verschwinden des funktional zusammenhängenden Raumes. Die Entwicklungen werden von den strategischen Orten außerhalb gesteuert und der Alpenraum wird zum erweiterten Einzugsgebiet dieser.

Die berühmte Tiroler Gemeinde Kitzbühel, soll als Beispiel für die extreme Entwicklungsdynamik in bestimmten Regionen des Alpenraumes dienen. Kitzbühel liegt verkehrstechnisch gesehen optimal. In einer knappen Stunde kommt man mit dem Auto von München nach Kitzbühel. Durch das berühmte „Hahnenkammrennen“ hat die Gemeinde zusätzlich noch ein Event, welches finanzkräftige Urlauber anlockt und der Stadt zu einem bekannten Namen verholfen hat. Dass zahlreiche prominente Personen einen Zweitwohnsitz in Kitzbühel besitzen, trägt zusätzlich dazu bei, dass der Quadratmeterpreis für Wohnungen beinahe das Niveau Münchens erreicht hat. Trotz überhöhter Preise verzeichnet Kitzbühel laut der Wirtschaftszeitschrift Format (Nr. 4, 28.01.05) 890.000 Nächtigungen pro Jahr. Diese Nächtigungszahlen ziehen natürlich riesige Projekte wie Luxus-Hotels oder neue Golfplätze nach sich. Dem gegenüber stehen Gemeinden in Regionen, die sich ganz gegenteilig ausgebildet haben und die Verlierer der Entwicklung sind. In Österreich sind dies vor allem Gemeinden in Osttirol, Kärnten und Teilen der Steiermark. Die unterschiedlichen Probleme liegen auf der Hand. Einerseits kämpfend die dynamischen Regionen gegen Übernutzung und die damit verbunden Probleme, andererseits müssen die weniger begünstigten Talschaften eine vollkommene Entsiedelung fürchten.

4. Paradigmenwechsel des Naturschutzes innerhalb der CIPRA

Dieses Kapitel soll den Wandel der Paradigmen im Naturschutz aufzeigen. Da die CIPRA als Naturschutzorganisation gegründet worden ist, sollen diese Veränderungen mit der Entwicklungsgeschichte der CIPRA, welche im nächsten Kapitel genauer beleuchtet wird, in Zusammenhang gebracht werden.

Der Naturschutz ist Ausdruck des sich wandelnden Naturverständnisses und –verhältnisses. Aus der geschichtlichen Betrachtung des Naturschutzes heraus lässt sich demnach das jeweilige Verhältnis des Menschen zur Natur ableiten. (Raffelsiefer 2000)

Im wissenschaftlichen Kontext lässt sich der Naturschutz nicht problemlos einem wissenschaftlichen Zweig zuordnen. Zwar wird der Naturschutz, nicht zuletzt aufgrund des Begriffes, den Naturwissenschaften zugeordnet. Doch greift die „Vernaturwissenschaftlichung“ des Naturschutzes zu kurz. Diese Zuordnung spiegelt nur einen Aspekt des Naturschutzes wieder und zeigt zugleich, dass der Objektschutz als Teil des klassischen Paradigmas im Naturschutz nach wie vor von Bedeutung ist. (vgl. Weixlbaumer 1997, Raffelsiefer 2000) Um den komplexen Zusammenhängen des Systems gerecht zu werden, ist es notwendig, dass neben den natur- auch humanwissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt werden. Denn nur so kann dem wesentlichen Einfluss des Menschen auf den Naturhaushalt Rechnung getragen werden. Daraus folgt, dass Untersuchungen zu Naturschutz-Themen sinnvollerweise inter- und transdisziplinär durchgeführt werden sollten.

4.1. Die historische Entwicklung des Naturschutzes

Anhand der Entwicklungsphasen des Naturschutzes im deutschsprachigen Raum soll der Paradigmenwechsel in der Entwicklung des Naturschutzes analysiert werden.

Dazu können nach (Payer, Zangerl-Weisz 1997) drei Entwicklungsphasen unterschieden werden:

Die erste Phase - von der Jahrhundertwende bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Durch die große Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert kam es auch zu den ersten großen, durch die Folgen der Industrialisierung hervorgerufenen, Veränderungen der Landschaft. Es veränderte sich zu dieser Zeit aber nicht nur das Landschaftsbild, es wandelten sich auch die sozialen Verhältnisse, die unter anderem zur Ausbildung einer bürgerlichen Lebenshaltung führten. (vgl. Raffelsiefer 2000) Vor allem im Bürgertum entstanden die ersten Strömungen des klassischen Naturschutzes.

Der Adel hat seine privaten Besitzungen noch einige Zeit vor den Auswirkungen der Industrialisierung fernhalten können, die Arbeiterklasse sei aus realpolitischen Gründen wenig an industriekritischen Bestrebungen interessiert gewesen. Nur die Bürgerlichen hatten Geld und Zeit zum Reisen, konnten also Landschaft kennen und schätzen lernen. Sie waren daher die ersten, die erkannten, wie gefährdet dieser Genuss war (Rollins 1993 zitiert in Payer, Zangerl-Weisz 1997)

In dieser Phase waren vor allem der Naturdenkmalschutz und die Heimatschutzbewegung die zentralen Elemente des Naturschutzes. Der Begründer des Naturdenkmalschutzes war der Botaniker Hugo Conwetz mit seiner 1904 verfassten Denkschrift mit dem Titel: „Die Gefährdung der Naturdenkmäler und Vorschläge zu ihrer Erhaltung“. Unter Naturdenkmälern verstand er „Denkwürdigkeiten der Natur“, die Erhaltung und Pflege der Natur wurde im Konzept des Naturdenkmalschutzes als besondere Form des Denkmalschutzes aufgefasst. (vgl. Raffelsiefer 2000) Dies hatte zur Folge, dass der Naturschutz zu dieser Zeit sehr stark auf einzelne Objekte beschränkt war und damit größere Flächen und den umfassenden Schutz von Tier- und Pflanzenpopulationen ausschloß. (vgl. Knaut 1994)

Der bekannteste Vertreter der Heimatschutzbewegung war der Musiker Ernst Rudorff (1840-1916). Dieser verfasste zahlreiche Schriften und kaufte auch selber zum Schutz vor Zerstörung Flächen und führte auf diesen Neupflanzungen durch. (vgl. Raffelsiefer 2000) Die bekannteste und für diese Strömung richtungsweisende Publikation ist der Aufsatz: „Über das Verhältnis des modernen Lebens zur Natur“. Rudorff leitete den Naturschutz aus ästhetischen Gründen ab und sah zudem einen direkten Zusammenhang zwischen der deutschen Kulturleistung und der Heimat, wobei mit „Heimat“ natürliche und kulturelle Elemente miteinbezogen wurden. (vgl. Payer, Zangerl-Weisz 1997) Auf den Ideen von Rudorff basierend entwickelte sich in den folgenden Jahren eine konservative, innovationskritische, bürgerliche Heimatschutzbewegung. Der 1904 gegründeter „Deutscher Bund Heimatschutz“ beinhaltete die Ideen Rudorffs. Der Vorstellung eines großflächigen Naturschutzes der Heimatschutzbewegung, stand die zu dieser Zeit vom Staat forcierte Naturdenkmalschutzbewegung gegenüber. Im Laufe der Zeit verlor der Naturdenkmalschutz jedoch an Bedeutung und integrierte sich in den vom „Deutschen Bund Naturschutz“ vertretenen Naturschutz. (vgl.: Knaut 1994, Payer, Zangerl-Weisz 1997) Nach dem Ende des ersten Weltkrieges wurde die Industriekritik der Heimatschutzbewegung immer mehr ausgeblendet, nicht zuletzt deshalb, weil in der Zeit des Wiederaufbaus nach dem ersten Weltkrieg kein Platz für industriekritische Ansätze war.

Der Heimat- und Naturschutz wandelte sich so zu einer Bewegung, die den technischen Fortschritt bejaht und deren Forderungen sich auf ästhetische und zunehmend völkische Aspekte beziehen. (Payer, Zangerl-Weisz 1997)

Der „Bund Heimatschutz“ ging nach dem Beginn der nationalsozialistischen Machtergreifung in den Bund „Volkstum und Heimat“ über.

Die zweite Phase - von 1945 bis in die achtziger Jahre.

Diese Phase war vor allem durch den Wiederaufbau und den damit verbundenen wirtschaftlichen Fortschritt geprägt. Vor allem Energie- und Verkehrsprojekte übten einen starken Einfluss auf die Veränderung der Landschaft aus. Solche Projekte waren auch innerhalb der CIPRA zu dieser Zeit die Hauptthemen. (vgl. Kapitel 5) In Österreich wurden in dieser Phase vor allem die Rettung der Krimmler Wasserfälle, der geplante Bau einer Brücke über den Neusiedler See und ein geplanter Kraftwerksbau an der Erlauf thematisiert. Zudem wurde das noch immer gültige, von den Nationalsozialisten installierte, Reichsnaturschutzgesetz durch neue Landesgesetze ersetzt. Eine wirkliche politische und gesellschaftliche Bedeutung erlangte der Naturschutz aber erst wieder zu Beginn der siebziger Jahre. In dieser Zeit formierten sich die ersten Bürgerinitiativen die sich kritisch mit den wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen auseinandersetzten. In den achtziger Jahren kam es dann zu einer Professionalisierung dieser Aktivitäten. Die meisten bedeutenden Umwelt-NGOs wurden zu dieser Zeit gegründet. Auf der politischen Ebene bekamen Umweltthemen einen immer größeren Platz. In den achtziger Jahren kam in Österreich, wie auch in vielen anderen europäischen Staaten, zum ersten Mal eine „grüne Partei“ ins Parlament. In dieser Ära kam es auch zu der am Beginn dieses Kapitels kurz erwähnten Phase der „Vernaturwissenschaftlichung“ des Naturschutzes. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass alle universitären Lehrstühle für Naturschutz, die in dieser Phase in Österreich und Deutschland gegründet wurden, in naturwissenschaftliche Fakultäten eingegliedert sind. (vgl. Weixlbaumer 1997) Der Gedanke des Schutzes von einzelnen Objekten aus ästhetischen Gründen wandelte sich in dieser Stufe vermehrt hin zu ökologisch begründeten, flächendeckend - dynamischen Schutz- und Entwicklungsstrategien.

Die dritte Phase - von Mitte der achtziger Jahre bis in die Gegenwart

Im gegenwärtigen Abschnitt werden die Zielsetzungen des Naturschutzes nicht mehr ausschließlich auf schutzwürdige Gebiete beschränkt, es soll die gesamte Landschaft mit allen ihren Ausprägungen, unter Miteinbeziehung aller ökologischen, ökonomischen und sozialen Faktoren, erfasst werden. Zu diesem Zweck wurden mit dem Vertragsnaturschutz und dem Landschaftspflegefond neue Instrumente zur Steuerung geschaffen. Denen bis dato vernachlässigten Auslösern für die Veränderung des Naturzustandes sollte mit diesen Instrumenten Rechnung getragen werden.

Während sich der technische Umweltschutz viel unmittelbarer an die Verursacher von Umweltbelastungen richtet, beschränkt sich die Aufmerksamkeit des Naturschutzes und damit sein gesamtes Interventionsrepertoire noch weitgehend auf die verursachten Schäden.

(Payer, Zangerl-Weisz 1997)

Daraus lässt sich schließen, dass es eine zukünftige Aufgabe des Naturschutzes sein wird, sich systematisch mit der Analyse von Verursachungsprozessen auseinanderzusetzen.

Nach diesem kurzen Blick auf die Geschichte des Naturschutzes (Payer, Zangerl - Weisz 1997) zeigen vor allem fünf Aspekte den Paradigmenwechsel im Naturschutz:

- Flächenanspruch – wie groß ist der Flächenanspruch des Naturschutzes ?
- Schutzobjekte – welche Objekte und Teile der Natur sollen geschützt werden?
- Begründungszusammenhang – wie wird der Naturschutz argumentiert?
- Naturbild – welches Naturverständnis steht hinter dem Schutzanspruch?
- Verursacherbezug – auf wen beziehen sich die Instrumente des Naturschutzes?

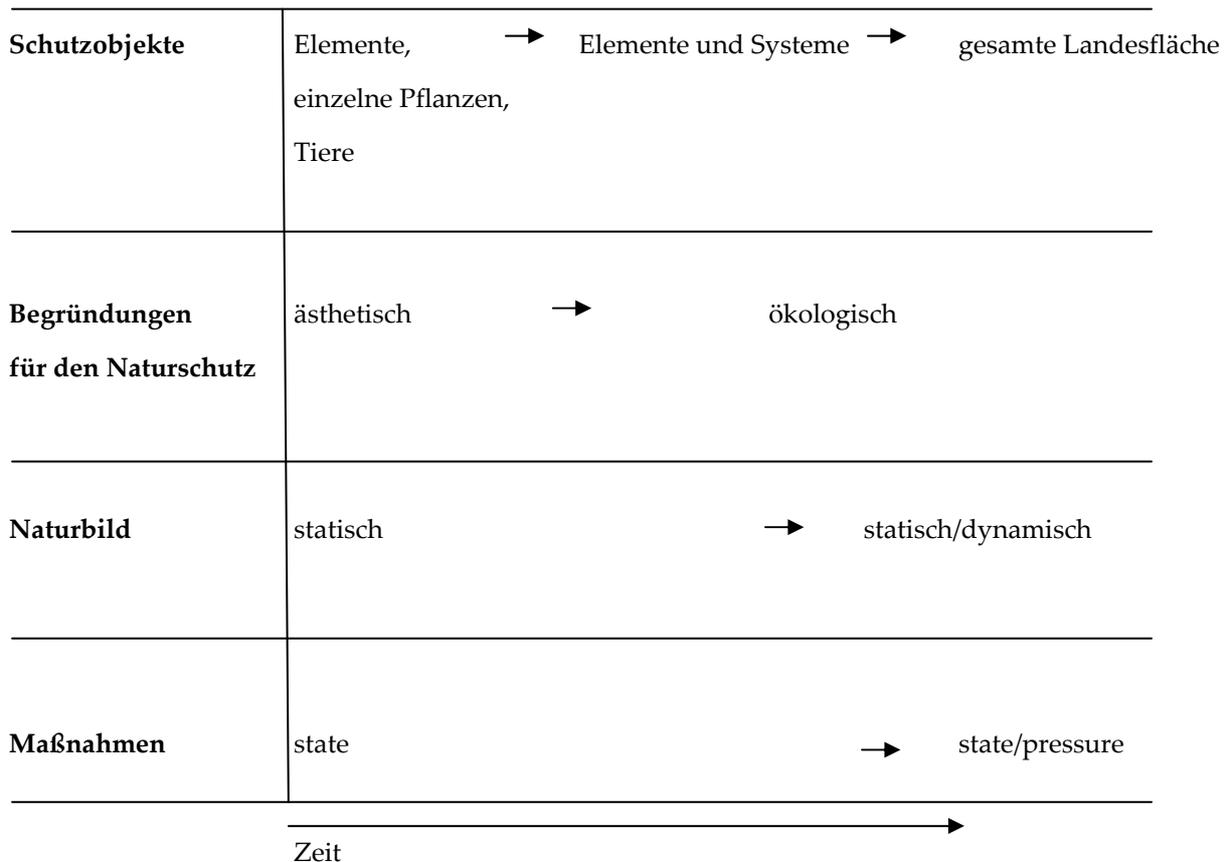


Abbildung 9: Paradigmenwechsel im Naturschutz, Quelle: Payer, Zangerl-Weisz 1997

Die Grafik zeigt die Veränderungen der Paradigmen (gekennzeichnet durch die Pfeile) in Bezug auf die genannten Aspekte. Zu Beginn stand der Schutz einzelner Elemente im Vordergrund. Der Wandel vollzog sich in zwei Stufen, vom Schutz einzelner Elemente hin zum Schutzanspruch für die gesamte Landesfläche. Die Begründungsmuster änderten sich von den ästhetischen, von der Romantik beeinflussten, Begründungen zu ökologischen Argumentationen. Am Anfang stand das Ziel, den Naturzustand zu konservieren, erst in den letzten Jahren kam es zur Entwicklung eines dynamischen Naturbildes. Die Frage der Maßnahmen bezieht sich auf Reaktionen die auf Naturschädigungen folgen (response). Hierbei geht die Entwicklung weg von der ausschließlichen Betrachtung der Schäden (state) hin zur Thematisierung der Verursacher (pressure). Es ist bei dieser Darstellung (Abb. 9) zu bemerken, dass diese Entwicklungen sehr unterschiedlich vor sich gehen und sich in der Gesellschaft auch in den gegenwärtigen Naturschutzaktivitäten noch alle Paradigmen finden lassen.

4.2. Die Entwicklungsphasen des Naturschutzes innerhalb der CIPRA

	Pionierphase	Mobilisierungsphase	Professionalisierungsphase
	1952-1969	1970-1989	1990-
Allgemeine Entwicklungen	Nachkriegszeit, Wirtschaftswachstum, große Infrastrukturprojekte	Europ. Naturschutzjahr, neue soziale Bewegungen Wintertourismusboom aufkommende Umweltbewegung	Alpenkonvention, Transitproblematik, Urbanisierung des Alpenraums, zunehmende Umweltproblematik
Aktivitäten	Gründung der CIPRA, relativ loses Netzwerk, Resolutionen, Schwerpunkt Naturschutz	Krise und Neubeginn, nationale Komitees, alpenpolitische Öffnung, Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen	Alpen als Modellregion, Geschäftsstelle, Netzwerkprojekte, Bildungsarbeit
Akteure	Naturschutzvertreter, Wissenschaftler, Verwaltungsakteure	Naturschutzvertreter, Wissenschaftler, Verwaltungsakteure, NGO Professionals	Naturschutzvertreter, Wissenschaftler, Verwaltungsakteure, NGO Professionals, Planer, Berater
Schutzobjekte	einzelne Pflanzengattungen, einzelne Tierpopulationen, einzelne Landschaftsformen, Schutzgebiete	Übergang zum integrativen Schutzgedanken, Ökosysteme Abkehr vom punktuellen Schutz	Biodiversität, Miteinbeziehung des gesamten Alpenraums, Miteinbeziehung der Städte
Argumente für Naturschutz	Einzigartigkeit, wissenschaftliches Interesse	ökologisch geprägt durch die einsetzende Ökologiebewegung	Verbindung und gegenseitige Stärkung von Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft
Naturbild	konservierend, statisch	ökologisch-statisch, Übergang zu einem ökologisch-dynamischen Naturbild	ökologisch-dynamisch
Maßnahmen	auf den Naturzustand bezogen	zu Beginn auf den Naturzustand bezogen Mit Initiierung der Alpenkonvention Beginn der Bezugnahme auf die Verursacher	Vielzahl von Aktivitäten die sich auf die Verursacher beziehen

Tabelle 1: Entwicklungsphasen der CIPRA in Bezug auf den Naturschutz, Quelle: Köhler, Siegrist, Weixlbaumer 2003, Payer, Zangerl-Weisz 1997; eigene Bearbeitung

Man kann anhand dieser Tabelle gut erkennen, dass die CIPRA in ihren Entwicklungshasen auch die Paradigmenwechsel in Bezug auf den Naturschutz vollzogen hat. Zu Beginn stand noch größtenteils der Schutz einzelner Elemente im Vordergrund, die Schutzwürdigkeit wurde in der ersten Pionierphase häufig mit dem Attribut der Einzigartigkeit oder mit einem besonderen wissenschaftlichen Wert argumentiert. In der zweiten Phase - insbesondere nach der Krise der CIPRA (siehe Kapitel 5) - kam es zur Veränderung in Bezug auf Argumentation und Naturbild. Ein grundlegender Wandel vollzog sich in den 80er Jahren. Zu dieser Zeit begann die CIPRA, vor allem im Zusammenhang mit dem Entstehungsprozess der Alpenkonvention, sich vermehrt auf die „pressures“ zu konzentrieren. Auch die Argumentation änderte sich wesentlich, man begann alle Teile der Gesellschaft in die Aktivitäten miteinzubeziehen. Neben den Schutzgedanken rückte die Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung des Alpenraumes in den Vordergrund.

Die einzelnen Phasen der Entwicklungsgeschichte der CIPRA und die damit in Zusammenhang stehenden Aktivitäten werden im folgenden Kapitel detailliert dargestellt.

5. CIPRA – die historische Entwicklung

5.1. CIPRA – ein Begriff mit vielen Inhalten

Woher kommt eigentlich der Name „CIPRA“? Die CIPRA hat seit ihrer Gründung öfters ihren Namen geändert. Die eigentliche Abkürzung „CIPRA“, welche schon 1953 Verwendung fand, leitet sich von den Anfangsbuchstaben der französischen Bezeichnung „Commission Internationale pour la Protection des Regions Alpines“ ab. Zu Beginn im Jahr 1952 gab es noch keine einheitliche deutsche Bezeichnung für die CIPRA. Die CIPRA wurde sowohl als „Alpenschutzkommission“ als auch als „Internationale Alpenschutzkommission“ bezeichnet. Schließlich einigte man sich auf die Bezeichnung „Internationale Alpenkommission“, welche bis Mitte der 70er Jahre gemeinsam mit der französischen Bezeichnung Gültigkeit hatte. Man entschloss sich deshalb, den Begriff Schutz nicht mehr in die Bezeichnung miteinfließen zu lassen, weil man fürchtete, die Bezeichnung könnte zu „limitierend“ sein. Dieser Ansicht trug man Mitte der 70er auch mit der französischen Bezeichnung „Commission Internationale pour les Regions Alpines“ Rechnung. Die deutsche Bezeichnung wurde insofern an die französische angeglichen, indem der Bezeichnung „Internationale Alpenkommission“ in Klammer „Internationale Kommission für alpine Bereiche“ beigelegt wurde. Nach dieser Reform der Bezeichnungen wurde 1979 wieder weiter diskutiert. Es stand zur Debatte, ob sich die Tätigkeiten der CIPRA auch über die Grenzen des Alpenbogens hinausgehend beziehen sollten, worauf der Name („...des Regions Alpines“) hindeuten würde. Da die CIPRA im Prozess ihrer Krisenüberwindung der 70er Jahre war und sie im eigentlichen Alpenraum nur sehr eingeschränkt wirken konnte, beschloss man einheitlich zu den Wurzeln der CIPRA zurückzukehren. Dies hatte zur Folge, dass der Begriff „Schutz“ wieder in den Namen integriert wurde. Die deutschsprachige Bezeichnung lautete nun „Internationale Kommission für den Schutz alpiner Bereiche – Internationale Alpenschutzkommission“. Auch in der französischen Bezeichnung kam man wieder zu den Anfängen zurück und „Commission Internationale pour la Protection des Regions Alpines“ stand fortan wieder für

CIPRA. Parallel dazu wurde auch das erste Logo der CIPRA entwickelt, das auf der im Jahre 1981 erschienenen Festschrift abgedruckt wurde.

1984 war die nächste Etappe der Entwicklung der CIPRA. Man begann sich mit dem offiziellen Erscheinungsbild auseinanderzusetzen und entwickelte ein Logo, welches bis in die Gegenwart Verwendung findet.

Abbildung 10 Logo CIPRA, Quelle: CIPRA International 2004



Auch die deutsche Bezeichnung wurde wieder vereinfacht. Die Bezeichnung lautet seither nur mehr „Internationale Alpenschutzkommission“. 1990 kam Italienisch als dritte Amtssprache der CIPRA hinzu. Im Zuge dessen setzte man sich erneut mit der Namensgebung auseinander. Die Tatsache, dass man im Französischen von „...des regions alpines“ spricht und im deutschen von Alpen und auch im Italienischen „Commissione Internazionale per la Protezione delle Alpi“ der Begriff „Alpen“ gebraucht wird, führte dies des öfteren zu Missverständnissen. Mit der französischen Bezeichnung wurde suggeriert, dass die CIPRA eine Organisation sei, welche alle Hochgebirgslandschaften mit einschließt. Deshalb wurde die französische Bezeichnung „...des regions alpines“ zu „...des Alpes“ umbenannt. In den letzten Jahren wurde der Ausdruck Alpen beibehalten und 1992 mit der slowenischen Bezeichnung „Mednarodna komisija za varstvo Alp“ ergänzt. Man sieht also, dass neben den inhaltlichen und strukturellen Entwicklungen auch eine semantische

Entwicklung stattgefunden hat. Damit wird deutlich, wie wichtig es ist, eine entsprechende sprachliche Sorgfalt an den Tag zu legen. Gerade in einem Raum, in dem mehrere Sprachen aufeinander treffen, kann es durch Unregelmäßigkeiten im Ausdruck leicht zu Missverständnissen kommen. Für eine internationale Organisation ist es daher unabdingbar, sich auch in diesem vermeintlich unwesentlichen Bereich Gedanken zu machen und damit auseinander zu setzen.

Der Österreichische Delegierte Gams über die Tagung St. Gallen und das Problem Sprache:

Zur Sprachenfrage: Natürlich bin ich dafür, dass auch bei der UIPN Deutsch als Kongresssprache zugelassen wird, was in Salzburg wohl ebenso selbstverständlich geschehen wird wie in Caracas die Zulassung des Spanischen. Von mir aus könnten noch mehr Sprachen zugelassen werden – ich korrespondiere z. Z. selbst in 9 Sprachen und kann noch einige dazu lesen. Gegen die Zulassung des Italienischen in der Alpenkommission wendet sich Burhenne mit unzutreffender Begründung, dass dann auch die Jugoslawen das gleiche fordern würden. Sie haben aber doch einen viel kleineren Anteil an den Alpen als Italien und wohl alle dort an Naturschutz interessierten Biologen sprechen deutsch.“

(CIPRA Archiv, 1955)

5.2. Die Organe der CIPRA

Laut diesem Reglement setzte sich die CIPRA aus Delegierten der beteiligten Länder, aus Delegierten von internationalen Organisationen, die sich mit dem Naturschutz in den Alpen befassen, sowie aus Regierungsbeobachtern der beteiligten Länder zusammen. Der Präsident wurde auf drei Jahre gewählt. Dieser hatte die Aufgabe den Sekretär zu ernennen. Wesentlich für die Struktur der CIPRA war die Tatsache, dass neben den nichtstaatlichen Vertretern auch Regierungsvertreter eine Rolle einnehmen, wobei die Regierungsvertreter eine beratende Stimme besaßen.

Daraus ergab sich, dass einerseits durch die Teilnahme offizieller Stellen die Entscheidungen oft berücksichtigt oder zumindest gehört wurden und andererseits eine Unabhängigkeit von den Regierungen gewährleistet blieb.

1975 kam es zu einer Reform, bei der ein neues Reglement erlassen wurde. In diesem neuen Reglement waren als Organe eine Delegiertenversammlung, ein Präsidium, ein Fachbeirat sowie die nationalen Komitees vorgesehen. Im Unterschied zur ersten Regelung von 1952 waren keine Beobachter der Regierungen mehr vorgesehen, obwohl bei den Beratungen der nationalen Komitees auch Vertreter der Behörden teilnehmen konnten. Diese nichtstaatliche Struktur wurde in der Folge beibehalten, auch wenn es weitere Abänderungen des Reglements gab. Als erstes Land bildete Österreich ein nationales Komitee. Dieses ist heute ein Bereich des Umweltschutzverbandes, in welchem weitere 9 NGOs und die 9 Bundesländer integriert sind. Deutschland gründete 1975, die Schweiz 1978, Frankreich 1981, Slowenien 1985, Liechtenstein 1991 und Italien 1992 ihre nationalen Vertretungen. Wobei nur in Österreich und Slowenien auch Landes- bzw. staatliche Vertreter den CIPRA Komitees angehören. Südtirol hat 1982 ein regionales Komitee gegründet. Ab 1979 gab es die Möglichkeit der Mitgliedschaft bei der CIPRA, Mitglieder können seither Organisationen und Institutionen aus den Alpenländern sein. Zu zusätzlichen Organen der CIPRA wurden eine Mitgliederversammlung, ein Präsidium und ein Rechnungsprüfer erklärt. Im Jahre 1991 wurde die Art der Mitgliedschaft bei der CIPRA genauer definiert. Es gibt seither ordentliche und fördernde Mitglieder (Niederländische Milieu Groep Alpen). Als oberstes Organ wurde die Delegiertenversammlung bestimmt, in welche alle Mitglieder beliebig viele Delegierte entsenden können. Als Organe fungierten nun das Präsidium, der Präsident und die Rechnungsprüfer.

5.2.1. Die Mitgliedsorganisationen

CIPRA-Österreich

Gründungsjahr: 1975

Arbeitsgemeinschaft der Berg- und Naturwachten Österreichs (ABNÖ), Naturfreunde Österreich, Naturschutzbund Österreich, Österreichischer Alpenschutzverband (ÖASV), Oesterreichischer Alpenverein (OeAV), Österreichischer Forstverein, Österreichischer Touristenklub (ÖTK), Verband Österreichischer Höhlenforscher (VÖH), Zentralstelle Österreichischer Landesjagdverbände

CIPRA-Deutschland

Gründungsjahr: 1975

Bergwacht im Bayerischen Roten Kreuz, Deutscher Alpenverein e.V., Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V., Landesjagdverband Bayern e.V., Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Touristenverein "Die Naturfreunde" e.V., Verband Deutscher Berg- und Skiführer, Verein zum Schutz der Bergwelt e.V., Jugendorganisation Bund Naturschutz

CIPRA-Slovenija

Gründungsjahr: 1977

Planinska zveza Slovenije, Drustvo arhitektov Slovenije, Geografsko drustovo Slovenije, Prirodoslovno drustvo Slovenije, Institut za gozdno in lesno gospodarstvo Slovenije, Občina Tolmin, Ministrstvo za kmetijstvo gozdarstvo in prehrano, Ministrstvo za okolje in prostor

CIPRA-Schweiz

Gründungsjahr: 1978

Naturfreunde, Pro Natura, Alpen-Initiative, Mountain Wilderness, Schweizer Alpen-Club, Schweizer Heimatschutz, Schweizer Vogelschutz, Verkehrs-Club der Schweiz, Rheinaubund, WWF, Greina-Stiftung, Grimselverein, Stiftung Landschaftsschutz Schweiz

CIPRA-France

Gründungsjahr: 1981

Parc National des Ecrins, Parc National du Mercantour, Parc National de la Vanoise, Parc Naturel régional de Chartreuse, Club Alpin Français, Les Amis de la Nature, Fédération Française de Randonnée Pédestre, Fédération Française de la Montagne et de l'Escalade, Fédération Nationale des Associations d'Usagers des Transports, Association Nationale pour la Protection des eaux et des Rivières, Mountain Wilderness France, Comité des Sites Naturels, Agir pour la Sauvegarde des territoires et des espèces remarquables ou sensibles, Le Groupe interdisciplinaire de Réflexion pour l'aménagement du territoire maralpin, Fédération Rhône-Alpes de Protection de la Nature

CIPRA-Liechtenstein

Gründungsjahr: 1991

Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), Botanisch-Zoologische Gesellschaft Liechtenstein-Sargans-Werdenberg e.V., Fischereiverein Liechtenstein, Liechtensteiner Alpenverein, Liechtensteiner Forstverein, Liechtensteiner Jägerschaft, Liechtensteinischer Ornithologischer Landesverband, Verkehrs-Club Liechtenstein, Liechtensteiner Tierschutzverein, Solargenossenschaft

CIPRA-Italia

Gründungsjahr: 1992

Canoa Club Trento, Club Alpino Italiano, Dachverband für Natur- und Umweltschutz Südtirol, Ecoistituto del Friuli Venezia Giulia, Gruppo Amici della Natura, Gruppo Ricerche Cultura Montana, Istituto Nazionale di Urbanistica (INU), Italia Nostra, Lega Italiana Protezione Uccelli, Legambiente, Mountain Wilderness, Pro Natura Torino, S.O.S Dolomites, Valle d'Aosta Ambiente, WWF Italia, Parco delle Dolomiti Bellunesi, Parco delle Orobie Valtellinesi, Parco Nazionale dello Stelvio, Parco delle Alpi Marittime, Parco Nazionale della Val Grande, Laboratorio di Antropologia Culturale delle Alpi Marittime (LASA), Federazione Italiana dei Parchi e delle Riserve Naturali (Federparchi)

Regionale Vertretung:

CIPRA-Südtirol

Gründungsjahr: 1982

Alpenverein Südtirol (AVS), Arbeitsgemeinschaft für Natur- und Umweltschutz (ARGENUP), Arbeitsgemeinschaft für Vogelkunde und Vogelschutz Südtirol (AVK), Arbeitskreis Südtiroler Mittelschullehrer (ASM), ARCHE B – Verein für umwelt- und menschengerechtes Bauen, Bund Alternativer Anbauer, Landesverband für Heimatpflege, Lia per Natura y Usanzas, Naturfreunde Meran, Südtiroler Schützenbund, Südtiroler Tierschutzring, Umweltschutzgruppe Vinschgau, Verband Südtiroler Berg- und Skiführer

5.3. Die Gründung der CIPRA

Im Jahr 1950 wurde zum ersten Mal über die Schaffung einer internationalen Alpenschutzkommission nachgedacht. 1950 fand die Generalversammlung der Internationalen Union für Naturschutz (IUCN) statt.

Wer ist die IUCN?

Die IUPN (International Union for the Protection of Nature) wurde am 30. September 1948 in Fontainebleau unter der Schirmherrschaft der UNESCO und der französischen Regierung gegründet. Zum ersten Präsidenten wurde der damalige Vorstand des Schweizer Naturschutzbundes Charles Bernard gewählt. Unter dem zweiten Präsidenten Roger Heim wurde der Name gemäß den erweiterten Aufgaben der Union in IUCN (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources) umgewandelt. Die Ziele der IUCN sind unter anderem Erhalt der Natur und der biologischen Vielfalt sowie eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen. Die IUCN hat heute ihren Sitz in Gland (CH), und verfügt derzeit insgesamt über 811 Mitglieder (darunter 68 Staaten und 563 nationale nichtstaatliche Organisationen) in 129 Ländern. (IUCN 2004)

Im Zuge dieser Veranstaltung wurden von dem italienischen Direktor des Nationalparks Gran Paradiso - Professore Videsott – Problempunkte des Naturschutzes im italienisch-schweizerischen Grenzgebiet angesprochen. Nach dieser Versammlung wurde zu Beginn eine italienisch-schweizerische Kommission gebildet, welche aber nicht den Erwartungen entsprach. Bei einer Arbeitstagung der Internationalen Union für Naturschutz vom 19. - 22. September 1951 kam es erneut zu Diskussionen über grenzüberschreitende Problemfelder. Im Alpenraum wurden vor allem der Gran Paradiso Nationalpark, der Engadiner Nationalpark, die geplante Drahtseilbahn auf das Matterhorn, die Zerstörung der Krimmler Wasserfälle sowie der Ausbau bayrischer Alpenflüsse thematisiert. Man erkannte, dass gewisse Probleme für alle Alpenländer zutreffen und die gegenwärtigen sozialen und ökonomischen Entwicklungen erhebliche Auswirkungen auf den gesamten

Alpenraum haben würden. Vor allem die Energiewirtschaft stellte mit einigen geplanten Kraftwerksbauten einen besonders wichtigen Einflussfaktor für den Alpenraum dar. Edith Elbers, Geologin und Vertreterin des Bundes Naturschutz in Bayern, schlug nach der Den Haager Tagung vor, die Vertreter der Naturschutzorganisationen der Alpenländer nach Deutschland einzuladen, um dort über die Gründung einer Alpenschutzkommission zu beraten.

„Frau Dr. Ebers richtet in französischer Sprache einige Worte der Einführung an die Anwesenden, wobei sie besonders das Interesse Bayerns am Alpenraum und dessen Gefährdung durch Technik und Verkehr streift. Nach ihrer Vorstellung sollte eine internationale Alpenkommission nicht nur internationale Vereinbarungen diskutieren, sondern vor allem auch eine Studienkommission sein.“

(CIPRA Archiv, 1952)

Am 5. Mai 1952 kam es im deutschen Rottach-Egern im Anschluss an die Hauptversammlung der „Schutzgemeinschaft Deutsches Wild“ zum Treffen der Vertreter der Alpenländer. Es erschienen bei diesem Treffen Vertreter aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz. Das damalige Jugoslawien bekundete schriftlich sein Interesse.



Die Gemeinde Rottach-Egern befindet sich im Süddeutschen Oberallgäu in der Nähe von Kempten

Abbildung 11, Quelle: Viamichelin

Vorsitzender der ersten Tagung war Dr. H. W. Frickinger vom Bund Naturschutz in Bayern. Das Ziel der zu gründenden Alpenschutzkommission waren laut dem Vorsitzenden das in Einklang bringen der Bestrebungen von Naturschutz und Technik sowie das Zurückschrauben des „Totalitätsanspruches“ der Technik auf ein erträgliches Maß. Im ersten Reglement der CIPRA wurden der Sitz, die Sprachen, die Zusammensetzung der Kommission, die Stellung der Länderdelegierten, der Ablauf der Sitzungen, die Beratungen, die Entscheidungsherbeiführung, Finanzfragen, offizielle Schritte und die Benachrichtigung des Präsidenten geregelt.

Es wurden vom Vorsitzenden folgende Punkte als Themenbereiche genannt, auf denen sich die Arbeit der Alpenschutzkommission aufbauen sollte:

- Erhaltung der Lebensräume in den Alpen
- Erhaltung der Pflanzenwelt in den Alpen
- Erhaltung der Tierwelt in den Alpen
- Einfluss der Touristik und des Fremdenverkehrs auf Landschaft, Tier und Pflanzenwelt.

Um die Bearbeitung dieser Themen auch zu ermöglichen und ein Arbeitsprogramm zu entwickeln, wurde ein vorbereitender Ausschuss gegründet. Dr. Charles Bernard wurde zum Vorsitzenden dieses Ausschusses gewählt. Jedes beteiligte Land nominierte einen Vertreter und einen Stellvertreter für diesen Ausschuss. Die Tatsache, dass Dr. Charles Bernard zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig Präsident der IUCN war unterstreicht die enge Bindung zwischen der CIPRA und der IUCN. Dabei wurde von Anfang an Wert darauf gelegt zu betonen, dass die CIPRA eine eigenständige Organisation darstellt. Die CIPRA hat im Laufe ihrer 50-jährigen Geschichte verschiedene Themen aufgegriffen und diese zum Teil sehr unterschiedlich gewichtet. In den 50er und 60er Jahren kreisten die Debatten vor allem um den Natur- und Landschaftsschutz, den Fremdenverkehr sowie um das Thema Energie. (vgl. CIPRA - Info 64) In allen Bereichen ging es in erster Linie darum, bestimmte Bauvorhaben zu verhindern oder Gebiete unter Schutz zu stellen. Zudem wurde gerade auch im Tier- und Pflanzenschutz daran gearbeitet,

einheitliche länderübergreifende Richtlinien zu erstellen. Dabei herrschte die Sichtweise vor, dass die Alpen in ihrer ursprünglichen Form erhalten bleiben sollen. Ein besonderes Augenmerk wurde dem Schutz jener Gebiete geschenkt, die von wissenschaftlichem Interesse waren. Nach der Krise Mitte der 70er Jahre kam es zu großen Veränderungen innerhalb der CIPRA. Es wurden die Strukturen verändert und es vollzog sich auch ein Paradigmenwechsel. (vgl. Kapitel 4) Man versuchte nicht mehr nur alleine dem Schutzgedanken Rechnung zu tragen, sondern bemühte sich mehr den Gegenstand aus der Mensch - Umwelt - Beziehung zu betrachten. Dies schlug sich auch darin nieder, dass vermehrt die Landschafts- und Raumplanung an Stellenwert gewann. Ein weiterer Unterschied zu den Anfängen der CIPRA zeigte sich auch in der Entwicklung der Tagungen und Tagungsthemen. Die Tagungsthemen sollten zwar einen aktuellen Bezug zum Tagungsort darstellen, aber dennoch gleichzeitig für den gesamten Alpenraum von Bedeutung sein.

Diese nun kurz skizzierten Entwicklungen möchte ich nun im nächsten Punkt mittels der Darstellung der zusammengefassten historischen Tagungsprotokolle genauer beleuchten. Die Protokolle wurden mir freundlicherweise von der CIPRA - International zur Verfügung gestellt. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass der Materialumfang der einzelnen Sitzungsprotokolle sehr unterschiedlich ist und daher auch die Informationen zu den einzelnen Sitzungen einen unterschiedlich großen Gehalt aufweisen. Bei der Betrachtung habe ich mich in erster Linie auf die Fachthemen konzentriert und auf dieser Basis versucht, die einzelnen Phasen und den damit verbundenen Paradigmenwechsel (vgl. Kapitel 4) der CIPRA aufzuzeigen. Zu diesem Zweck wurden die Inhalte der Tagungen in einen allgemeinen und einen Fachthemenbereich zusammengefasst.

5.4. Betrachtung der Tagungsprotokolle

5.4.1. Die Pionierphase der CIPRA

Tagung am 27. Oktober 1952 in St. Gallen:

Allgemein: In der ersten offiziellen Tagung der Alpenschutzkommission stand die Frage der Planungen der Energiewirtschaft im Vordergrund

Fachthemen:

Der Nationalpark Gran Paradiso stand im Mittelpunkt dieser Tagung.

Neben der Kritik an der mit der industriellen Entwicklung verbundenen Auswirkung auf die Natur, wird gleichzeitig betont, dass selbstverständlich die Energie Erzeugung gesteigert werden müsse.

(CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1952)

Tagung am 15. 09. 1953 in Salzburg

Allgemein: In dieser zweiten Tagung der CIPRA standen Regelungen des Pflanzenschutzes, die gegenseitige Anpassung der Schutzvorschriften für frei lebende Tiere sowie durch Bauprojekte entstandene Gefahren für das Matterhorn auf der Tagesordnung.

Fachthemen:

„Der Zusammenhang zwischen dem geplanten Nationalpark Hohe Tauern, den Tauernkraftwerken und der Glocknerstraße“

„Unterteilung der Liste der zu schützenden Pflanzengattungen in vier Hauptgruppen“.

Zu diesem Punkt wurde angemerkt:

... dass die eigentlich seltenen Arten und Gattungen nicht in Verordnungen erwähnt werden sollten und auch nicht der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden sollten. Man sollte lediglich diese Pflanzen in entsprechenden Reservaten schützen.

(CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1953)

Tagung am 22. März 1957 in Bozen

Allgemein: Auch bei dieser Tagung kreisten die Themen wie auch schon in den Jahren zuvor um die Themen Energie, Tourismus und Landschaftsschutz.

Fachthemen:

„Hochspannungsleitungen im Gebirge“ - unter diesem Punkt wurde vor allem die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes beanstandet. Zudem wurde gefordert, dass beim Bau von Hochspannungsleitungen, die Ämter welche sich mit Naturschutzfragen auseinandersetzen, ein Mitspracherecht haben sollten.

„Verschmutzung alpiner Gewässer“ - hier wurde darauf hingewiesen, dass sowohl im Sinne des Naturschutzes, als auch im Sinne des Tourismus für die Abwässer geeignete Kläranlagen zur Verfügung gestellt werden sollten.

„Kraftwerke im Hochgebirge“ - wie auch schon in den vergangenen Sitzungen wurde dieses Thema, welches zu diesem Zeitpunkt besonders aktuell war, angesprochen. Als Gefahren wurden Veränderungen des Grundwasserspiegels, Rückstau und damit verbundene Änderungen des Naturhaushaltes thematisiert.

„Alpine Nationalparks“ - unter diesem Punkt wurden speziell die Schwierigkeiten bei der Installierung des Nationalparks in den Hohen Tauern angesprochen. Vor allem die Tatsache, dass von Seiten der Wirtschaft keine Einschränkungen akzeptiert wurden, sorgte für Kritik.

„Steinwildbestand“ - es wurde im mittleren Alpenraum versucht den Steinbock anzusiedeln. Dieses Vorhaben erzielte so gute Erfolge, dass mit einem neuen Versuch einer Besiedelung in Salzburg begonnen wurde. Hier wurde darauf hingewiesen, dass der Braunbär in Kärnten Schutz genießt und es sinnvoll wäre, auch in den benachbarten Staaten und Bundesländern die gleichen Voraussetzungen zu schaffen.

„Seilbahnen im Alpenraum“ - dieses Thema wurde besonders emotional diskutiert.

Diese zwei Zitate sollen als Beispiel für die Haltung einiger Delegierten zu diesem in jener Zeit dienen:

Immer noch glauben engagierte Fremdenverkehrsexperten, man müßte auf jeden Mugel unbedingt eine Seilbahn bauen (CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1957)

...es sollte noch Naturschutzreservate für Wanderer geben, die nicht darauf Wert legen einen Gipfel in Stöckelschuhen unbedingt in fünf Minuten erklimmen zu wollen (CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1957)

Tagung am 28 Juni 1958 in Schanf

Allgemein: Diskurs und Beratung über die Stellung der CIPRA zur IUCN und zu anderen Organisationen, welche sich mit ähnlichen Problemen in alpinen Räumen beschäftigen. Man kam zum Entschluss, die CIPRA weiterhin als eigenständige Organisation bestehen zu lassen. Die IUCN hatte gemeinsam mit der CIPRA beschlossen, nur in Abstimmung mit der CIPRA Aktivitäten im Alpenraum zu setzen. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, welche sich mit ähnlichen Themen beschäftigen, wurde bejaht. Eine Schaffung einer übergeordneten Organisation wurde als nicht notwendig erachtet.

Fachthemen:

„Probleme der Wassernutzung im Alpenraum“ – hier kam es zu einer Forderung nach einem Generalplan für die Wassernutzung im Alpenraum.

„Der Generalplan sollte alle Gewässer enthalten, welche aus kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten in ihrem gegenwärtigen Zustand auf die Dauer erhalten werden müssen“ (CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1958)

Grund für diese Forderung war die Befürchtung, dass im Zuge des nach wie vor steigenden Energiebedarfs ökologisch sensible Flußsysteme verändert werden würden.

„Starkstromleitungen im Gebirge“ - es wurden technische und bürokratische Fragen in Bezug auf Genehmigungen und Führungen von Trassen behandelt.

Auf Grund der Tatsache, dass in den unterschiedlichen Mitgliedsstaaten verschiedene Normen für die Genehmigungen gegeben waren, gab man die Empfehlung, diese zu vereinheitlichen.

Tagung zwischen 27. und 28. Juni 1959 in Grenoble

Allgemein: Wiederum stand die Problematik rund um den steigenden Energiebedarf der Gesellschaft im Vordergrund. Man kam zur Schlussfolgerung, dass Wasserkraftanlagen immer nur zum Zwecke der Ergänzung von anderen Kraftwerksanlagen notwendig sein sollten. Vor allem sah man in der friedlichen Nutzung der Kern- und Wärmeenergie die Zukunft der Energieversorgung. Wasserkraftwerke sollten nur noch unter besonderer Berücksichtigung von schutzwürdigen Bergtälern erbaut werden dürfen.

Fachthemen:

„Wassernutzung im Alpenraum“

„Fischbesatz in Bergseen“

„Reinhaltung von Gewässer und Luft“

„Alpine Naturschutzgebiete und Tourismus“

Tagung zwischen 7. und 11. September 1960 in Laibach

Allgemein: 1960 fand die erste Tagung in Slowenien statt. Es wurden deshalb besonders die Probleme des slowenischen Naturschutzes diskutiert. Dabei wurde speziell auf die Planung der Energiewirtschaft hinsichtlich des Cernika Sees eingegangen.

Dazu ein Brief vom Delegierten Gams an den Delegierten Wendelberger am 26.09.1960:

„Die Laibacher Tagung, bei der sämtliche Alpenstaaten vertreten waren, (nach 2-jähriger Unterbrechung auch wieder Italien durch Stefanelli) ist recht befriedigend verlaufen. Die slowenischen Kollegen haben sich große Mühe gegeben alles gut vorzubereiten. Dr. Zimmerli hat den Vorsitz endgültig niedergelegt. An seine Stelle ist der Direktor des Genfer Naturhistorischen Museums, Dr. Emile Dottrens, gewählt worden, der auch beim Warschauer Kongress war und mir schon dort einen sehr gediegenen Eindruck gemacht hat. Ob auch das Sekretariat der Alpenkommission wie das der IUCN schon bald nach Genf verlegt werden kann, was wohl zweckmäßig wäre, steht noch nicht fest. Am stärksten war wieder Deutschland vertreten, auch Frankreich stärker als Österreich, durch die Ehepaare Lestelle, Gobert und Chouard.“ (CIPRA Archiv, 1960)

Fachthemen:

„Der Bärenbestand im Grenzgebiet von Österreich und Jugoslawien“

„Reinhaltung der Luft“ - dazu machte man sich Gedanken über Möglichkeiten von Steuerbegünstigungen für den Einbau von Filteranlagen bei Industrieanlagen. Zudem wurde über die Entschwefelung von Heizöl und die Belastungen von Kraftfahrzeugen diskutiert.

„Adlerschutz“ - diesbezüglich wurde darauf hingewiesen, nachdem in den vergangenen Jahren zahlreiche Adler zum Abschluß freigegeben worden waren, dass auch die Jägerschaft an einer Erhaltung des Adlerbestandes interessiert ist.

„Der geplanten Parkplatzbau unterhalb der Krimmler Wasserfälle“ - dieser hätte eine Abholzung eines Hochwaldteiles von Nöten gemacht, dazu wurde vereinbart, dass man ein Schreiben an die Landesregierung richten werde.

„Gewässernutzung im Alpenraum“ - dieses Thema wurde wie auch bei der letzten Tagung angesprochen. Es wurde gefordert einen umfassenden Plan zu erstellen, in welchem alle Gebiete ausgewiesen sein sollten, die nicht verbaut werden dürfen.

Tagung zwischen 6. und 9. September 1961 in Bad Reichenhall

Allgemein: Der bayrische Alpenplan war bei dieser Tagung Thema. Es wurde im Zuge der Tagung die Wirksamkeit dieses Instrumentes, sowie die Zusammenarbeit zwischen den Planungsstellen und den für den Naturschutz verantwortlichen Stellen besprochen. In diesem Zusammenhang kritisierte man die mangelnde Kooperation. Man setzte sich außerdem mit der Art der Forderungen der CIPRA gegenüber den Nationalstaaten auseinander.

„...im Interesse der Autorität der CIPRA, in Fragen die ausgesprochen nationalen Charakter tragen, hinsichtlich von Forderungen gegenüber einem Staat, Zurückhaltung zu üben.“

(CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1961)

Fachthemen:

„Kraftwerke in den französischen Alpen“

„Naturschutzprobleme in den Alpen“ - dazu wurden von den Delegierten unterschiedliche Aspekte eingebracht. Man sprach einerseits die Kompetenzverteilung zwischen den Körperschaften und andererseits die vermehrte Ausweisung von Schutzgebieten an.

„Gewässernutzung im Alpenraum“ - in diesem Zusammenhang wurden zur Übersichtskarte der Wasserkraftanlagen im Alpenraum weitere Überlegungen präsentiert.

Tagung zwischen 21. und 23. September 1962 in Vevey

Allgemein: 1962 beschäftigte man sich vor allem mit den Themenbereichen Energie und Tourismus. Es wurde versucht, Zusammenhänge zwischen Technik und deren Auswirkungen und Möglichkeiten auf den Alpenraum zu erörtern. Zusammenfassend wurde in einem Vortrag resümiert, dass die den Firmen auferlegten Verpflichtungen technischer Art geeignet scheinen und die rechtlichen Möglichkeiten zur Wahrung des öffentlichen Wohls der Bevölkerung ausgeschöpft

seien. Beim Thema Tourismus versuchte man den Zusammenhang von Verkehr und Tourismus herzustellen. Die steigende Mobilität war sowohl Voraussetzung als auch Problem für den sich damals sehr dynamisch entwickelnden Tourismus. Man kam zur Auffassung, dass vor allem die Behörden regulierend und zeitgerecht auf die Entwicklungen reagieren müssten.

Fachthemen:

„Ölleitungen und Ölverarbeitung in der Schweiz“ - es wurden dazu die Erstellung von Pipelines, Raffinerien und thermischen Zentralen thematisiert.

„Die geplante Wiedereinführung des Steinbocks in der Schweiz“

Tagung, zwischen 6. und 10. Juni 1963 in Bad Aussee

Allgemein: Thematisiert wurden vor allem wieder, wie schon in den letzten Tagungen, wesentliche Fragen der Energie und Wasserwirtschaft. Im Zuge der Diskussionen kam man zum Schluss, dass Lösungsansätze vor allem auf regionaler Ebene und nur in Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren erreicht werden können.

„...es hängt alles von regionalen Bedingungen und vor allem von der Unterstützung der verschiedenen interessierten Instanzen ab“

(CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1963)

Auch die vermeintlichen Alternativen der Energiegewinnung wurden besprochen. Vor allem die Themen Wärme - und Kernkraftwerke wurden kritisch behandelt. Bei der Sitzung von 1958 hatte man auf diese Arten der Energiegewinnung noch große Hoffnungen gesetzt.

Fachthemen:

„Ausnützung der Alpengewässer“

„Pipelines im Bodenseeraum“

„Massiv de la Vanoise“ - der Vortragende zu diesem Thema sprach sich für einen Schutz dieses Gebietes aus. Seine Vorstellungen waren die Schaffung eines zentralen und totalen geschützten Kernbereiches, die Errichtung einer mittleren Durchgangszone mit weniger strengen Verordnungen und eine Randzone, in welcher die landwirtschaftliche Nutzung unter gewissen Rahmenbedingungen weiter möglich sein sollte.

„Grenzüberschreitende Schutzgebiete“ - man erkannte, dass durch die gänzlich unterschiedlichen Regelungen im Zusammenhang mit Schutzgebieten eine einheitliche Klasseneinteilung kaum möglich sei. So wurde beschlossen, die entsprechenden Gesetze der Mitgliedsländer zu sammeln, um bei der nächsten Tagung weiter arbeiten zu können.

Tagung zwischen 11. und 12. Juni 1965 in Pinzolo

Themen: Im Zuge dieser Tagung begann sich die CIPRA zum ersten Mal darüber klar zu werden, dass Reformen in Bezug auf Struktur und Organisation unbedingt notwendig sein werden, wenn die CIPRA weiterhin bestehen möchte. Deshalb wurde als Maßnahme vorgeschlagen, beim Europarat um Anerkennung der CIPRA als NGO anzusuchen. Dieses Ansuchen wurde dann gestellt und dort positiv aufgenommen. Damit hatte die CIPRA ab dem Jahr 1967 eine Stellung als NGO im Europarat und verfügte damit gleichzeitig über den Status als Beobachter.

Fachliche Schwerpunkte dieser Tagung waren der Schutz der Alpentäler gegen die Einrichtungen hydroelektrischer Kraftwerke, sowie das stetige Ansteigen der Touristenzahlen. Des Weiteren wurden Begriffe wie „öffentliches Interesse“, „öffentliche Gesundheit“ und „Naturschutz“ diskutiert.

Bei der Diskussion um das Thema Tourismus wird im Protokoll vermerkt:

Aus der Diskussion geht hervor, dass nicht alle Teilnehmer denselben Begriff von Naturschutz haben, obgleich dieser eng mit dem Tourismus verbunden ist. In gewissen

Kreisen neigt man dazu, dem Schutz der Landschaft vor allem als touristisches Interesse zu sehen... (CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1965)

Fachthemen:

„Schutz des Bären“ - dazu kam zur Sprache, dass der Schutz des Bären in den verschiedenen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich geregelt ist. Es wurde bemerkt, dass sie in Grenzgebieten teilweise auf der einen Seite geschützt und auf der anderen Seite ausgerottet werden und daher auch in diesem Bereich eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit notwendig wäre. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass es nicht ausreicht, nur den Bären zu schützen, sondern dass es auch notwendig ist, den Lebensraum des Bären zu erhalten.

„Schutz des Adlers, der Raubvögel und der Zugvögel“ - auch hier kamen die unterschiedlichen Voraussetzungen innerhalb der Mitgliedsstaaten zur Sprache. Das Argument der entstehenden Schäden durch diese Tiere wurde als überbewertet betrachtet.

„Kraftwerksbau in Val di Genova“

„Intensivere Nutzung von bereits bestehenden hydraulischen Kraftwerken“ Auch die unterschiedlichen Möglichkeiten der Energiegewinnung mittels thermischer oder nuklearer Verfahren wurden behandelt. Hierbei kamen auch die unterschiedlichen Ansichten innerhalb der Mitgliedsstaaten zum Ausdruck.

“Internationale Zusammenarbeit“ Diesbezüglich kamen vor allem Nationalparks in der Diskussion vor. Dazu wurde bemerkt:

Die Bewachung und Erforschung der über Staatsgrenzen reichenden Naturschutzgebiete leidet bisher unter zu geringen Kontakten. (CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1965)

Als Lösungsansatz wurde gefordert, bei der Gründung eines Ausschusses zu berücksichtigen, dass jeder Alpenstaat mindestens einen Biologen und einen Juristen zur Lösung der Aufgaben als Mitglied stellt.

Zudem wurden noch folgende Punkte für die Planung gefordert: Koordinierung der Gesetzgebung, Bewachung und Erforschung der über Staatsgrenzen reichenden Schutzgebiete, wesentliche Erleichterung des Grenzverkehrs der Park- oder Bergwächter und der Forscher,
Veranstaltung regelmäßiger Zusammenkünfte in den Grenzreservaten,
Austausch von Informationen über Bewachung und laufende Forschungen und Vermittlung von Spezialisten für einzelne Pflanzen- und Tiergruppen

Tagung zwischen 15. und 17 September 1966 in Ljubljana

Allgemein: Die Voraussetzungen für einen österreichisch-jugoslawischen Grenzpark wurden besprochen. Vor allem Punkte wie Überwachung, wissenschaftliche Studien, vereinfachte Passierscheine, Frage der Grenzen des Parks wurden angeschnitten. Von Seite der CIPRA wurde das geplante Vorhaben als sehr positiv bewertet. Anlässlich des für 1970 ausgerufenen europäischen Naturschutzjahres wurde ein Schema der Themen, bezüglich der Alpenregionen, vorgestellt. Darin waren folgende Punkte enthalten:

- Lebensbedingungen im Gebirge
- Bodenschätze
- Die Gefahren für Mensch, für die Flora und Fauna
- Probleme der Nutzung und Planung in den Tälern und im Gebirge
- Parke und Reservate: Zonen, Vorparke, limitrophe Parke.
- Camping, Caravanning, Massentourismus, „Unsinn der Metropolstationen“
- Motorisierter Tourismus
- Schutz der Wälder
- Konzentrierung des Tourismus entlang der Verbindungsstraßen
- Probleme der Gewässer und der Luft
- Hydro-elektrische Kraftwerke
- Thermo-elektrische Kraftwerke
- Bewahrung der Seen und Landschaften

- Zukunft der alpinen Bevölkerung
- Ist die Entvölkerung immer ein Nachteil?
- Einpflanzung der kleinen und sauberen „Eigenindustrien“
- Einfluss und Zukunft des Tourismus
- Gesetzbuch des Verhaltens im Gebirge

Fachthemen:

„Errettung des Ortsbildes in Hallstatt“ Durch den Bau eines Tunnels wurde es ermöglicht, in das Zentrum Hallstatts zu gelangen, ohne das Ortsbild zu beeinträchtigen.

„Verhinderung des Kraftwerkes Lofer“ Dazu wurde auf die erfolgreichen Aktivitäten der CIPRA in der Frage der Sperrmauer von Lofer eingegangen.

„Unterschutzstellung der großen Randterrasse des eiszeitlichen Rhonegletschers bei St. Etienne de Crossey“ Man schlug vor, einen Antrag zur Erklärung der Gipfelregionen der Alpen über der Baumgrenze zu immerwährenden Wildnis - Gebieten an das Comité de Sauvegarde de la Nature beim Europarat in Straßburg zu stellen.

„Der große Ahornboden des Karwendelgebirges“ In diesem Zusammenhang wurde kritisiert, dass die Zulassung eines motorisierten Massenverkehrs in ökologisch sensiblen Teilen einen groben Fehler dargestellt hat. Es kam daher von einem Teil der Delegierten die Forderung, einen Antrag zu stellen, den motorisierten Verkehr ganz einzustellen oder durch Pferdefuhrwerke zu ersetzen. Im Zuge dieser Diskussion wurde aber auch auf die Probleme der Schaffung eines Reservates hingewiesen. Vor allem die Konflikte im Zusammenhang mit der Tourismuswirtschaft wurden herausgehoben.

„Der Schutz des Reservates Les Grangettes am Genfersee“ Unter diesem Punkt wurde auf den geplanten Bau eines Flugplatzes inmitten einer geschützten Zone hingewiesen. Die CIPRA entschied in diesem Zusammenhang einen BeSchluss an den schweizerischen Bundesrat zu schicken.

Tagung zwischen 7. – 10 Juni 1967 in Garmisch-Partenkirchen

Allgemein: Die Tagung stand im Zeichen des im Jahre 1970 stattfindenden Naturschutzjahres. Man diskutierte über die möglichen Handlungen anlässlich des Naturschutzjahres 1970. Es wurden Möglichkeiten vorgeschlagen, mit denen man einen Beitrag zum Naturschutzjahr leisten könnte. Dazu plante man Aktionen, welche über das ganze Jahr verteilt stattfinden sollten. Vor allem aber wollte man eine enge Zusammenarbeit mit den Medienvertretern erreichen, um die CIPRA in der breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen. Des weiteren sollten durch öffentliche Generalversammlungen, Veranstaltungen mit Ausstellungen und Filmen ein breites Publikum über Probleme und Aktivitäten im Alpenraum informiert und damit mehr Sensibilität und Aufmerksamkeit für den Naturschutz geschaffen werden.

Außerdem sah man im Naturschutzjahr 1970:

...eine Gelegenheit um die Bevölkerung über die dringende Notwendigkeit des Naturschutzes vom menschlichen Standpunkt her aufzuklären. (CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1967)

Fachthemen:

„Verschmutzungen durch Mineralöle“ - das Problem der Verunreinigungsgefahr durch Ölleitungen wurde an die CIPRA herangetragen und behandelt.

„Torfgruben“ - dazu wurde festgehalten, dass eine Umfrage durchgeführt werden sollte, welche die Bedeutung und den Status von Torfgruben klären sollte.

„Die Rolle der Bergwacht“ - auch unter diesem Thema wurde auf die Notwendigkeit der internationalen Abstimmung hingewiesen.

Man behandelte die Fragen, ob alle alpinen Gipfel ab einer gewissen Höhe vollständig geschützt werden sollten.

Da sich dies praktisch als nicht durchführbar herausstellte, stellte man fest:

Alles was wir tun können ist, noch einmal das zu schützen was noch möglich ist und mittels einer entsprechenden Planung den immer größer werdenden Einfluss eines Tourismus, der aus den benachbarten lärmerfüllten und überbevölkerten Städten hervorgeht, zu regeln.
(CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1967)

Aus diesem Zitat lässt sich unschwer erkennen, dass von Seiten einiger Delegierter zu dieser Zeit der „unberührte“ alpine Raum als positiv und schützenswert und der außeralpine, urbane Lebensraum als negativ und degeneriert wahrgenommen wurde.

„Die Gefährdung von Felszeichen im Toten Gebirge“

Die CIPRA wurde gebeten, die Oberösterreichische Landesregierung um einen totalen Schutz solcher Felszeichen zu ersuchen. Als positives Beispiel dazu sollte Italien dienen. Dort wurde ein Nationalpark errichtet, welcher für die Erhaltung solcher Felszeichen sorgt.

„Autobahnbau zwischen Österreich und Italien“ Hier sah die CIPRA das Gebiet Schütt bei Villach gefährdet. Da sich das Gebiet laut CIPRA durch eine „besondere Flora und Fauna auszeichnet“, wurde gefordert, dass die Autobahn auf derselben Trasse geführt werden sollte, wie die schon vorhandene Eisenbahn und die Bundesstraße.

„Straßenbau im Karwendel Gebirge“

„Der Bau des Münchner Flughafens“

„Seilbahnbau in Brenta“

Tagung zwischen 2. und 4. September 1968 in Chambéry

Allgemein: Für das Naturschutzjahr 1970 wurden wieder Vorschläge für die Erarbeitung von Themen gebracht und diskutiert. Man beschäftigte sich mit der Schaffung einer internationalen Arbeitsgemeinschaft der Berg- und

Naturwachtorganisationen. Es wurden Listen von besonders gefährdeten Pflanzen und Tieren in den Alpen und den alpinen Nationalparks sowie der alpinen Landschaftsschutz und Naturschutzgebiete erstellt.

Fachthemen:

„Autobahnprojekt zwischen München und Venedig“ - dazu wurde erörtert, dass eine bessere Zusammenarbeit mit Italien im Bereich des Naturschutzes wünschenswert wäre. Die mangelnde Zusammenarbeit zeigte sich auch in der Abwesenheit der italienischen Delegation bei dieser Tagung.

„Geplante Seilbahnprojekte berichtet am Watzmann und der Alpspitze“

Tagung zwischen 9. und 11. Oktober 1969 in Innsbruck

Allgemein: Im Zuge dieser Tagung kam es zur Vorstellung und Diskussion über das neue Raumordnungsgesetz in der autonomen Provinz Trient. Im Zuge dessen wurden die Planungsebenen und die Nutzungseinheiten erläutert. Wobei hier Ähnlichkeiten zu Einheiten anderer Räume besprochen wurden.

Es wurde vorgeschlagen, „Felsbildergebiete“ unter Schutz zu stellen und auch die Umgebung der weiteren Öffentlichkeit zu entziehen.

Es kam zu Aussagen wie:

...vielleicht wäre es am besten, die Gegend mit einem Zaun abzusperren.

(CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1969)

Fachthemen:

„Gefährdung der Buckelwiesen in Bayern“ Dazu wurde die Problematik des Schutzes und der Pflege von Buckelwiesen besprochen. Vor allem die Schwierigkeiten mit der Landwirtschaft in diesem Zusammenhang wurden thematisiert.

„Gran Paradiso“ Es wurde eine Empfehlung der Kommission an die italienische Regierung über die Festsetzung der Grenzen des Nationalparks Gran Paradiso verfasst. Da die Grenzen des Nationalparks auf Grund eines königlichen Dekretes vom Jahre 1923 festgelegt wurden, und nur auf einer Landkarte ohne genaue Lauflinien kariert waren, stellte sich der tatsächliche Verlauf als äußerst unklar heraus. Dies führte naturgemäß zu Problemen mit der Flächennutzung und machte eine neue Abgrenzung des Gebietes vonnöten.

„Einfluss der Übervölkerung des Alpenraumes auf die Natur“ Diesbezüglich wurde die „Übernutzung“ der Gletscher, der Rückzug der Bergbauern in Räume mit einer dynamischeren, industriellen Entwicklung und die Entwicklung des Tourismus diskutiert. In diesem Zusammenhang forderte man unter anderem, dass durch wirksame Landesraumordnungsgesetze, an deren Formulierung der Naturschutz mitzuwirken hat, Landesraumordnungskonzepte mit gesetzlicher Wirksamkeit ausgearbeitet werden sollten.

5.4.2. Zusammenfassung der Pionierphase

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die CIPRA in den fünfziger und sechziger Jahren als eine sehr engagierte und idealistische Gruppe von Wissenschaftlern darstellte. Wie man aus den Briefen der einzelnen Teilnehmer entnehmen kann, war neben den fachlichen Interessen auch eine große menschliche Verbundenheit vorhanden.

Fritz Lense an Edith Ebers am 30.03.1965

Es tut mir leid, nicht mit Ihnen zusammen bei dem wirklich reizenden Gremium der CIPRA sein zu können. Bitte grüßen Sie alle Damen und Herren bestens von mir und auch von meiner Familie! (CIPRA Archiv)

Die so genannte „CIPRA Familie“ (vgl. CIPRA Info 64) war in dieser Zeit aber auch durchaus erfolgreich, so konnten zum Beispiel die geplante Errichtung des Kraftwerkes im Val di Genova abgewehrt und die Krimmler Wasserfälle erhalten werden, was Wolfgang Burhenne folgendermaßen begründet:

Die CIPRA hat wirklich jedes Jahr getagt, über aktuelle Themen hart diskutiert und auch Stellung bezogen, Resolutionen gemacht... (CIPRA Archiv)

Ein Grund für diese Erfolge war mit Sicherheit auch die Tatsache, dass es die CIPRA schon zu dieser Zeit verstand, „Networking“ zu betreiben. Das bedeutet, dass bei den Sitzungen nicht nur Vertreter von Naturschutzvertretungen anwesend waren, sondern auch Vertreter aus Politik und Verwaltung. Dadurch war es für die Organisation einfacher, die jeweiligen Positionen zu erläutern und in weiterer Folge die nötige Akzeptanz zu erreichen, um Positionen durchzusetzen. In den 50er Jahren wurde erkannt, dass der aufkommende Massentourismus, neben den wirtschaftlichen Effekten, eine Belastung für den Alpenraum darstellen kann. Vor allem die damit verbundenen Entwicklungen im Bereich von Verkehr und Mobilität wurden sehr kritisch betrachtet. Im Bereich des Landschaftsschutzes trat man in der sogenannten Pionierphase sehr stark für die Schaffung von Schutzgebieten ein. Diese Gebiete sollten auch als Instrument dienen, gewisse, den Alpenraum betreffende Projekte zu verhindern. Das Thema Verkehr wurde in dieser Phase der CIPRA meist noch nicht direkt angesprochen. Jedoch wurden die negativen Folgen vor allem im Zusammenhang mit der touristischen Entwicklung schon sehr bald erwähnt und diskutiert. Die Frage der Energiewirtschaft und deren Auswirkungen auf den Alpenraum waren von Beginn an ein „Dauerbrenner“ in den Diskussionen und den Aktivitäten der CIPRA. Durch den starken Aufschwung der Wirtschaft nach dem Ende des zweiten Weltkriegs stieg der Energiebedarf von Wirtschaft und Gesellschaft massiv an. Der Alpenraum war natürlich auf Grund seiner großen Reliefenergie prädestiniert für den Bau von Wasserkraftwerken. Die CIPRA

thematisierte und bekämpfte in der Anfangsphase sehr viele Projekte der Energiewirtschaft (siehe Tab. 1), die sich diesen Umstand zu nutze machen wollte. Sehr interessant in diesem Zusammenhang erscheint mir die Tatsache, dass die CIPRA zu dieser Zeit den Ausbau von Atom- und Wärmekraftwerken als sauberere, wenig bedenklichere Alternative zu den Wasserkraftwerken gesehen hat. Erst Mitte der 60er wurde zum ersten Mal bei einer Tagung auf die Gefahren der Atomenergie eingegangen. Grundsätzlich vertrat die CIPRA in dieser Phase das Paradigma des „klassischen“ oder „traditionell konservierenden“ Naturschutzes. Dieses Paradigma verfolgt die Segregation als primäre Handlungsstrategie. Im Gegensatz zur Integration greift die Segregation oder Auftrennung von Produktflächen und Vorrangflächen für den Naturschutz stark regelnd und hoheitlich ein. Dadurch werden leicht Widerstände und Abwehrreflexe bei der betroffenen ansässigen Bevölkerung geweckt. Als die zwei Hauptinstrumente des klassischen Naturschutzes werden der Arten- und Flächenschutz genannt. (vgl. Weixlbaumer 1998) Blickt man nun zurück auf die ersten Tagungsprotokolle der CIPRA, so sieht man, dass diese Instrumente häufig zur Lösung von Problemen gefordert wurden.

Tabelle 2, Quelle: CIPRA Archiv

Übersicht der Themen in der Pionierphase der CIPRA zwischen 1952 und 1969:

<u>Energie</u>		<u>Landschaftsschutz</u>		<u>Tourismus</u>		<u>Verkehr</u>
1957		1952		1953		1966
1958		1953		1957		1967
1959		1957		1959		1968
1960		1958		1960		
1961		1959		1962		
1962		1960		1965		
1963		1961		1967		
1965		1963				
1966		1965				
1967		1966				
		1967				
		1969				

5.4.3. Die Mobilisierungsphase der CIPRA

Tagung zwischen 3. und 6. Oktober 1971 in Magadino

Allgemein: Auffällig bei der Tagung in Magadino in der Schweiz war die Tatsache, dass mit den Themen „Die Zersiedelung der Landschaft“ und „Zersiedelung und Straßenbau“ zum ersten Mal zwei raumordnungspolitische Themenbereiche angesprochen wurden.

Fachthemen:

„Die Zersiedelung der Landschaft“

„Zersiedelung und Straßenbau“,

„Vorkehrungen des Bundes zur Bekämpfung der Streubauweise“

„Gefährdungen des Murauer Moors durch den geplanten Bau einer Müllverbrennungsanlage“

„Projekt einer Seebrücke über den Neusiedler See“

„Situation des oberösterreichischen Ibmer Moores“

„Verwendung von Motorschlitten im alpinen Gelände“

„Erholungsraum Alpen: ein Bayrischer Plan für die zukünftige Nutzung der alpinen Regionen“

„Die Überschließung der Südtiroler Dolomiten, besonders der Seiseralm, der größten Alpe der Alpenraums“ - es wurde die geplante weitere Erschließung der Seiseralm durch die Tourismuswirtschaft verurteilt. Vor allem die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft von Wirtschaftsunternehmen aller Dolomitentäler, welche sich für eine schnelle Erschließung einsetzten, wurde heftig kritisiert.

„Kraftwerksprojekte in den Nordtiroler Zentralalpen“ - bei dem geplanten Projekt in den Nordtiroler Zentralalpen würden durch den Staubereich des Zillergündls Teile des Nationalparks beeinflusst und zudem eine limnologische Forschungsstation verdrängt werden. Zu diesem Kraftwerksbau wurde auch eine Resolution verfasst.

Tagung zwischen 8. und 10. Mai 1975 in Garmisch-Partenkirchen

Allgemein: Diese Tagung stand im Zeichen der Krise der CIPRA zu jener Zeit. Dies kam auch in der Eröffnungsrede des damaligen Präsidenten zum Ausdruck. Burhenne wies darauf hin, dass man nach 23 Jahren CIPRA mit dem Ergebnis nicht zufrieden sein könne. Es wurde begonnen, über den Aktionsplan „Die Zukunft der Alpen“ zu debattieren. Dazu kam es zu Vorschlägen für ein Leitbild für die Natur und Landschaftspflege für den gesamten alpinen Raum. Als besonders wichtig für die erfolgreiche Durchführung wurde die Planung des Leitbildes auf nationaler und kommunaler Ebene erachtet. Zu diesem Zweck wurde eine dreistufige Landschaftsplanung vorgeschlagen.

- Ökologisch übergeordnete Planungsziele für den gesamten alpinen Raum.
- Auf nationaler Ebene die Entwicklung übergeordneter Landschaftspläne unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten
- Landschaftsplanung auf örtlicher Ebene

Diese Vorschläge wurden diskutiert und man kam zum Ergebnis, dass sich die Landschaftsplanung im Wesentlichen als übernationales Landschaftskonzept im Rahmen eines übernationalen Planungsleitbildes, auf der überörtlichen Ebene als Landschaftsrahmenplanung in den einzelnen Staaten und als örtliche Landschaftsplanung im Rahmen kommunaler Planungen vollziehen sollte.

Dieser Aufbau sollte in weiterer Folge zu entsprechenden Maßnahmen führen. Dazu wurde beschlossen, bis zur nächsten Tagung einen Kriterienkatalog für die Landschaftsplanung auf diesen drei Ebenen zu entwickeln.

Dieser Katalog sollte die Punkte Bestandsaufnahme, Landschaftsbewertung sowie Zielvorstellungen und Maßnahmen beinhalten. Es wurde speziell darauf hingewiesen, dass der Artenschutz im Sinne des Biotopenschutzes betrachtet werden sollte. Es kam des Weiteren zum Vorschlag, eine Arbeitsgruppe für die Schutzmöglichkeiten im alpinen Raum zu gründen. Anhand dieses Beispiels ist zu

erkennen, dass sich allmählich erste Ansätze eines integrativeren Bildes des Schutzgedankens innerhalb der Organisation zu bilden begannen.

Fachthemen:

„Schwierigkeiten rund um den italienischen Nationalpark Dolomiti Bellunesi“

“Die Verhältnisse der einzelnen Staaten untereinander in Bezug auf die Verbote von Motorfahrzeugen abseits der Straßen“

„Das Projekt der Autostrada Alemagna“

Tagung zwischen 13. und 15. September 1976 in Heiligenblut

Allgemein: Im Zuge dieser Sitzung nehmen die grundsätzlichen Fragestellungen der CIPRA einen großen Stellenwert ein. Es ging in den Diskussionen unter anderem darum, ob wirkliches wissenschaftliches Arbeiten finanzierbar sei. Weiters wurde auf die Wichtigkeit der Internationalität hingewiesen.

Fachthemen:

„Ökologische Grundlagenforschung als Voraussetzung für Naturschutz und Landschaftsplanung“

„Siedlungsentwicklung und Verkehr im Alpenraum – der Trend und seine Folgen für Landschaft und Gesellschaft“

„Änderungen der Bodennutzung und deren Folgen im alpinen Raum“

„Veränderungen des Wasserhaushaltes durch technische Maßnahmen im alpinen Raum“

„Der Österreichische Nationalpark - Hohe Tauern“

Tagung 1977 in Bovec

Allgemein: Bei der Tagung in Bovec begannen die ersten Versuche der CIPRA sich durch vernetztes, länderübergreifendes Arbeiten mehr Durchschlagskraft zu verleihen. In diesem Zusammenhang wurde versucht, ganz im Sinne der länderübergreifenden Zusammenarbeit, eine Resolution für die neue Nationalparkgesetzgebung in Slowenien zu verfassen. Der zuständige slowenische

Minister ließ sich dafür das steirische Naturschutzgesetz als Orientierungshilfe zusenden. Man signalisierte damit das gemeinsame Interesse am Projekt und versuchte durch Wissensaustausch sich gegenseitig zu unterstützen. Einen weiteren Hinweis für die Entwicklung hin zu mehr internationaler Kooperation gab die Erstellung des Grundsatzprogrammes „Naturschutz und Landschaftspflege im Alpenraum“. In der Stellungnahme wird speziell darauf hingewiesen, dass die CIPRA mit dem Grundsatzprogramm ein Beispiel für sachliche Arbeit auf internationaler Ebene geben will.

...die CIPRA mit dem Grundsatzprogramm ein Beispiel für sachliche Ausgewogenheit ihrer Aktivitäten gibt und alle Entscheidungsträger der Alpenländer zu einem konstruktiven Dialog über die aufgestellten Ziele einlädt. (CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1977)

Fachthemen:

„Gestaltung des Nationalparks Triglav“ - hier wurden vor allem die Probleme rund um die landwirtschaftliche Nutzung im Bereich des Nationalparks angeschnitten.

„Der Boden als lebendes System“

„Erschließungsanlagen (Straßen, Wege, Geländefahrzeuge)“

„Skipistenplanung - ein weiterer Aspekt der touristischen Selbstzerstörung“

„Schädigung und Vernichtung im quantitativen Überblick“

„Die Alpen – Naturerlebnis oder Alptraum?“

„Gefährdung von Boden und Vegetation“

„Naturschutzbewertung in den Julischen Alpen“

„Entstehung und Entwicklung eines neuen Entwurfes eines Nationalparks“

Tagung zwischen 27.6 bis 1.7. 1978 in Bormio

Allgemein: Bezüglich der Organisation wurden die ersten Schritte zur Gründung eines nationalen Komitees in Frankreich und der Schweiz beurteilt.

Die Europawahlen wurden angesprochen und man sah in diesem Zusammenhang eine Chance, sich als Ideengeber für Gesetzesvorschläge positionieren zu können.

Dazu der Delegierte Saibene:

Im Jahr 1979 wird das Europäische Parlament gewählt. Dies wäre eine Gelegenheit für die CIPRA, Vorschläge für eine Reihe von Gesetzen zu machen. Es gibt einen Mangel an internationalen Organisationen, die für Gesetzgebungen zuständig sind. Deshalb gab es bisher kein überregionales Reglement. Vielleicht ist dies die richtige Gelegenheit, um unsere Projekte zu verwirklichen und nicht nur, um zu protestieren.

(CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1978)

Diese Aussage zeigt exemplarisch, dass die Organisation zusehends begann, nach der ersten Pionierphase und der darauffolgenden Orientierungslosigkeit, wieder Sinn zu suchen und sich neuen Aufgaben zu stellen. Aus den Protokollen ist sehr deutlich herauszulesen, dass man sich inhaltlich zu öffnen begann und damit gleichzeitig auch versuchte, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

In Bormio wurden auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der ArgeAlp besprochen. Die Arbeitsgemeinschaft hat laut Leitbild zum Ziel:

„...mit Hilfe von grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit einem Minimum an Institutionalisierung, gemeinsame Anliegen der Mitgliedsländer insbesondere auf wirtschaftlichem, ökologischem, sozialem und kulturellem Gebiet, im Rahmen ihrer Befugnisse zu behandeln, das Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für den alpinen Lebensraum zu vertiefen, die Kontakte zwischen den Völkern und Bürgern zu fördern, die Stellung der Länder, der Regionen, Provinzen und Kantone zu stärken und einen Beitrag zur europäischen Integration zu leisten. (ArgeAlp 2004)

In der Arbeitsgemeinschaft arbeiten folgende Mitgliedsländer zusammen: Der Freistaat Bayern, die autonome Provinz Bozen-Südtirol, der Kanton Graubünden, die Region Lombardei, das Land Salzburg, der Kanton St. Gallen, der Kanton Tessin, das Land Tirol, die autonome Provinz Trient und das Land Vorarlberg.

Länder, Regionen, Provinzen und Kantone, die von den zu behandelnden Anliegen unmittelbar berührt werden, können befristet als Beobachter mit beratender Stimme zugelassen werden.

Es wurde allerdings darauf hingewiesen, dass sich eine enge Zusammenarbeit als schwierig erweist. Da die ArgeAlp eine politische Organisation darstellt, ist ein Informationsaustausch aufgrund der unterschiedlichen Struktur und Arbeitsweise nur schwer möglich.

Fachthemen:

„Geschichtlicher Überblick über den Nationalpark Stiflersjoch und dessen Probleme“

„Vereinbarkeit oder Konflikt zwischen der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft mit den Grundsätzen des Schutzes der Natur bzw. der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage“

„Alternativen in der Forstwirtschaft“

„Alternativen in der Landwirtschaft“

Tagung zwischen 22.9 und 26.9. 1979 in Briancon

Generalthema: Einfluss des Straßenbaues und des Verkehrs auf alpine Bereiche

Allgemein: In der Deklaration von Briancon spricht die CIPRA davon, dass:

Durch eine integrierte, überregionale und ökologische Raumplanung die künftigen Entwicklungen zu steuern und die schon aufgetretenen Zerstörungen zu sanieren seien.

(CIPRA Archiv, Tagungsprotokoll 1979)

Dies zeigt am Ende der 70er Jahre schon die ersten Anzeichen des Paradigmenwechsels vom klassischen konservierenden Paradigma hin zu einem

integrativen Paradigma. (vgl. Kapitel 4) Es wurde eine Deklaration zum Generalthema verabschiedet. Hierbei wurden Standpunkte zur Straßenplanung, zum ländlichen Wegenetz, zu Skipisten und Seilbahnbau und zu den Genehmigungsverfahren (UVP) abgegeben.

Fachthemen:

„Fernstraßen und ihre Auswirkungen im alpinen Bereich“

„Waldstraßen und ihr Einfluss auf die Umwelt“

„Erschließungsstraßen für den Massentourismus“

„Zur Ökologie der Skipisten“

Tagung zwischen 18.9. und 20.9. 1980 in Vaduz

Generalthema: Integralplanung in Berggebieten

Allgemein: Es sollten Möglichkeiten eines Interessenausgleichs zwischen Land- und Forstwirtschaft, Wasser- und Energiewirtschaft, Fremdenverkehr, Natur- und Landschaftsschutz erörtert werden. Die Nationalparke in alpinen Gebieten waren vor allem ein Punkt, welcher oft im Mittelpunkt sehr unterschiedlicher Interessen stand. Auch wesentlich in diesem Zusammenhang stellte sich die Problematik der Erschließung von Gletscherskigebieten. Diese erlebten zu diesem Zeitpunkt einen großen Boom.

Fachthemen:

„Integrale Berggebietssanierung – dargestellt am Beispiel des Fürstentums Liechtenstein“

„Fremdenverkehr und Naturschutz – Probleme und Möglichkeiten eines Interessenausgleichs in alpinen Gebieten“

„Integralmeliorationen der Wildbach- und Lawinenverbauung im Zillertal“

„Integrale Planungen im bayrischen Alpenraum“

„Integralplanung als Teil des Systems der Gesellschaftsplanung“

„Erholung, Landnutzung und Naturschutz: Partner oder Konkurrenten?“

Tagung zwischen 24.9. und 26.9. 1981 in Berchtesgarden

Generalthema: Die Zukunft alpiner Schutzgebiete ?

Nutzungsansprüche und Naturschutz im Widerstreit

Allgemein: Die Zukunftsfähigkeit alpiner Schutzgebiete stand bei dieser Tagung im Vordergrund. Vor allem wurde die Frage behandelt, unter welchen Voraussetzungen die alpinen Schutzgebiete eine Zukunft haben könnten. Auch wurde über die im Widerstreit stehenden Nutzungsansprüche von Wirtschaft, Bevölkerung und Touristen diskutiert.

Fachthemen:

„Schutzgebiete und Sicherung der Lebensgrundlagen“

„Alpine Schutzgebiete – eine Bestandsaufnahme“

„Grundrechte im Widerstreit“

„Erholung in Schutzgebieten“

„Landnutzung in Schutzgebieten“

Tagung zwischen 23.9. und 24.9. 1982 in Gaschurn

Generalthema:

Energiepolitik und ihre Auswirkungen auf die alpine Umwelt

Allgemein:

Diese Tagung stellte sich zum Thema, Möglichkeiten zur Deckung des Energiebedarfs aufzuzeigen, welche weitgehend ohne ökologische Belastungen funktionieren. In diesem Zusammenhang wurde zudem die Tatsache thematisiert, dass der Alpenraum durch den Ausbau von Wasserkraftwerken vorwiegend Energie für die außeralpinen Räume liefert. Diese profitierten von der günstigen Energiegewinnung, während der Alpenraum mit den ökologischen Auswirkungen zu kämpfen hat.

Fachthemen:

„Allgemeine Übersicht über die Energiepolitik in den der CIPRA angehörenden Alpenstaaten mit Darstellung spezieller Probleme verschiedener Energiesparten; Schwerpunkt – Wasserkraft und alternative Energien“

„Auswirkungen der Energiegewinnungen und des Energietransportes auf den Alpenraum unter Berücksichtigung der Einflüsse auf Menschen, Pflanzen und Tiere“

Tagung zwischen 29.9. und 1.10.1983 in Bled

Generalthema: Alpenschutzgebiete in der Praxis

Allgemein: Man versuchte im Zuge dieser Fachtagung auf den in der Fachtagung 1981 ergriffenen Initiativen aufzubauen. Der Kern der Thematik war in dieser Tagung (genau wie in der Tagung von 1981) die Tatsache, dass es, sowohl nach Flächen als auch nach ökologischer Qualität, in allen Teilen des Alpenraumes viel zu wenig ausgewiesene Schutzgebiete gibt.

Fachthemen:

„Ausgangspunkte, Ziele und Organisation des Triglav – Nationalparks“

„Natürliche und kulturelle Merkmale, die für den Triglav – Nationalpark charakteristisch sind“

Tagung zwischen 5.10. und 6.10. 1984 in Chur

Generalthema: Sanfter Tourismus – Schlagwort oder Chance für den Alpenraum ?

Allgemein: Die Jahrestagung von 1984 beschäftigte sich mit der touristischen Nutzung von Gebieten. Man thematisierte die Übererschließung von bestimmten Gebieten und zeigte die Folgewirkungen dieser auf. Man wies darauf hin, dass, wenn man den Kapitalertrag der Natur langfristig nutzen will, dies nur mit einer entsprechend sorgfältigen Nutzung der Landschaft vor sich gehen kann.

Fachthemen:

„Umwelt und sozialverträglicher Tourismus, eigentlich eine Selbstverständlichkeit“

„Möglichkeit und Grenzen des sanften Tourismus aus der Sicht der Bergbevölkerung“

Tagung zwischen 26.9. und 28.9. 1985 in Schliersee

Generalthema: Ist der Bergwald noch zu retten?

Die Teilnehmer waren sich darüber einig, dass sich der Zustand des Bergwalds in den Alpenstaaten verschlechtert hat. Die Ursache für das Waldsterben wurde in der Luftverschmutzung gesehen, welche vor allem im Zusammenhang mit dem Kfz-Verkehr gebracht wurde.

Fachthemen:

„Welche Maßnahmen setzt der Staat?“

„Welche Maßnahmen setzt die Industrie?“

Tagung zwischen 11. und 12. Dezember 1986 in Vaduz

Allgemein: Anlässlich der Tagung hat sich die CIPRA mit dem Spannungsverhältnis zwischen dem Natur- und Landschaftsschutz und den Nutzungsansprüchen der örtlichen Bevölkerung befasst. Das Ziel war den häufigen Spannungen zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Naturschutz entsprechend zu begegnen und nach Möglichkeit im Vorfeld auszuräumen.

Fachthemen:

„Darstellung der Probleme des Lebens der örtlichen Bevölkerung in und mit geschützten Landschaften des Alpenraumes“

„Illustration des Themas mit Hilfe einiger Fallbeispiele aus CIPRA Ländern“

„Deklaration von ARCS mit Aussagen über notwendige Rahmenbedingungen für einen Ausgleich der Bedürfnisse der örtlichen ökonomischen Strukturen mit den Anliegen des Natur- und Heimatschutzes“

„Der Nationalpark Vanoise und dessen Vorgelände mit Aussagen zur Tagungsproblematik“

Tagung in Brixen zwischen 08. und 10. Oktober 1987

Generalthema: Bodenschutz und Berglandwirtschaft – Herausforderung für eine gemeinsame Umwelt und Agrarpolitik zur Erhaltung der alpinen Kulturlandschaft

Allgemein: Ausschlaggebend für die Wahl dieses Themas war die Krise der alpinen Landwirtschaft, welche sich auf natürlichen Lebensgrundlagen und der kulturellen Identität niederschlug. Im Zuge dieser Tagung regte die CIPRA eine große Koalition zwischen Berglandwirtschaft und Natur- und Heimatschutz an, für die im Modell des Alpenraumes sofort Erfahrungen gesammelt werden sollten. Etwa die Hälfte des angemessenen bergbäuerlichen Vergleichsaufkommens müsste nach der damaligen Auffassung der CIPRA durch ein Entgelt für Leistungen erzielt werden.

In diesem Zusammenhang wurden von der CIPRA Forderungen gestellt.

Diese beinhalteten Entgelte für die Grundsicherung der bergbäuerlichen Betriebe, Entgelte für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage durch umweltverträgliche Bewirtschaftung, Sonderleistungen für Berglandwirtschaft zu Gunsten von Landschaftspflege, Naturschutz und Sicherung des Bergwalds, für Einschränkungen der Bergwaldwirtschaft in Schutzgebieten

Des Weiteren wurden im Zuge dieser Tagung in einer Deklaration 10 Gebote zur Sicherung und Umweltvorsorge im Alpenraum erstellt.

- Gebot: Flächendeckende Aufstellung von Gefahrenzonenplänen
- Gebot: Erhaltung der Schutzfunktion des Bergwaldes
- Sicherung der Existenz der Berglandwirtschaft
- Übergang zu sanfteren Tourismusformen
- Organisation eines erträglicheren Verkehrs
- Drastische Verminderung der Luftschadstoffe
- Naturnahe Erhaltung und Schutz der Gewässer, das Vollzugsdefizit im Umweltrecht beseitigen
- Der Umweltvorsorgepolitik Vorrang vor Katastrophenmanagement einräumen
- Effektivere Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Tagung, zwischen 29 September und 1. Oktober 1988 in Triesenberg/Liechtenstein

Generalthema: Alpentransversale Erlösung oder neue Belastung für den Alpenraum?

Allgemein: Durch die Liberalisierung des europäischen Binnenmarkts sah sich der Alpenraum mit einer sehr starken Zunahme des Gütertransits konfrontiert. Das Europäische Parlament beschloss, den Gütertransport bevorzugt auf die Schiene zu verlegen. Dies ließe sich aber nur durch den Bau einer neuen Alpentransversale durch die Schweiz verwirklichen. Diese Entwicklungen nahm die CIPRA für das Generalthema der Jahresfachtagung auf. Am Ende der Tagung wurde eine Deklaration mit dem Thema „Keine neuen Alpentransversalen ohne Verkehrskonzept!“ verfasst.

Tagung zwischen 28. und 30. September 1989 in Großkirchheim

Generalthema: Nationalparke, ihre Funktionen in vernetzten Systemen – Anspruch und Wirklichkeit

Allgemein: Diese Tagung setzte sich zum Ziel, Genaueres über Schutzgebietserfordernisse in Erfahrung zu bringen. Auf Basis der Erkenntnisse sollte in weiterer Folge ein ausgewähltes Netz abgestufter Schutzformen über den Alpenraum gelegt werden.

Fachthemen:

„Nationalparke – Elemente in einem überregionalen Biotopenverbundsystem“

„Anforderungen an Nationalparke aus Sicht der überörtlichen Raumplanung“

„Pflegerische Landnutzung durch Jahrhunderte – der kulturlandschaftliche Aspekt der Kärntner Nationalparks“

„Umweltbewusstsein durch Nationalpark - Engagement“

„Elf Jahre Erfahrungen mit dem Nationalpark Berchtesgarden“

„Vorstellung des CIPRA – Leitbildes für eine Alpenkonvention“

5.4.4. Zusammenfassung der Mobilisierungsphase

Die zweite Phase der CIPRA, die „Mobilisierungsphase“ zwischen 1970 und 1989, war von der großen Krise, die unter diesem Punkt näher beleuchtet wird, und dem Neubeginn der Organisation geprägt. Bereits Ende der sechziger Jahre begann die CIPRA etwas an Dynamik zu verlieren und die ersten Anzeichen einer Krise zeichneten sich ab. Zu dieser Zeit beschränkte sich die Haupttätigkeit der CIPRA darauf, eine jährliche Jahresfachtagung abzuhalten. Allerdings begann die CIPRA langsam an Stoßkraft zu verlieren, so dass bereits 1965 auf der Jahresfachtagung in Pinzolo (I) darüber beraten wurde, in engeren Kontakt mit anderen internationalen Organisationen zu treten. In den darauffolgenden Jahren hatte die CIPRA große Ambitionen für das 1970 stattfindende Naturschutzjahr. Filme, Ausstellungen und Publikationen wurden geplant. Die Organisation wollte das Naturschutzjahr dazu nutzen, sich einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und damit Bewusstsein und Interesse für die Themenbereiche der CIPRA zu schaffen. Doch trotz aller Vorsätze und sicher auch guter Ideen kam es fast zum Exitus. Der damalige Präsident, Emile Dottrens, trat inmitten der Vorbereitungen zum Naturschutzjahr zurück und übergab das Zepter an den jüngeren Willi A. Plattner. Dieser sah die Situation kritisch aber realistisch und forderte, die CIPRA entweder aufzuwerten oder sie aufzulösen. Plattner wollte vor allem auf fachlicher Ebene die CIPRA aufwerten und die Strukturen der Organisation von einem naturwissenschaftlichen „Debattierclub“ zu einer offenen Organisation verändern. Schließlich kam es dazu, dass die CIPRA das Naturschutzjahr im Jahre 1970 verschief. Diese nicht genutzte Chance sich zu präsentieren und sich für die Zukunft neuen Schwung zu holen war selbstverständlich fatal für die zu diesem Zeitpunkt ohnehin schon schwer angeschlagene Organisation. Zusätzlich gab es noch heftige Verstimmungen, als auch die Jahresfachtagung 1970 vom Präsidenten aufgrund von Arbeitsüberlastung abgesagt wurde.

Dazu der damalige Präsident W. Plattner in einen Brief an die Delegierten am 8. Juli 1970:

Seit längerer Zeit wünsche ich Tage mit 24 Stunden und Jahre mit 730 Tagen! Das würde mir ermöglichen, etwa an der Hälfte der Tagungen, die ich im Jahre des Naturschutzes 1970 besuchen möchte, teilzunehmen! Ich habe schon mehrmals versucht, meine Arme gegen den Himmel zu heben, um der Sonne Stillstand zu gebieten. Vielleicht hat mir der Glaube gefehlt, denn es war immer ein Mißerfolg! Diese Präambel soll Sie sachte darauf vorbereiten, jetzt ohne in Wut zu geraten, den Brief weiter zu lesen: Ich finde mit dem besten Willen absolut keine Möglichkeit, im Herbst 1970 eine CIPRA - Tagung durchzuführen. Ich muss Sie um Verständnis für meine Notlage bitten. Ich könnte mir aber gut vorstellen, dass Sie diesen Brief mit großer Erleichterung lesen, weil auch Sie in diesem Jahr so überfordert wurden, dass es so einfach nicht weitergehen kann! (CIPRA Archiv, 1970)

Die Antwort des wenig erfreuten delegierten Pichler an Plattner am 27. Juli 1970:

Ich muss sagen, dass ich über Ihr Rundschreiben vom 8. Juli d. J. mehr als bestürzt bin. Auch hier wäre Österreich gerne wieder in die Bresche gesprungen, wenn es in der Schweiz nicht möglich ist, eine Tagung der Internationalen Alpenkommission (CIPRA) im europäischen Naturschutzjahr durchzuführen. Wann denn soll eine Tagung dieser wichtigen internationalen Kommission stattfinden, wenn nicht im Naturschutz - Jubiläumsjahr. Unsere Freunde und Anhänger des Naturschutzes verstehen das überhaupt nicht. Ich kann Sie nur dringend bitten, doch zu trachten, dass diese Tagung zwischen 5. und 8. Oktober irgendwo in der Schweiz stattfinden kann und Sie anderenfalls bitten, sich mit Kollegen Dr. Fossel umgehend in Verbindung zu setzen. Wir finden sicherlich in Österreich eine Möglichkeit eventuell in die Bresche zu springen, wenn es den Schweizer Stellen nicht möglich wäre, diesen so wichtigen internationalen Termin wahrzunehmen. Diesen Termin wahrzunehmen, wäre doch die vornehmste Pflicht des neu gewählten Präsidenten und ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie diese Aufgabe außer Acht lassen wollen. (CIPRA Archiv 1970)

1971 kam es in Magadino zur nächsten Fachtagung. Es wurden zwar elf Resolutionen verfasst, wobei unter anderem jene zur Motorschlittenfrage durchaus auch Erfolge zeigte, doch vom Neustart konnte keine Rede sein. Denn schon im Jahr 1972 gab es wieder keine Tagung. Präsident Plattner schwebte zu diesem Zeitpunkt eine Umstrukturierung der CIPRA vor.

Dazu Willy A. Plattner in einen Brief an „Freunde“ am 30. Jänner 1973:

„Die Probleme, die damit verbunden sind, sind aber so vielschichtig, so komplex, dass ich mir nicht mehr zumute, das Richtige zu erkennen. Es wird Ihnen in mancher Hinsicht ähnlich gehen. Es scheint mir aber sicher, das in den Alpen der ‚Status quo‘, also der Heutzustand nicht einfach und generell erhalten bleiben kann. Ich stelle also fest, dass

- *der Schutz des alpinen Raumes immer kompliziertere Probleme aufwirft*
- *der wirtschaftliche und spekulative Druck auf den Alpenraum sehr stark zunimmt*
- *eine steigende Zahl von Vereinen, Organisationen, Behörden sich mit den Problemen der Erschließung, aber zum Teil auch des Schutzes, befassen*
- *die CIPRA in der heutigen Form den sich stellenden Aufgaben nicht gewachsen ist.*

Daraus folgere ich, dass die CIPRA umgebildet, also reformiert werden muss, es sei denn, die Mitglieder zögen eine Auflösung vor, was ich sehr bedauern würde.

Wie soll die umgebildete Kommission aussehen?

Das ist die erste Frage, die ich Ihnen stellen möchte. Persönlich sehe ich das etwa so: am Reglement ändern wir vorläufig nichts. Wir werden also weiterhin für jedes Land einen Delegierten und einen Regierungsbeobachter haben. Aber wir sollen diesen beiden Herren Experten in wesentlich größerer Zahl als bisher beistehen. Wer sind solche Experten? Nach meiner Auffassung alle Jene, die besonders gute Kenntnisse, wenigstens von einem Problemkreis aus dem Alpengebiet haben. Also zum Beispiel Geologen, Botaniker, Zoologen, Förster, Agronomen, Fremdenverkehrsspezialisten etc. etc. Diese Experten sollten aber engen Kontakt mit den Verbänden haben, die sich um den Schutz der alpinen Natur bemühen. Hinter uns sollten tatsächlich Verbände stehen, die uns nicht nur finanziell unterstützen, sondern unser Gedankengut ins Volk tragen. Warum könnten nicht auch einige Journalisten

bei uns sein? Es gibt heute solche, die sich ganz dem Natur- und Umweltschutz widmen. Wird die CIPRA mit diesem System nicht zu schwerfällig? Wird es nicht zu kompliziert, für so viele eine Tagung zu organisieren? Diese wichtige Frage stelle ich Ihnen ebenfalls. Wo sollte die Grenze sein? Wie können wir uns mit den wichtigen Vereinen verbinden, ohne zu groß zu werden? Eine Lösungsmöglichkeit bestünde vielleicht darin, dass wir innerhalb jeder Nation eine Subkommission hätten, so dass nicht alle Experten an den internationalen Tagungen teilnehmen müssten. Ich habe aber festgestellt, dass etliche Vereine Ziele verfolgen, die den unseren zum Teil sehr gut entsprechen. Solche Vereine sollten wir doch kennen, uns mit ihnen zusammenspannen, sonst gibt es nicht nur Doppel-, sondern Vielspurigkeiten! Ich meine also, es wäre nicht nur gut, sondern wichtig, das jeder von uns eine Liste der Verbände seines Landes aufstellt, die ähnliche Ziele haben. Wir sähen dann wohl klarer. Das alles geht nicht ohne Schreibereien. Ohne solche kommen wir sicher nicht aus. Das dringendste Bedürfnis besteht im Aufbau eines Sekretariates. Mein Neffe, Jurist in einem großen Planungsamt, hatte mit viel Begeisterung das ihm angetragene Mandat angenommen. Wegen beruflicher Überbelastung, die dann sehr rasch eingetreten ist, konnte er das Sekretariat nie richtig bewältigen. Bisher habe ich keinen Ersatz gefunden. Dem Sekretariat des Schweizer Bundes für Naturschutz kann ich die CIPRA - Arbeiten nicht übergeben, denn auf diesem Sekretariat werden, trotz ständigen Ausbaues, schon jetzt viel zu viel Überstunden gemacht, um nur die dringendste Arbeit bewältigen zu können. Das CIPRA - Sekretariat muss aber nicht unbedingt in der Schweiz sein.“ (CIPRA Archiv 1973)

Plattner konnte jedoch seine Vorstellungen nicht durchsetzen, da das restliche Umfeld der CIPRA eine umfassende Restrukturierung der Organisation forderte.

In diesen Zusammenhang wurde im Zuge der IUCN Konferenz 1974 in Trient die Überlebens- und Wiederbelebungschancen der CIPRA diskutiert.

Dazu Curt Fossil 1992:

Die Tatsache, dass ausgerechnet zum Europäischen Naturschutzjahr 1970 keine Jahrestagung veranstaltet wurde, aber auch 1972 und 1974 keine stattfanden,

ließ uns (d.h. die Mitbegründerin der CIPRA, Frau Dr. Edith Ebers, Professor Fritz Lense und mich) anlässlich der IUCN - Konferenz 1974 in Trient über die ‚Zukunft der Alpen‘ überlegen, ob die CIPRA noch eine Zukunft haben soll und kann. Wir entschlossen uns, eine Reorganisation zu versuchen, um durch eine breitere Basis von Trägerorganisationen ein Präsidium aus mehreren Personen zu bilden und dadurch vom guten oder mangelnden Willen einer Einzelperson unabhängig zu werden. Unsere einhellige Meinung war, wenn es noch keine Internationale Alpenschutzkommission gäbe, müsste sie aus Interesse an der Zukunft der Alpen gegründet werden. (CIPRA Archiv 1992)

So also konnte auf der Jahrestagung 1975 ein neues Statut vorgelegt und verabschiedet werden. Dieses sah die Bildung von Nationalen Komitees in jedem der sieben Alpenstaaten bzw. Alpenländer vor. Das bedeutet eine neue Struktur auf der Grundlage von freien Trägerorganisationen, die überregional für den Schutz der Natur tätig sind und von staatlichen Stellen/Einrichtungen gefördert werden. Prof. Lense wurde für ein Jahr zum provisorischen Präsidenten bestellt, um während dieser Übergangsfrist die weitere Entwicklung zu prüfen und voranzutreiben. Nachdem die Reaktivierung wenigstens ansatzweise ein positives Echo erhalten hatte und eine weitere positive Entwicklung zu erwarten war, konnte ich 1976 bei der Jahrestagung in Heiligenblut die Wahl zum Präsidenten annehmen. (CIPRA Archiv 1992)

Dass dieser wahrscheinlich notwendige Wechsel an der Spitze der CIPRA nicht ganz reibungslos von statten ging, zeigt sich anhand dieses Briefwechsels von Lense an Plattner.

Bei der Tagung der CIPRA am 8./9. Mai 1975 in Garmisch-Partenkirchen wurde ich von den anwesenden Delegierten einstimmig zum Präsidenten für ein Jahr gewählt.

Ich bedauere es, dass Sie nicht nach Garmisch-Partenkirchen gekommen sind. Sicher hätte man durch ein Gespräch manche Unklarheiten beseitigen können.... (CIPRA Archiv, 1975)

Die Stimmung zu diesem Zeitpunkt lässt sich sehr gut durch diesen Brief von Lense an Fossel 1978 nachvollziehen.

Meine persönliche Meinung ist, dass die CIPRA nicht aufgeben darf. Wir sind zwar augenblicklich in einem gewissen „Tief“, in das uns die Untätigkeit von Dr. Plattner hineinmanövriert hat. Doch kann das überwunden werden. Also sollten wir die Vorbereitungen für Briancon vorantreiben. (CIPRA Archiv, 1978)

Diese Zeit war zwar sehr turbulent aber wichtig für die Entwicklung der CIPRA. Durch die personellen und organisatorischen Veränderungen gelang es der CIPRA, wieder „auf Spur“ zu kommen und sich erneut der eigentlichen inhaltlichen Arbeit zu widmen. 1974, bzw. die CIPRA - Zeit nach Trient, kann in mehrfacher Hinsicht als Wendepunkt in der Geschichte der CIPRA gesehen werden. Vor allem in personeller und wissenschaftlicher Sicht kam es nach 1974 zum großen Umbruch.

Die „Grand Madame“ der CIPRA, Edith Ebers, die noch auf der Tagung in Trient an einer Umgestaltung der CIPRA mitarbeitete, starb wenige Wochen später. Helmuth Gams starb Anfang des Jahres 1976, Renzo Videsott war 1973 verstorben, Angela Piskernik bereits im Jahre 1967, während Gustav Wendelberger Anfang der 70er Jahre aufgrund der Untätigkeit der CIPRA offiziell seinen Rücktritt einreichte. Auf der organisatorischen Ebene wurde ebenfalls an neuen Strukturen gefeilt. Diese wurden auf der Tagung in Trient vorgegeben. Einer der 95 Punkte des dort verabschiedeten Aktionsplanes beinhaltete nämlich, dass sich auf nationaler Ebene die Natur- und Umweltschutzverbände zu einem Komitee zusammen schließen sollten, wobei es Aufgabe der CIPRA sein sollte, die Komitees auf internationaler Ebene zu koordinieren. Diese Aufgabe verfolgt die CIPRA auch heute noch. Zwar konnten diese Vorgaben von der CIPRA nicht alle sofort in die Tat umgesetzt werden, da erst die organisatorischen Vorbereitungen für eine weitere effektive Arbeit zu leisten war.

Fritz Lense wurde auf der Tagung von Garmisch-Partenkirchen in Abwesenheit von Willy Plattner zum Präsidenten ernannt. Allerdings nur als „Übergangspräsident“, befristet für ein Jahr. Er hatte in diesem Jahr den Auftrag, die organisatorische Neustrukturierung einzuleiten. Aufgrund der Tatsache, dass Fritz Lense Gründungsmitglied der CIPRA war, schien er für diese heikle Aufgabe am besten geeignet zu sein. Curt Fossel folgte 1976 Fritz Lense als Präsident nach und leitete bis 1983 die Geschicke der CIPRA. Bis Ende der 70er Jahre dauerte es, bis die „Narben“ verheilten und die Organisation wieder ohne größere Probleme funktionierte. Vor allem das „12 Punkte Programm“ über den Schutz der Alpen, welches 1977 in Bovec erlassen wurde und das neue Statut, das am 30. November 1979 in Kraft trat, zeigte, dass die Bemühungen in die richtige Richtung gingen und die CIPRA sich den Herausforderungen des neuen Jahrzehnts stellen konnte. Das neue Statut beinhaltete die Möglichkeit, dass in der CIPRA sowohl private Vereinigungen als auch Vertreter der öffentlichen Verwaltung und der Wissenschaft gemeinsam wirken können. Auch sollten Institutionen, welche ähnliche Interessen verfolgen, die Möglichkeit gegeben werden, sich der CIPRA anzuschließen. Um diese Forderungen auch durchführen zu können, war es notwendig, nationale Komitees zu gründen. Diese Bemühungen gingen aber nur sehr langsam von statten. Vor allem war das Engagement der einzelnen Staaten sehr unterschiedlich. Dass die Entwicklung der nationalen Komitees sehr unterschiedlich vor sich ging, zeigt sich auch heute noch in der teils sehr unterschiedlichen Struktur dieser Komitees. (vgl. 5.2.) Neben der Öffnung und Erweiterung war man zu Beginn der 80er Jahre sehr bemüht, die Öffentlichkeitsarbeit der CIPRA zu verbessern. Als Maßnahme ist in diesem Zusammenhang auch zu sehen, dass die Jahresfachtagungen unter ein Generalthema gestellt wurden. Thematisiert wurden auch in dieser Phase alle Themen, die auch schon in der ersten Phase von Bedeutung waren. Mit dem Unterschied, dass sich die Behandlung der Themen im Laufe der Zeit änderte (vgl. Tabelle 2).

So versuchte man zum Beispiel die Entwicklungen im Tourismus pragmatischer zu sehen und sich nicht mehr nur auf die Verhinderung von Projekten zu konzentrieren,

sondern alternative Wege – wie den sanften Tourismus – aufzuzeigen. Auch bei den Fragen zur Energiewirtschaft versuchte sich die CIPRA mit Vorschlägen zur alternativen Energiegewinnung zu positionieren (Kraft-Wärme-Kopplung, Förderung regenerativer Energiequellen, etc.). Im Bereich des Landschaftsschutzes wurden die Probleme zu Beginn der Mobilisierungsphase noch im Stile des klassischen Naturschutzes behandelt und auch argumentiert. Man hat bis Ende der 70er Jahre meist mit naturwissenschaftlichen Besonderheiten auf die Gefährdungen hingewiesen. Auch wurde in dem 1977 erstellten „12 Punkte Programm“ noch ganz klar der Widerspruch zwischen ökologischen und ökonomischen Zielvorstellungen erwähnt. Erst am Beginn der 80er kristallisierte sich die Einleitung des Paradigmawechsels heraus. Man begann Ökologie und Ökonomie nicht als Gegensatzpaar zu verstehen, sondern versuchte ein verbindendes Element zu schaffen. (vgl. Weixlbaumer 1998) Das gegenwärtig wahrscheinlich am emotionalsten diskutierte Thema Verkehr trat erst relativ spät – vielleicht zu spät – in den Mittelpunkt des Interesses der CIPRA. Doch als man begann, den Verkehr zu thematisieren und 1988 auf der Jahresfachtagung die Forderung aufgestellt wurde, „Keine neuen Alpentransversalen ohne Verkehrskonzept!“, gelang es, öffentliche Diskussionen über dieses Thema auszulösen.

Tabelle 3, Quelle CIPRA Archiv

Themenbereiche der Mobilisierungsphase

<u>Energie</u>		<u>Landschaftsschutz</u>		<u>Tourismus</u>		<u>Verkehr</u>
1971		1971		1971		1971
1976		1976		1979		1979
1980		1977		1980		1980
1982		1978		1981		1981
		1979		1984		1984
		1981		1987		1985
		1982				1988
		1986				

Die Titel der Fachtagungen entwickelten sich ebenfalls weiter. Die Tagungen bekamen einen Titel, welcher sich auf ein aktuelles Thema bezog. Die im Zuge der Tagungen ausgearbeiteten Resolutionen wurden dann in einem gebundenen Tagungsbericht veröffentlicht. Daneben wurde erstmals 1979 als Ergänzung zu den Jahresfachtagungen ein Seminar angeboten. 1983 kam es zum nächsten Wechsel an der CIPRA Spitze. Mario Broggi war der neue Mann, der nun den Generationswechsel vollständig vollzog. Er sah die CIPRA nicht nur als Organisation, die sich einmal im Jahr trifft und über ein Thema spricht und sich nach der Tagung aber kaum mehr mit der eigentlichen Umsetzung beschäftigt. Er wollte andauernde Aktivität zeigen. Man organisierte darauf weiterhin Jahresfachtagungen und Seminare. Das Generalthema wurde in weiterer Folge „griffiger“ und meist in Form einer Frage formuliert (Ist der Bergwald noch zu retten? Sanfter Tourismus: gibt es ihn – und was ist er?). Um ein breites Interesse hervorzurufen, wurden die Themen mit dem Tagungsort in Verbindung gebracht. Dies bewirkte auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Medien. Dieser Umstand fällt besonders bei der Durchsicht der Tagungsunterlagen auf, da ab dem Beginn der achtziger viele Pressemitteilungen in den Akten enthalten sind. Neben den Tagungsbänden verstärkte die CIPRA zu dieser Zeit die publizistische Tätigkeit.

Man schuf mit den Schriftenreihen und der CIPRA – Info Instrumente, die halfen, auf aktuelle Themen rasch eingehen zu können, ohne auf die nächste Fachtagung warten zu müssen.

- CIPRA-Info
- Grosse Schriftenreihe
- Kleine Schriftenreihe

Bereits 1984 erschien die erste Nummer der vierteljährigen Informationszeitschrift CIPRA – Info. Parallel dazu wurden 1985 die große Schriftenreihe und die kleine Schriftenreihe gegründet. In der großen Schriftenreihe werden auch heute noch von

der CIPRA die Berichte der Jahresfachtagungen veröffentlicht, während die kleinen Schriften als Publikationsreihe für kritische Stellungnahmen zu aktuellen Themen verstanden werden. Auch die Veröffentlichung der Resolutionen wurde auf eine breitere Basis gestellt. Während bis in die siebziger Jahre die Resolutionen nur an die jeweils zuständigen Stellen versandt wurden, begann man in den achtziger Jahren die Resolutionen an die Medien weiterzugeben. Dies hatte natürlich einen wesentlich größeren politischen Druck für die Verantwortlichen zur Folge. Zusätzlich wurde die politische Arbeit verstärkt, man versuchte alle Alpenstaaten zur Erstellung eines politischen Instruments für den Alpenraum zu gewinnen. Vor allem wollte man den italienischen Alpenraum stärker in die Arbeit der CIPRA einbinden. Der Sinn der Bemühungen zeigte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit der Entstehung der Alpenkonvention. Am Ende der „Mobilisierungsphase“ stand der Weg in die Professionalisierung.

Es wurde 1990 eine Geschäftsstelle in Vaduz eingerichtet und der erste hauptamtliche Geschäftsführer, Ulf Tödter, ernannt. Es zeigt weiter, wie wichtig eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit und Organisationsstruktur ist. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, kann eine NGO vieles bewirken.

Das Paradebeispiel, wie wirksam eine professionelle Arbeit sein kann, vermittelt die Entstehungsgeschichte der Alpenkonvention. Diese zeigt, zumindest auf dem Papier, dass die CIPRA viele ihrer Prinzipien – Stichwort „89 Punkte Programm“ - in diesen völkerrechtlich bindenden Vertrag hineingebracht hat. (vgl. Kapitel 5)

5.5. Die CIPRA zwischen 1990 und der Gegenwart

Die CIPRA versteht sich in der Gegenwart als alpenweit tätige Dachorganisation, welche als Sprachrohr der nationalen Vertretungen dienen soll. Als ihre Aufgabengebiete sind Informationsbeschaffung, Verbreitung, politische Interventionsarbeit und die aktive Durchführung von Projekten zu sehen.

Anhand der Grafik ist das breitgefächerte Informationsnetzwerk der CIPRA ersichtlich.

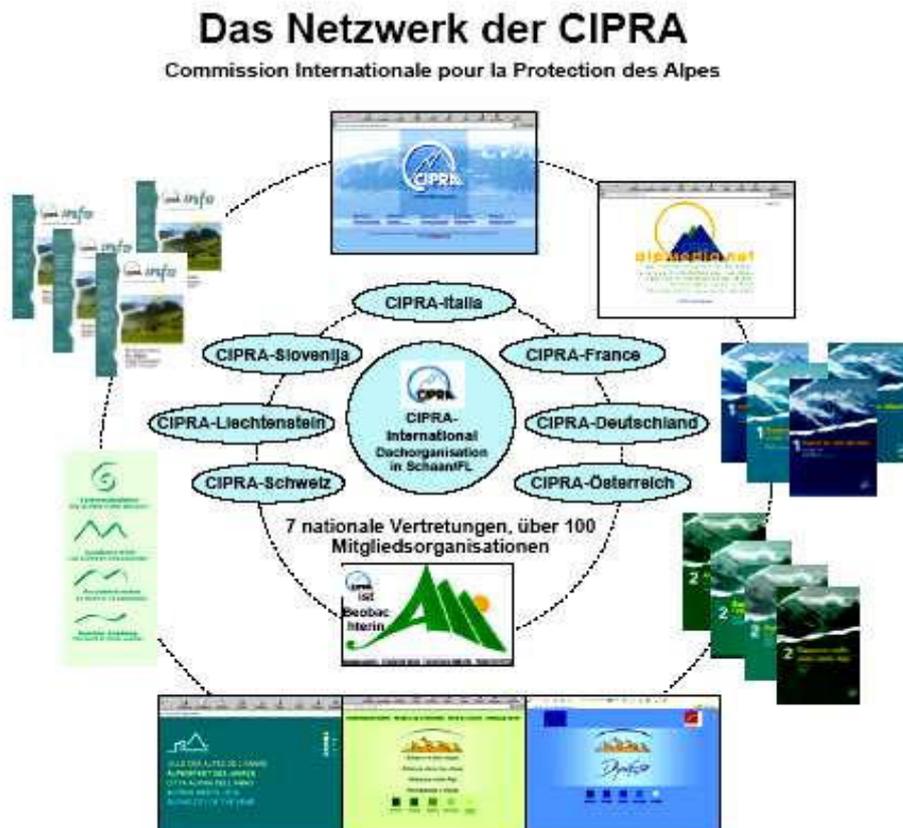


Abbildung 12 Das Netzwerk der CIPRA, Quelle: CIPRA International

Publikationen: Der Alpenreport, die großen und kleinen Schriften und die regelmäßig erscheinende Zeitschrift CIPRA- Info. Der Alpenreport bildet ein umfassendes Werk mit Artikeln zu unterschiedlichen Themenbereichen, welche von verschiedensten Akteuren des Alpenraums verfasst wurde. In den großen Schriften sind Artikel zu den Themen der jeweiligen Jahresfachtagungen enthalten.

Die kleinen Schriften sind Forschungs- und Synthesearbeiten zu aktuellen Fragestellungen. Im vierteljährlich erscheinenden CIPRA-Info werden unterschiedliche Themen, welche meist einen aktuellen Bezug haben, publiziert.

Alpmedia: Gibt Informationen über den Alpenraum in Form eines Newsletter weiter. Die Informationen können unter www.alpMedia.net in einer Datenbank abgerufen werden. Zudem finden sich auf der Webseite Dossiers, Literatur- und Veranstaltungshinweise, offizielle Dokumente und Links zu alpenrelevanten Themen.

Climalp: Dieses Projekt gibt Informationen über die energieeffiziente Bau- und Sanierungsweise aus regionalen Holzbaustoffen im Alpenraum weiter.

Daher soll dieses Projekt einen Beitrag für einen aktiven Klimaschutz im Alpenbogen und zur Reduktion des Heizölbedarfs leisten.

Sommerakademie: Die Sommerakademie wurde als dreiwöchiger Lehrgang für Leute mit einem akademischen Abschluss zwischen 1998 und 2004 abgehalten. Gegenwärtig werden im Rahmen des Projektes „Zukunft in den Alpen“ kürzere und spezifischer auf einzelne Zielgruppen ausgerichtete Bildungsveranstaltungen angeboten und es wird künftig auf die Durchführung der Sommerakademie verzichten.

Alpenstadt des Jahres: Im Zuge dieses Projektes wird der Titel Alpenstadt des Jahres verliehen. Dieser Titel zeichnet eine Alpenstadt für ihr besonderes Engagement bei der Umsetzung der Alpenkonvention aus und wird von einer internationalen Jury vergeben.

Allianz in den Alpen: Das Gemeinde-Netzwerk "Allianz in den Alpen" ist ein Zusammen von ca. 190 Gemeinden im gesamten Alpenraum von Frankreich bis Slowenien. Die Mitgliedsgemeinden haben sich zusammengefunden, um die Ziele der Alpenkonvention für eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum konkret umzusetzen.

Zukunft in den Alpen: Dieses Projekt soll die zukunftsfähige Förderung im Alpenraum unterstützen. Zu diesem Zweck werden neue und bestehende Initiativen, welche Naturschutz, Bedürfnisse der Bevölkerung und wirtschaftliche Ziele in Einklang bringen, unterstützt. Dazu soll Wissen aus Forschung und Praxis zusammengeführt, aufbereitet und den Akteuren weiter vermittelt werden.

In diesem Zusammenhang setzt sich das Projekt zurzeit mit folgenden Themen auseinander:

- Beitrag von Politiken und Instrumenten zur nachhaltigen Entwicklung
- Produkte und Dienstleistungsketten mit hoher regionaler Wertschöpfung
- Erhaltung und Entwicklung der sozialen und kulturellen Vielfalt
- Grossschutzgebiete als nachhaltige Entwicklungsinstrumente
- Landwirtschaftliche Betriebe der Zukunft
- Ökonomisches Potential nachhaltiger Tourismusformen
- Freizeit, Tourismus, und Pendlermobilität
- Formen der Entscheidungsfindung bei Raumnutzungsansprüchen

Stellungnahmen: Die Delegiertenversammlung der CIPRA beschließt offizielle Positionen. Diese werden in Form von Resolutionen oder Stellungnahmen veröffentlicht. Wobei Resolutionen offizielle formell beschlossene Positionen darstellen.

Alpenkonvention: Die CIPRA hat innerhalb der Alpenkonvention Beobachterstatus. Der genauere Zusammenhang zwischen CIPRA und der Alpenkonvention wird im Kapitel 5 erläutert.

Die CIPRA setzt sich gegenwärtig aus dem Präsidium mit drei Vize-Präsidenten und einem Schatzmeister, sowie der Geschäftsführung mit einem Stellvertreter, drei Projektmitarbeiter, einer Sekretariatsmitarbeiterin und drei Praktikanten zusammen. Neben der Geschäftsstelle der CIPRA- International in Schaan in Liechtenstein, zählen noch die Mitarbeiter der nationalen CIPRA Geschäftsstellen zur Belegschaft der CIPRA.

5.6. Zusammenfassung

Die CIPRA versucht in der Gegenwart mit unterschiedlichen Instrumentarien ihrer Rolle als Informationsnetzwerk für nachhaltige Alpenpolitik gerecht zu werden. Dazu benutzt sie die vorher beschriebenen Instrumente. Diese wirken meiner Einschätzung nach auf mehreren Ebenen.

- Auf der Ebene der Informationsvermittlung durch die Internetprojekte werden gezielt Informationen zu aktuellen alpenrelevanten Themen an die Medien und die breite Öffentlichkeit weitergegeben.

- Auf der Ebene der Wissensvermittlung durch die Publikationsreihen, der Praktikantenstellen, der Jahresfachtagungen und der Sommerakademie, bzw. in Zukunft mittels Kurzlehrgängen, wird versucht einer spezialisierten, höher gebildeten Gruppe wissenschaftliches Wissen zu vermitteln. Zudem steht die CIPRA durch die Tatsache, dass sehr viele Delegierte der CIPRA aus der Wissenschaft kommen, im ständigen Austausch mit Wissenschaft und Forschung im Alpenraum.
- Auf der Ebene der politischen Intervention und des Polit- controllings wird versucht, durch Stellungnahmen, Resolutionen, Lobbying oder dem direkten Ansprechen von Themen, politischen Druck aufzubauen.
- Auf der Ebene der rechtlich bindenden Ebene hat die CIPRA mit ihrem Status als Beobachter und Mitinitiator der Alpenkonvention zumindest die Möglichkeit, auf rechtlich bindende Verträge, welche die Alpenpolitik betreffen, Einfluss auszuüben.

Diese vier Ebenen stehen unter dem Paradigma einer nachhaltigen Alpenpolitik im Alpenraum gemäß der Alpenkonventionsabgrenzung.

5.7. Übersicht der CIPRA – Präsidenten

Charles Jean Bernard (1952 – 1956)

*05.12.1876, +29.07.1967. Nach einem Studium der Naturwissenschaften lebte er mehrere Jahre in Niederländisch - Indien (heutiges Indonesien), wo er unter anderem Direktor einer Versuchsstation für den Teeanbau war. Er schrieb mehrere Bücher zur Pflanzenphysiologie und verfasste zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Bernard war erster Präsident der IUCN (1948-1954), an die sich die CIPRA unter seiner Präsidentschaft stark anlehnte. Darüber hinaus war er Präsident des SBN¹.

Nathanael Georg Zimmerli (1956 – 1960)

*28.07.1887 Oftringen (CH), +09.06.1984 Bern (CH). Er studierte Rechtswissenschaften und war von 1917 bis 1954 bei der Eidgenössischen Inspektion für Forstwesen, Jagd und Fischerei - anfangs als juristischer Beamter, dann als Jagdinspektor und Adjunkt - tätig. Von Amts wegen war er auch über Jahrzehnte Sekretär und Oberaufseher des schweizerischen Nationalparks. Er war seit der Gründung als Beobachter der Regierung bei der CIPRA, wurde im Jahre 1956 zu deren Präsidenten gewählt, im Jahre 1959 in seinem Amt bestätigt, legte dieses aber 1960 frühzeitig nieder.

Emile Dottrens (1960 – 1968)

*21.07.1900 Carouge (CH), +29.09.1990 Genf (CH). Im Jahre 1942 wurde er wissenschaftlicher Assistent für Zoologie am Naturhistorischen Museum in Genf, von 1953 bis 1969 war er dessen Direktor. Er veröffentlichte zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, unter anderem über die Süßwasserfische. Dottrens war in der IUCN, im SBN und im Europarat tätig. Unter seiner Präsidentschaft wurde das Sekretariat von Deutschland in die Schweiz verlagert und er verstärkte auch die wissenschaftliche Ausrichtung der CIPRA.

Willy A. Plattner (1968 – 1975)

*01.02.1913 Genf (CH). Er studierte Naturwissenschaften, war eine Zeit lang Chefassistent für Zoologie an der Universität Genf und unterrichtete dann für 40 Jahre Biologie an der Kantonsschule St. Gallen. Er war im SBN¹ tätig, dem er auch längere Zeit als Präsident vorstand. Plattner war bereits 1960 als Präsident der CIPRA im Gespräch, wurde dann aber zum Schweizer Delegierten ernannt. Während seiner Amtszeit wurden Grundsatzfragen über den Weiterbestand der CIPRA gestellt.

Fritz Lense (1975 – 1976)

*21.07.1909 Eichstätt (D). Er studierte Naturwissenschaften und war im An daran für lange Jahre Professor an einem Gymnasium in Gräfelfing. Er war seit Anfang der 50er Jahre im Naturschutzbereich tätig, unter anderem 40 Jahre als Naturschutzreferent der bayrischen Bergwacht. Er war Gründungsmitglied der CIPRA und wurde im Jahre 1975 zum „Übergangspräsidenten“ bestimmt, um nach der Krise zu Beginn der 70er Jahre die organisatorischen Weichen für eine neue Struktur der CIPRA zu stellen.

Curt Fossel (1976 – 1983)

*29.03.1913 Graz (A), +06.11.1997 Graz (A). Er studierte Rechtswissenschaften und schlug eine Beamtenlaufbahn ein. Er war unter anderem Referent für Kultur- und Heimatpflege in der Steiermärkischen Landesregierung, wo er mit dem Aufbau eines Naturschutzreferates betraut war. Daneben wirkte er am Aufbau der steirischen Bergwacht mit und war seit 1956 im Österreichischen Naturschutzbund (ÖNB) tätig. Fossel stieß im Jahre 1963 zur CIPRA und wurde stellv. Beobachter der österreichischen Regierung. Unter seiner Präsidentschaft wurde die CIPRA vom Sitz des ÖNB, Landesgruppe Steiermark, aus geführt. Im Mittelpunkt standen vor allem die Ausarbeitung von neuen Statuten und eines ökologischen Leitbildes.

Mario F. Broggi (1983 – 1992)

*15.03.1945 Sierre (CH). Er studierte Forstwissenschaften und war seit 1969 in Liechtenstein Inhaber eines Ökobüros. Seit den frühen 70er Jahren hatte Broggi Kontakte zu CIPRA - Exponenten und wurde ab 1975 erster Delegierter Liechtensteins. Die CIPRA erfuhr unter seiner Präsidentschaft eine Neuorientierung. Es wurde ihr verstärkt die Rolle als Informations- und Wissensvermittlerin zugewiesen, was mit einem Ausbau der Aktivitäten und einer Professionalisierung der Strukturen verbunden war. In thematischer Hinsicht wurde der Aspekt „nachhaltige Entwicklung“ in den Vordergrund gerückt.

Josef Biedermann (1992 – 1995)

*26.11.1944 Feldkirch (A). Nach dem Lehramts- und Biologiestudium unterrichtet und wirkt er als Rektor am Liechtensteinischen Gymnasium. Als Vizepräsident der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz nahm er 1980 erstmals an einer CIPRA - Tagung teil. Unter seiner Präsidentschaft wurde vor allem an einer Sensibilisierung der Vertragspartner für die Alpenkonvention gearbeitet. Biedermann ist heute Schatzmeister der CIPRA.

Andreas Weissen (1995 - 2004)

*04.02.1957 Brig (CH). Er studierte Journalistik sowie Pädagogik und Wirtschaftsgeschichte. Weissen ist auf verschiedenen Ebenen im Umweltbereich tätig (war u. a. Präsident der Schweizer Alpeninitiative), seit 1990 ist er hauptamtlich beim WWF Schweiz beschäftigt. 1992 war er erstmals Teilnehmer einer CIPRA - Jahresfachtagung, 1994 referierte er auf der Tagung in Belluno (I). Unter seiner Präsidentschaft (seit 1995) konnte das Sekretariat von CIPRA - International ausgebaut und die nationalen Komitees gestärkt werden. In thematischer Hinsicht fand eine Verlagerung auf die Projektarbeit statt. Parallel dazu wurde an der Ausarbeitung und Ratifizierung der Protokolle der Alpenkonvention gearbeitet.

Dominik Siegrist (2004 -)

*16.11.1957 (CH). Dr. dipl. geogr., Dozent und Projektleiter an der Forschungsstelle für Freizeit, Tourismus und Landschaft an der Hochschule für Technik in Rapperswil. Studium und Doktorat der Geografie an den Universitäten Zürich und Berlin Langjährige Praxis- und Forschungserfahrung, v.a. in den Alpenländern.

6. Die Alpenkonvention

Das wohl bedeutendste Kapitel in der Geschichte der CIPRA stellt die Alpenkonvention dar. Aus diesem Grund möchte ich in diesem Kapitel etwas genauer darauf eingehen.

Die wohl bedeutendste Aufgabe der Alpenkommission muss es sein, eine internationale Alpenkonvention auszuarbeiten und für deren Annahme durch die beteiligten Länder Sorge zu tragen. (CIPRA Archiv 1951)

Diesen Satz findet man in den Vorbereitungsdokumenten aus dem Jahre 1951 anlässlich der Gründung der CIPRA. 40 Jahre hat es gedauert, bis am 7. November 1991 in Salzburg ein "Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)" von den Umweltministern der Alpenstaaten und dem Umweltkommissar der EU unterzeichnet wurde. Damit lässt sich ablesen, welchen Stellenwert die Gründung der Alpenkonvention für die CIPRA hat und welche Bedeutung das Fortschreiten dieser in Zukunft haben wird.

Konvention bedeutet als „Vertragswerk“ eine in Schriftform geschlossene und vom Völkerrecht bestimmte internationale Übereinkunft zwischen Staaten. Unabhängig ob sie in einer oder in mehreren zusammengehörigen Urkunden enthalten ist und welche besondere Bezeichnung sie hat. (Köhler 2003)

Die Alpenkonvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Mitgliedsstaaten (Vertragsparteien) Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, Liechtenstein, Italien, Slowenien, Monaco und der Europäischen Union. Das Übereinkommen hat sich den Schutz und die nachhaltige Entwicklung des Alpenraumes zum Ziel gesetzt. Die Alpenkonvention soll die Grundlage für die den Alpenraum betreffende staatliche Politik der Vertragsparteien bilden.

Mittels Gesetzesänderungen oder Gesetzesanpassungen soll die Politik auf den unterschiedlichen Ebenen (regional, kommunal, kantonale) integriert werden.

Es wird im Rahmen der Alpenkonvention versucht, Ökologie und Ökonomie, Umweltschutz und Wirtschaft in Einklang zu bringen, wobei hier neben den wirtschaftlichen Aktivitäten der Alpenbevölkerung auch die gesamteuropäische Wirtschaft in den Alpenraum mit einzubeziehen ist. Neben der Behandlung von ökologischen und ökonomischen Fragestellungen soll auch die im Alpenraum ansässige Bevölkerung ihre Anliegen verwirklichen können. Die Alpenkonvention möchte eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Standards und Normen in Bezug auf den Alpenraum schaffen. Die Mindestanforderungen sollen vorgegeben werden, jedoch steht es jedem Land frei, Standards höher zu setzen. Man will mit Hilfe der Alpenkonvention erreichen, dass eine vorausschauende, ressourcenschonende Politik im Alpenraum gemacht wird, in der den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt Rechnung getragen wird. Zudem versucht man gleiche Lebensbedingungen für die gesamte Bevölkerung des Alpenraums zu schaffen, mit Bedacht auf die spezifischen Gegebenheiten der unterschiedlichen Regionen. Diese in der Präambel enthaltenen Überziele möchte man innerhalb der Alpenkonvention mittels einer sektorenübergreifenden Politik, erreichen. Diese Politik wirkt auf multilateraler Ebene und soll nach den drei Grundprinzipien der Alpenkonvention betrieben werden.

- Vorsorgeprinzip
- Verursacherprinzip
- Kooperationsprinzip

Unter Berücksichtigung dieser drei Prinzipien soll das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung für den Alpenraum erreicht werden. Zur Gebietsabgrenzung nach der Alpenkonvention. (vgl. Kapitel 2)



Abbildung 13:

Gesamtgebiet des Alpenraumes nach der Alpenkonvention, mit Staatsgrenzen.

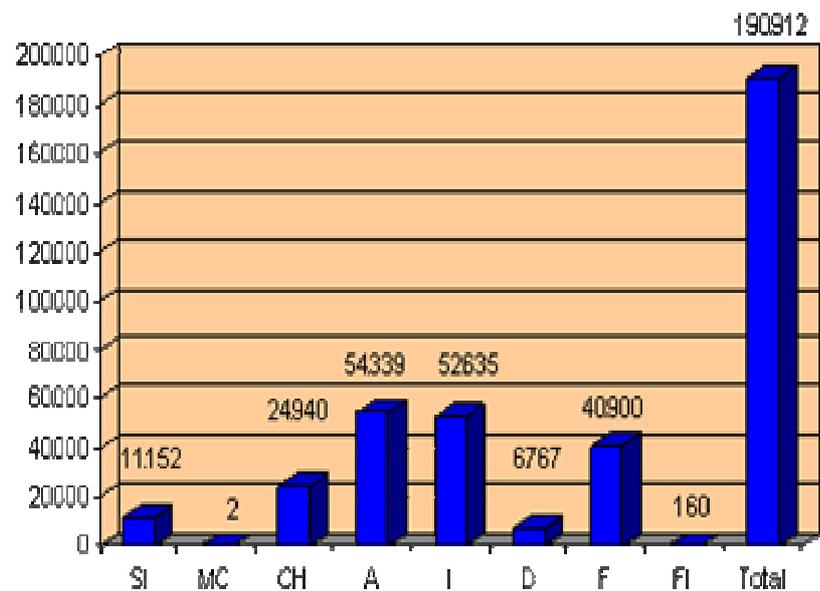
Quelle: www.Alpenkonvention.org

Tabelle 4:

Flächenanteil der Vertragsparteien an der Gesamtfläche des Alpenraumes nach der Alpenkonvention.

in km²

Quelle:
www.Alpenkonvention.org



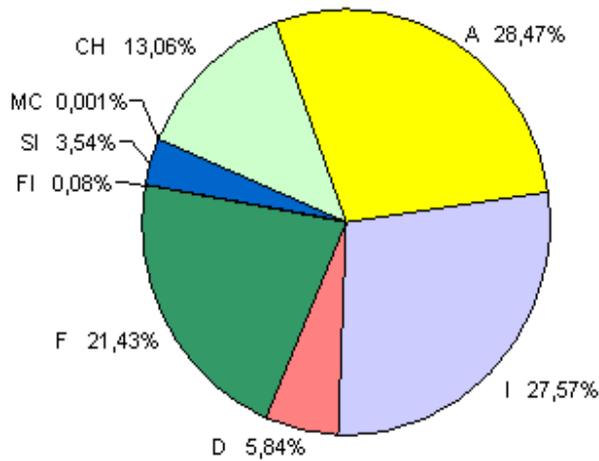


Abbildung 14:

In dieser Darstellung sind die Anteile der Länder an der Gesamtfläche des Alpenraumes nach der Alpenkonvention dargestellt. Die Zahlen sind Relativwerten zur Gesamtfläche. Quelle www.Alpenkonvention.org

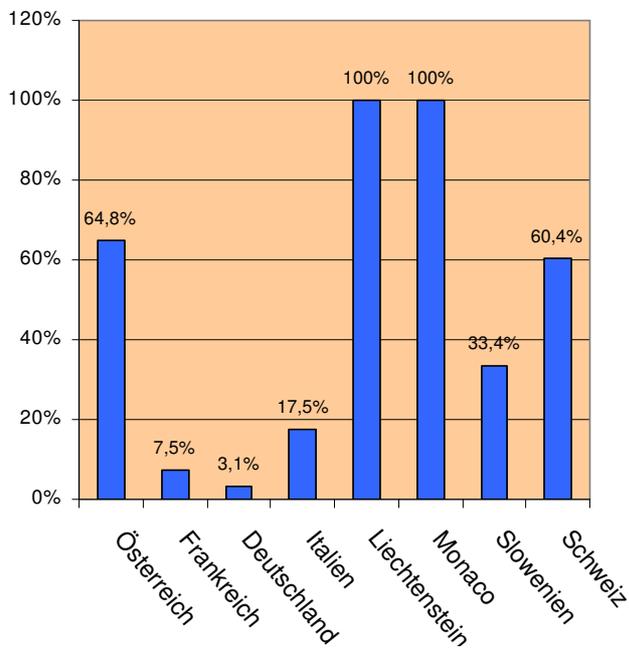


Tabelle 5:

Diese Darstellung zeigt den Anteil des Geltungsbereiches der Alpenkonvention im jeweiligen Staatsgebiet.

Quelle: Vademecum Alpenkonvention, eigene Bearbeitung

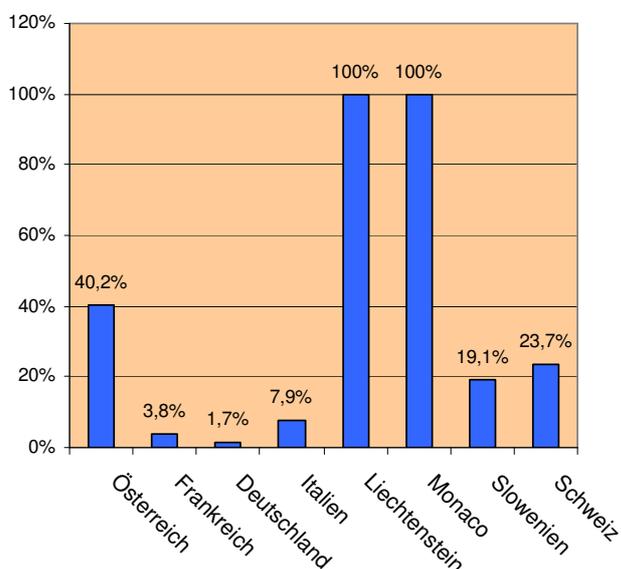


Tabelle 6:

In dieser Abbildung ist der Anteil der im Geltungsbereich der Alpenkonvention lebenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Landes abzulesen.

Quelle: Vademecum Alpenkonvention, eigene Bearbeitung

Vor allem anhand der Tabellen 4 und 5 lassen sich die unterschiedlichen Gewichtungen der Staaten innerhalb der Alpenkonvention ablesen. Diese Gewichtung sollte auch Rückschlüsse auf das Interesse der Staaten am Ausmaß zur Umsetzung der Alpenkonvention zulassen. Neben diesen Anteilen ist aber auch noch die politische Struktur der Staaten wesentlich. Denn für einen föderalistischen Staat wie Deutschland stellt sich die Gewichtung aufgrund der größeren politischen Kraft der lokalen und regionalen Planungsebenen anders dar als für einen traditionell eher zentralistischen Staat wie Frankreich oder Italien. Im Falle der Alpenkonvention nimmt der Anteil der Alpenfläche in diesen beiden Staaten auch einen eher kleinen Teil ein.

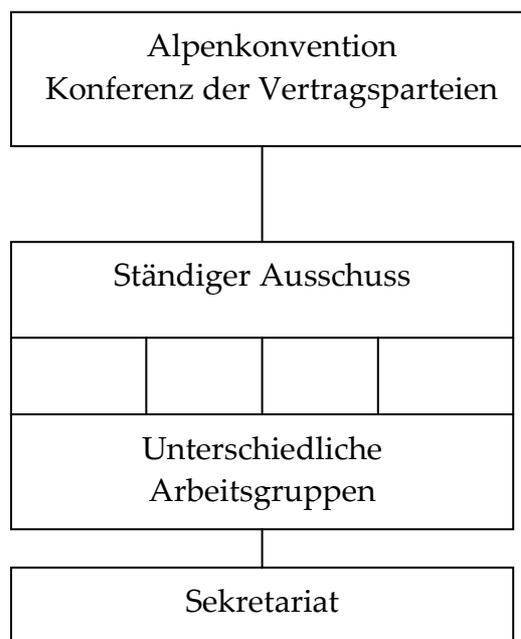


Abbildung 15, Quelle: Vademecum Alpenkonvention

6.1. Die Rahmenkonvention

Diese legt die Spielregeln, die Hauptziele, die Instrumente und die Verfahren der Zusammenarbeit innerhalb der Alpenkonvention fest. Die eigentlichen Maßnahmen sind in den Protokollen enthalten. Die Rahmenkonvention ist seit dem 6. März 1995 völkerrechtlich in Kraft.

6.2. Die Protokolle

Diese werden auch als Durchführungs-, Ausführungs- oder Sachprotokolle bezeichnet. Die Protokolle bilden den inhaltlichen Kern der Alpenkonvention. Innerhalb der Rahmenkonvention bilden sie Vereinbarungen zu 13 verschiedenen Bereichen.

- Raumplanung und nachhaltige Entwicklung
- Berglandwirtschaft
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Bergwald
- Tourismus
- Bodenschutz
- Energie
- Beilegung von Streitigkeiten
- Verkehr
- Bevölkerung und Kultur
- Wasserhaushalt
- Luftreinhaltung
- Wasserwirtschaft

Erarbeitet werden die Protokolle in Arbeitsgruppen (ABIS, bergspezifische Umweltqualitätsziele, Verkehr, Bevölkerung und Kultur, Implementierungsmechanismen, Lawinen, Überschwemmungen und Erdbeben, ständiges Sekretariat) unter dem Vorsitz eines Mitgliedstaates.

Nach der Erarbeitung werden die Protokolle innerhalb des Staates einem Begutachtungsverfahren unterzogen. In den Tabellen 6 - 5 ist zu sehen, dass in Bezug auf die eigentliche Umsetzung der ausverhandelten Protokolle ein erheblicher Unterschied zwischen den Vertragsparteien besteht.

6.3. Die Alpenkonferenz

Diese findet alle zwei Jahre an einem anderen Austragungsort statt. Es treffen sich die Umweltminister der Alpenstaaten mit ihren Delegationen. Die Zusammensetzung der Delegationen wird dem Delegationsvorsitz mitgeteilt, welcher diese auch genehmigen muss. Vorsitz und Sitz der Alpenkonferenz wechseln nach jeder ordentlichen Sitzung und werden im Zuge der Konferenz festgelegt. In der Alpenkonferenz verfügt jede Vertragspartei über eine Stimme. Die Europäische Union übt ihr Stimmrecht in ihrem Zuständigkeitsbereich mit jener Stimmenanzahl aus, die der Anzahl der EU-Mitgliedstaaten entspricht, die auch Vertragsparteien der Alpenkonvention sind. Sie übt kein Stimmrecht aus, wenn die betreffenden Mitgliedstaaten das eigene Stimmrecht wahrnehmen. Der Aufgabenbereich der Alpenkonferenz umfasst unter anderem die Unterzeichnung neuer Protokolle, die Erarbeitung neuer Protokolle, das Diskutieren inhaltlicher Veränderungen, die Festlegung des Vorsitzes der Alpenkonvention und die Vorgabe politischer Vorgangsweisen. Zudem werden finanzielle Entscheidungen getroffen. Auch das Einsetzen der jeweiligen Arbeitsgruppen und die Sicherung der Sekretariatsarbeit fällt in den Aufgabenbereich der Alpenkonferenz. Das Recht als Beobachter teilzunehmen haben die Vereinten Nationen, der Europarat, jeder europäische Staat, sowie grenzüberschreitende alpine Gebietskörperschaften und einschlägig tätige nicht staatliche, internationale Organisationen. Der Vorsitz geht mit dem Tag der Alpenkonferenz an das nächste Vorsitzland weiter.

Tabelle 7: Vertragsparteien mit Vorsitz, Ort der Alpenkonferenzen

Periode	Vorsitz	Konferenz der Vertragsparteien (Alpenkonferenz)
1989	Deutschland	Berchtesgaden
1989-1991	Österreich	Salzburg
1991-1994	Frankreich	Chambéry
1995-1996	Slowenien	Brdo
1996-1998	Slowenien	Bled
1999-2000	Schweiz	Luzern
2001-2002	Italien	Meran/Merano
2003-2004	Deutschland	Garmisch-Partenkirchen
2005-2007	Österreich	Innsbruck

Quelle: www.Alpenkonvention.org, 2004

6.4. Das ständige Sekretariat

Das ständige Sekretariat hat seit kurzem seinen Sitz in Innsbruck und eine Außenstelle in Bozen. Die Aufgabe des Sekretariates ist die Unterstützung der Alpenkonvention in fachlichen, logistischen und administrativen Belangen. Außerdem liegen die Tätigkeiten in den Bereichen Koordination, Information und Öffentlichkeitsarbeit. Zum Beispiel wird vierteljährlich eine Zeitschrift zur Alpenkonvention herausgegeben, in der aktuelle Themen im Zusammenhang mit der Alpenkonvention an die Öffentlichkeit herangetragen werden. Nach einer internationalen Ausschreibung erfolgte die Auswahl des Sitzes des ständigen Sekretariates. Neben den ausgewählten Sitzen Innsbruck und Bozen bewarben sich auch die Städte Grenoble, Lugano und Maribor. Die Aufgabenbereiche des ständigen Sekretariats in Innsbruck und der Außenstelle in Bozen sind aufgeteilt. Innsbruck, Sitz des ständigen Sekretariats, ist zuständig für die politischen und administrativen Aufgabenbereiche des Sekretariats. Darunter fallen unter anderem die Vertretung des Sekretariats nach außen, Öffentlichkeitsarbeiten, politische und technische

Unterstützung des Vorsitzes. Bozen ist für die technisch-operativen Aufgabenbereiche zuständig und nimmt mit dem Alpenbeobachtungs- und Informationssystem (ABIS), der Koordination der Alpenforschungsaktivitäten sowie Übersetzungs- und Dolmetscharbeiten die restlichen Aufgaben des Sekretariates wahr. Die Verantwortung für den Arbeitsablauf und die Ergebnisse der Sekretariatsarbeiten trägt der Generalsekretär. Im Moment gibt es einen interimistischen Generalsekretär. Ein offizieller Generalsekretär kann erst bei der nächsten Alpenkonferenz gewählt werden. Gegenwärtig wird diese Position vom Franzosen Noel Lebel eingenommen.

6.5. Der ständige Ausschuss

Dieser tagt zwischen den Alpenkonferenzen und hat einen umfassenden Aufgabenbereich, welcher mehrere Zuständigkeitspunkte umfasst. Zum einen die Unterbreitung von Maßnahmen und Empfehlungen zur Umsetzung der in der Konvention und in den Protokollen festgelegten Ziele. Weiters ist er für die Prüfung und Harmonisierung der Protokolle verantwortlich. Dies bedeutet, dass versucht wird, die Protokolle in eine einheitliche und der "globalen Sichtweise" entsprechende Form einzubetten. Neben der Prüfung der von den Vertragsparteien vorgelegten Informationen wird auch die Dokumentation über die Umsetzung der Protokolle überprüft. Zudem werden die Tagungen der Alpenkonferenz inhaltlich vorbereitet. Der ständige Ausschuss ist berechtigt, Tagesordnungspunkte vorzuschlagen sowie andere Maßnahmen, welche die Umsetzung der Konvention und der jeweiligen Protokolle betreffen, zu setzen. Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Protokollen und Empfehlungen werden ebenfalls vom ständigen Ausschuss eingesetzt. Zusammengesetzt ist der ständige Ausschuss aus den Delegierten der Vertragsparteien. Der ständige Ausschuss ist das ausführende Organ der Alpenkonvention. Den Vorsitz des ständigen Ausschusses hat die gleiche Vertragspartei, welche auch den Vorsitz bei der Alpenkonferenz führt. Bei Sitzungen darf der Vorsitzende nicht seine Funktion als Delegierter ausüben.

Als Beobachter dürfen jene nichtstaatlichen Organisationen teilnehmen, welche laut ihrer Satzung die Ziele der Alpenkonvention verfolgen und einen wesentlichen Beitrag zur Erarbeitung und Durchführung der Protokolle leisten.

Dies sind folgende Organisationen:

- CIPRA - Europäische Alpenschutzkommission
- IUCN – International Union for the Protection of Nature
- AEM - Association Européenne des Elus de Montagne
- ARGE Alp – Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer
- Alpe Adria - Communauté de travail des Alpes orientales
- COTRAO - Communauté de travail et des Alpes occidentales
- ARGE Alpenstädte – Arbeitsgemeinschaft der Alpenstädte
- Europäische Konferenz der Berggebiete mit dem Schwerpunkt europäische Berglandwirtschaft
- Europarat

Tabelle 8: Die letzten Sitzungen des ständigen Ausschusses, Quelle Alpenkonvention

	Datum	Ständiger Ausschuss
20.	03-04.12.2001	Bolzano-Bozen/I
21.	15-16.04.2002	Bolzano-Bozen/I
22.	19-20.06.2002	Merano-Meran/I
23.	18-19.09.2002	Saluzzo/I (Cuneo)
24.	17-18.11.2002	Bolzano-Bozen/Merano-Meran
25.	26-28.03.2003	Benediktbeuern/D
26.	29.09-01.10.2003	Bad Reichenhall/D
27.	26-27.02.2004	Innsbruck/A

6.6. Die Entstehung der Alpenkonvention

Entstanden ist die Alpenkonvention auf Initiative der CIPRA und der ArgeAlp hin. Wie eingangs erwähnt, war bereits 1951 im Gründungsdokument der CIPRA von einer Ausarbeitung der Alpenkonvention die Rede. In den Zeiten des starken Wirtschaftswachstums kam es in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg immer mehr zu Diskussionen über Verträglichkeit und Belastung der Umwelt im Alpenraum. Zu den ersten Diskussionen über eine gemeinsame europäische alpine Raumordnungspolitik kam es in den 70er Jahren.

In den 80er Jahren schärften Umweltkatastrophen auch innerhalb der Gesellschaft den Blick für die Umwelt. Man begann zu erkennen, dass Katastrophen im Alpenraum, wie Erdbeben und Überschwemmungen nur gemeinsam und grenzüberschreitend zu lösen seien. Zu dieser Zeit wurde im Februar 1987 innerhalb der CIPRA beschlossen, erste Vorarbeiten für eine Alpenkonvention zu beginnen. Als Diskussionsgrundlage für die Konferenz von Lindau wurde eine Umfrage bei Regierungen, Verbänden und Experten im Alpenraum über den Vollzug der bisherigen grenzüberschreitenden Umweltabkommen durchgeführt. Rund 350 Experten und Fachstellen in den sieben Alpenstaaten wurden befragt und etwa die Hälfte hat geantwortet. Auf Anregung der CIPRA brachte die stellvertretende Vorsitzende des Europäischen Ausschusses für Umweltfragen, Ursula Schleicher, im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei einen Antrag im Europäischen Parlament ein, wonach die EU-Kommission aufgefordert werden sollte, den Entwurf einer Konvention zum Schutz des Alpenraums vorzulegen und die CIPRA an der Erarbeitung dieser Konvention zu beteiligen. Der Antrag wurde am 15. April 1988 vom Europäischen Parlament einstimmig verabschiedet. An einer internationalen Alpentagung in Lindau am Bodensee nahmen dann etwa 200 Experten und Regierungsvertreter aus allen Alpenstaaten teil. Das Medienecho war riesig.

An einem anschließenden Workshop mit 17 Experten aus den Alpenländern, des Europarats und der EU Ende September 1988 in Vaduz (FL) wurden CIPRA und

IUCN beauftragt, rasch einen Konventions- Vorentwurf zu erarbeiten. An einem Präsidententreffen der drei alpenländischen Arbeitsgemeinschaften ARGE ALP, ALPEN-ADRIA und COTRAO Anfang November 1988 in Lugano haben die Präsidenten dieser Arbeitsgemeinschaften beschlossen, an der Ausarbeitung einer Alpenkonvention aktiv mitzuwirken und diesbezüglich mit der CIPRA zusammenzuarbeiten.

Nach zahlreichen Debatten und Widerständen kam es dann Ende der 80er Jahre zum „Durchbruch“ der Idee. Es gelang, die Initiative der Alpenkonvention von der Verbandsebene auf die politische Ebene zu heben. Vom 9. bis 11. Oktober 1989 lud der damalige Bundesumweltminister der BRD, Dr. Klaus Töpfer, zur ersten Alpenkonferenz der Umweltminister der Alpenstaaten nach Berchtesgaden ein. Bei diesem Treffen kamen die Umweltminister der Staaten Frankreich, Schweiz, Italien, Österreich, Liechtenstein und dem damals noch bestehenden Jugoslawien. Die CIPRA präsentierte ihr "Leitbild für eine Alpenkonvention" als offizielle Unterlage dieser Konferenz. Daraufhin wurde beschlossen, die Initiative der CIPRA aufzugreifen und eine Alpenkonvention als verbindliches Vertragswerk zur nachhaltigen Entwicklung des Alpenraumes zu erarbeiten. Die bei diesem Treffen verabschiedete Grundsatzresolution beinhaltete 89 Punkte, in denen zentrale Fragen, Forderungen und Lösungsansätze enthalten waren. 1990 begannen Arbeitsgruppen, die aus Regierungsbeamten der Alpenstaaten bestanden, mit der Ausarbeitung einer Rahmenkonvention. Es wurden die fünf Themenbereiche Berglandwirtschaft, Tourismus, Naturschutz und Landschaftspflege, Verkehr und Raumplanung behandelt. Der Rahmenvertrag wurde am 9. November 1991 auf der 2. Alpenkonferenz in Salzburg verabschiedet. Nach vier Jahren wurde die Rahmenkonvention von allen Alpenstaaten (Schweiz, Österreich, Italien, Frankreich, Deutschland, Liechtenstein, Monaco, Slowenien) sowie der Europäischen Union unterzeichnet und ratifiziert. Den weiteren Verlauf und die aktuellen Ratifizierungsstände sind den Tabellen zu entnehmen.

6.7. Der Einfluss der Alpenkonvention auf die Raumentwicklung

Als Beispiel für die Anwendung der Alpenkonvention in der Raumplanung und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Raumentwicklung möchte ich mich auf einen Artikel von Franz Dollinger in der Zeitschrift „Raumplanung aktuell“ beziehen. Er weist darauf hin, dass nicht nur das Protokoll Raumplanung, sondern auch andere Protokolle Festlegungen für räumliche Steuerungsmaßnahmen beinhalten. Als Beispiele führt er an:

Das Protokoll Tourismus Artikel 10, BGBl. Nr. 230 2002: *„Die Vertragsparteien verpflichten sich gemäß ihren Vorschriften, nach ökologischen Gesichtspunkten Ruhezone auszuweisen, in denen auf touristische Erschließungen verzichtet wird.“* Vademecum Alpenkonvention S.71 und Raumplanung Aktuell S.27

Das Protokoll Berglandwirtschaft Artikel 8, BGBl. Nr.231/2002: Unter diesem Artikel wird auf die besondere Rücksichtnahme auf die Bedingungen der Berggebiete in der Siedlungsentwicklung hingewiesen. Dazu exemplarisch: *Die Vertragsparteien verpflichten sich, den besonderen Bedingungen der Berggebiete bei Raumplanung, Flächenausweisung, Flurbereinigung und Bodenverbesserung unter Berücksichtigung der Natur und Kulturlandschaft Rechnung zu tragen.* (Vademecum Alpenkonvention 2003)

Das Protokoll Raumplanung und nachhaltige Entwicklung BGBl. Nr.232/2002. Das Protokoll formuliert grundsätzliche Ziele der Raumplanung unter Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung im Alpenraum. Vor allem die Themenbereiche regionale Wirtschaftsentwicklung, ländlicher Raum, Siedlungsraum, Natur- und Landschaftsschutz und Verkehr werden in diesem Zusammenhang angeführt. (vgl. Vademecum Alpenkonvention 2003)

Das Protokoll Bergwald Artikel 6, BGBl. 233/2002. Hier sind für die Raumplanung Schutzfunktionen formuliert. *Für Bergwälder, die im hohen Maß den eigenen Standort oder vor allem Siedlungen, Verkehrsinfrastrukturen, landwirtschaftliche Kulturflächen und ähnliches schützen, verpflichten sich die Vertragsparteien, dieser Schutzwirkung eine Vorrangstellung einzuräumen...*(Vademecum Alpenkonvention 2003)

Verkehrsprotokoll, BGbl 234/2002. Dieses enthält sehr klar formulierte Anforderungen an die Raumplanung. Wie zum Beispiel unter Artikel 11 des Verkehrsprotokolls: *Die Vertragsparteien verzichten auf den Bau neuer hochrangiger Straßen für den alpenquerenden Verkehr oder Ein hochrangiges Straßenprojekt für den inneralpinen Verkehr kann nur dann verwirklicht werden, wenn (d) den Raumordnungsplänen-/programmen und der nachhaltigen Entwicklung Rechnung getragen wird.* Wobei auf den Inhalt dieser im Protokoll Raumplanung und nachhaltige Entwicklung Bezug genommen wird. (Vademecum Alpenkonvention 2003)

Das Protokoll Bodenschutz BGbl. 235/2002 beinhaltet speziell unter dem Artikel 7 – sparsamer und schonender Umgang mit Böden Vorgaben für eine flächensparende Siedlungsentwicklung. *Zur Begrenzung der Bodenversiegelung und des Bodenverbrauchs sorgen die Vertragsparteien für ein flächensparendes und bodenschonendes Bauen. Sie richten die Siedlungsentwicklung bevorzugt auf den Innenbereich und begrenzen das Siedlungswachstum nach außen.*(Vademecum Alpenkonvention 2003)

Unter dem Protokoll Naturschutz und Landschaftspflege BGbl. 236/2002 wird ebenfalls mehrmals auf das Protokoll Raumplanung und nachhaltige Entwicklung, Rücksicht genommen Artikel 8 – Planung: *Die Vertragsparteien treffen die erforderlichen Maßnahmen, um auf der Grundlage der Landschaftsplanung in Abstimmung mit der Raumplanung darauf hinzuwirken, dass die natürlichen und naturnahen Lebensräume der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten sowie die übrigen Strukturelemente der Natur- und Kulturlandschaft erhalten bleiben und entwickelt werden.* (Vademecum Alpenkonvention 2003)

Auch im Protokoll Energie, BGbl 237/2002 finden sich unter dem Artikel 10 Energietransport- und Verteilung Bezüge zur Raumplanung. (Vademecum Alpenkonvention 2003)

Diese Beispiele belegen, dass die Alpenkonvention theoretisch einen wesentlichen Einfluss auf alle Ebenen der Raumplanung und damit auf die Raumentwicklung ausüben kann. Die interessante Frage ist nun, wie Protokolle praktisch angewendet werden und wie diese Anwendung kontrolliert und sanktioniert wird.

Auf Grund verfassungsrechtlicher Vorgaben ist zu beachten, dass ratifizierte völkerrechtliche Verträge dann unmittelbar anwendbares Recht darstellen, wenn der Gesetzgeber bei der Genehmigung nicht festgelegt hat, dass der Staatsvertrag durch die Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist (Raumplanung aktuell 2005)

In Österreich wurde vom Nationalrat keine Formulierung eines Erfüllungsvorbehaltes durchgeführt. Das bedeutet konkret, dass die Alpenkonventionsnormen direkt anzuwenden sind. Für diese direkte Anwendbarkeit ist aber eine entsprechend klare Formulierung notwendig.

Dazu müssen diese jedoch so klar formuliert sein, dass nationale Behörden und Gerichte sich in Entscheidungen daran orientieren und Bürger sich in innerstaatlichen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren darauf berufen können. (Raumplanung aktuell 2005)

Als Beispiel für das Greifen der Alpenkonvention führt Dollinger den Artikel 14 des Protokolles Bodenschutz an. Dieser Artikel hat bereits mehrmals dazu geführt, dass Skipistenprojekte nicht genehmigt wurden. Im Fall der „Knorrenabfahrt“ wurde die Rechtswirksamkeit durch den Beschluss des Verfassungsgerichtshofes bestätigt.

6.8. Instrumente zur Kontrolle der Einhaltung der Protokolle

Um die Einhaltung der Alpenkonvention und ihrer Protokolle auch überprüfen zu können, hat die Alpenkonvention Überprüfungsmechanismen geschaffen. Zu diesem Zweck wurde ein Überprüfungsausschuss installiert, welcher seine Aufgaben in Abstimmung mit dem ständigen Ausschuss wahrnimmt. Dieser Überprüfungsausschuss hat die Aufgabe, eine standardisierte Struktur zu erarbeiten, nach welcher die periodische Berichterstattung aufgebaut werden soll. Diese Verfahren sollen bei jeder Alpenkonferenz einer Überprüfung unterzogen werden.

Der Überprüfungsausschuss wird zusammengesetzt aus höchstens zwei Vertretern pro Vertragspartei. Die Beobachter, die im ständigen Ausschuss vertreten sind, wie auch die CIPRA, können ebenfalls maximal zwei Vertreter entsenden, welche den Beratungen des Überprüfungsausschusses beiwohnen. Wenn nötig, können Sachverständige herangezogen werden. Der Vorsitz des Ausschusses ist vom jeweiligen Vorsitz der Alpenkonferenz abhängig. Abhängig vom Bericht des Ausschusses kann die Alpenkonferenz Beschlüsse oder Empfehlungen abgeben; Wenn es zu keinem Konsens kommt, können diese mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden. In den Beschlüssen und Empfehlungen sind gewisse Instrumente enthalten, die dazu beitragen sollen, die betroffene Vertragspartei bei ihrer Problembewältigung zu „unterstützen“. Mit der Aufforderung an die betroffene(n) Vertragspartei(en) zur Erarbeitung einer Einhaltungstrategie und der Aufforderung der Einhaltung eines Zeitplans gibt es auch Maßnahmen, die etwas eindringlicher auf den Handlungsbedarf hinweisen sollen.

Tabelle 9: Ratifizierungsstände Alpenkonvention, Quelle www.Alpenkonvention.org, 2004

unterzeichnet	ratifiziert	veröffentlicht	hinterlegt	in Kraft getreten
A	07.11.91	08.02.94	Bundesgesetzblatt Nr.477/1995 vom 21.07.1995	08.02.94
CH	07.11.91	16.12.98		28.01.99
D	07.11.91	16.06.94	Bundesgesetzblatt Teil II Nr.46/1994 vom 8.10.1994	05.12.94
F	07.11.91	30.11.95	Journal officiel Nr.95 1270 vom 7.12.1995	15.01.96
FL	07.11.91	21.04.94	Liechtensteinisches Landesgesetzblatt 1995/Nr.186	28.07.94
I	07.11.91	14.10.99	Legge 14 ottobre 1999, Gazzetta Ufficiale n. 262 - 8.11.99	27.12.99
MC	20.12.94	14.10.99		
SLO	29.03.93	22.03.95	Urani list Republike Slovenije (Nr.19/Beilage Nr.5 vom 31.3.1995	22.05.95
EU	07.11.91	26.02.96	Gazzetta ufficiale della Comunità	04.03.96

Tabelle 10: Ratifizierungsstände Naturschutz/Bergwald

	A	CH	D	F	FL	I	MC	SLO	EU
Naturschutz und Landschaftspflege									
unterzeichnet	31.10.00	16.10.98	20.12.94	20.12.94	16.10.98	20.12.94	20.12.94	20.12.94	20.12.94
ratifiziert	10.07.02		12.07.02		18.04.02				
hinterlegt	14.08.02		18.09.02		11.06.02				
in Kraft getreten	18.12.02		18.12.02		18.12.02				

Tabelle 11: Ratifizierungsstände Berglandwirtschaft

	A	CH	D	F	FL	I	MC	SLO	EU
Berglandwirtschaft									
unterzeichnet	31.10.00	16.10.98	20.12.94	20.12.94	16.10.98	20.12.94	20.12.94	20.12.94	20.12.94
ratifiziert	10.07.02		12.07.02		18.04.02				
hinterlegt	14.08.02		18.09.02	15.11.02	11.06.02				
In Kraft getreten	18.12.02		18.12.02	15.02.03	18.12.02				

Tabelle 12: Ratifizierungsstände Raumplanung und Nachhaltige Entwicklung

	A	CH	D	F	FL	I	MC	SLO	EU
Raumplanung und nachhaltige Entwicklung									
unterzeichnet	31.10.00	16.10.98	20.12.94	20.12.94	16.10.98	20.12.94	20.12.94	20.12.94	20.12.94
ratifiziert	10.07.02		12.07.02		18.04.02		27.01.03		
hinterlegt	14.08.02		18.09.02		11.06.02				
in Kraft getreten	18.12.02		18.12.02		18.12.02		27.04.03		

Tabelle 13: Ratifizierungsstände Monaco Protokoll

	A	CH	D	F	FL	I	MC	SLO	EU
Monaco-Protokoll									
unterzeichnet	20.12.94	20.12.94	20.12.94	20.12.94	20.12.94	20.12.94	20.12.94	20.12.94	20.12.94
ratifiziert	08.07.97	28.01.99	22.12.98	13.04.95	16.03.95		26.01.95	22.05.95	14.01.98
hinterlegt									
In Kraft getreten	22.03.99	28.04.99	22.03.99	22.03.99	22.03.99		22.03.99	22.03.99	22.03.99

Tabelle 14: Ratifizierungsstände Bergwald

	A	CH	D	F	FL	I	MC	SLO	EU
Bergwald									
unterzeichnet	31.10.00	16.10.98	27.02.96	27.02.96	16.10.98	27.02.96	27.02.96	27.02.96	
Ratifiziert	10.07.02		12.07.02		18.04.02				
Hinterlegt	14.08.02		18.09.02		11.06.02				
in Kraft getreten	18.12.02		18.12.02		18.12.02				

Tabelle 15: Ratifizierungsstände Tourismus

	A	CH	D	F	FL	I	MC	SLO	EU
Tourismus									
unterzeichnet	31.10.00	16.10.98	16.10.98	02.12.98	16.10.98	08.02.01	16.10.98	16.10.98	
ratifiziert	10.07.02		12.07.02		18.04.02		27.01.03		
hinterlegt	14.08.02		18.09.02		11.06.02				
in Kraft getreten	18.12.02		18.12.02		18.12.02		27.04.03		

Tabelle 16: Ratifizierungsstände Energie

	A	CH	D	F	FL	I	MC	SLO	EU
Energie									
unterzeichnet	31.10.00	31.10.00	16.10.98	02.12.98	08.04.02	08.02.01		16.10.98	
ratifiziert	10.07.02		12.07.02		18.04.02				
hinterlegt	14.08.02		18.09.02		11.06.02				
in Kraft getreten	18.12.02		18.12.02		18.12.02				

Tabelle 17: Ratifizierungsstände Bodenschutz

	A	CH	D	F	FL	I	MC	SLO	EU
Bodenschutz									
unterzeichnet	31.10.00	16.10.98	16.10.98	02.12.98	16.10.98	31.10.00	16.10.98	16.10.98	
ratifiziert	10.07.02		12.07.02		18.04.02		27.01.03		
hinterlegt	14.08.02		18.09.02		11.06.02				
in Kraft getreten	18.12.02		18.12.02		18.12.02		27.04.03		

Tabelle 18: Ratifizierungsstände Verkehr

	A	CH	D	F	FL	I	MC	SLO	EU
Verkehr									
unterzeichnet	31.10.00	31.10.00	31.10.00	31.10.00	31.10.00	31.10.00	31.10.00	06.08.02	
ratifiziert	10.07.02		12.07.02		18.04.02				
hinterlegt	14.08.02		18.09.02		11.06.02				
in Kraft getreten	18.12.02		18.12.02		18.12.02				

Tabelle 19: Ratifizierungsstände Streitbelegung

	A	CH	D	F	FL	I	MC	SLO	EU
Streitbeilegung									
unterzeichnet	31.10.00	31.10.00	31.10.00	31.10.00	31.10.00	31.10.00	31.10.00	06.08.02	
ratifiziert	10.07.02		12.07.02		18.04.02		27.01.03		
hinterlegt	14.08.02		18.09.02	15.11.02	11.06.02				
in Kraft getreten	18.12.02		18.12.02	15.02.03	18.12.02		27.04.03		

Quelle Tabellen 10-19: www.Alpenkonvention.org 2004

6.9. Ausblick

Wie man schon dem Stand der Protokolle entnehmen kann, ist die Alpenkonvention noch nicht so aktiv, wie sie laut ihren Ansprüchen sein sollte. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es ist klar, dass acht verschiedene souveräne Staaten nicht nur gemeinsame Ziele verfolgen, sondern vor allem auch um Touristenzahlen oder Investorengelder kämpfen. Dazu kommt, dass der Alpenraum, wie bereits dargestellt, innerhalb der verschiedenen Staaten eine sehr unterschiedliche Position einnimmt. Zusätzlich spielt die Tatsache mit, dass das Thema Alpenkonvention in der politischen Diskussion keinen großen Stellenwert besitzt, und daher oft im Schatten anderer Themen steht.

Auch stellt es eine große Schwierigkeit dar, innerhalb so unterschiedlicher Fachbereiche, wie sie die Alpenkonvention umfasst, auf politischer Ebene Lösungen zu erarbeiten. Als Grund dafür ist zu sehen, dass neben der sektoralen Ausrichtung der Ministerien die Politiker auch nur für eine begrenzte Zeit die Verantwortung für ihr Ressort und die damit verbundene Politik tragen. Trotzdem: Die Alpenkonvention ist der einzige Staatsvertrag für eine nachhaltige Entwicklung in einem Berggebiet. Sie hat einen Prozess der alpenweiten Zusammenarbeit über die Landesgrenzen und über die Sachbereiche hinaus in Gang gesetzt. Dieser Prozess ist trotz all seiner Mängel unumkehrbar und hat doch eine Vielzahl von positiven Effekten ausgelöst. Es konnte die Thematik durch verstärkte Medienpräsenz vermehrt in die Öffentlichkeit getragen werden. Des Weiteren entstanden, größtenteils von der CIPRA initiiert, in den letzten Jahren viele Projekte (Alianz in den Alpen, Alpenstadt des Jahres.), die im direkten Zusammenhang zur Alpenkonvention stehen. Direkte „harte“ Effekte hängen stark vom politischen Willen und vom Engagement der Verantwortlichen ab. Aber wie das Salzburger Beispiel gezeigt hat, schlägt sich die Alpenkonvention auch in der Raumplanung nieder und kann durchaus einen Einfluss auf die Umsetzung von Projekten, die den Zielen der Alpenkonvention widersprechen, haben. Nur sollte dieser Einfluss in allen beteiligten Staaten seine Wirkung entfalten können und sich nicht nur auf jene beschränken, die einen entsprechend großen Anteil am Alpenkonventionsgebiet haben.

7. Expertenbefragung mittels qualitativer Interviews

In diesem empirischen Teil der Arbeit habe ich Kernaussagen zusammengefasst, die sich im Zuge der Auswertung der qualitativen Interviews mit Akteuren und Experten des Alpenraums ergeben haben. Die Themenbereiche der Interviews behandeln Arbeit und Entwicklung der CIPRA, die CIPRA im Zusammenhang mit der Alpenkonvention, Einfluss von NGOs in der Politik und eine Reihe speziellerer, sachbezogener Themen.

7.1. Methodik

Wie erwähnt beruht die Methodik auf einem qualitativen Forschungsparadigma.

Die qualitative Sozialforschung beruft sich auf das interpretative Paradigma, die Hermeneutik und die Phänomenologie. (vgl. Atteslander 2000) Beim qualitativen Forschungsansatz versucht man daher, den Mensch und seine Umwelt nicht mittels standardisierten, an den Naturwissenschaften angelehnten Methoden, zu erforschen. Des Weiteren plädiert die qualitative Sozialforschung für das Prinzip der Offenheit. Diese Offenheit bezieht sich vor allem auf das Interview und die untersuchten Personen.

7.2. Datenerhebung

In Bezug auf die Datenerhebung habe ich mich in dieser Arbeit für das qualitative Interview entschieden, weil diese Erhebungsform für die Erfassung der unterschiedlichen Perspektiven der Interviewpartner am besten gegeben ist. Allen qualitativen Interviewformen ist die Offenheit und die weitgehende Nicht-Standardisierung der Befragungssituation gemein. Das qualitative Interview ist zugleich Bestandteil des problemzentrierten Interviews. Dieses spezielle Interview besteht aus verschiedenen Teilnehmern, die in eine problemzentrierte Forschungstechnik integriert werden. (vgl. Witzel 1982) Wie der Name schon andeutet, soll im problemzentrierten Interview der Diskussionsgegenstand aus Sicht und Erleben der befragten Person erfasst werden. Das wichtigste Instrument des

problemzentrierten Interviews ist der Leitfaden. Dieser Leitfaden dient jedoch nicht, wie bei standardisierten Interviews, der zwangsweisen chronologischen Abdeckung aller angeführten Themen, sondern liefert nur einen Überblick über die anzusprechenden Bereiche. Das ist auch der Grund, weshalb nicht alle befragten Personen in dieser Arbeit zu allen Themen Stellungnahmen abgegeben haben: aufgrund der Berücksichtigung der Gesprächsdynamik wurden bestimmte Bereiche ausgespart oder verändert.

7.3. Auswertung

Im ersten Schritt wurden die Interviews transkribiert. In weiterer Folge wurde die Transkription ausführlich und ordnend zusammengefasst. Das Ordnen bestand hier in der Zusammenführung der vielen unterschiedlichen Aspekte, die im Zuge der Interviews von den verschiedenen Personen angesprochen wurden. Damit wurde eine erfassbare Übersicht über das Interview erreicht. Im nächsten Schritt wurden die Aussagen zusammengefasst und in Form eines Themenkataloges gegliedert und geordnet.

Es wurden folgende Personen interviewt:

- Dr. Werner Bätzing – Universität Erlangen
- Thomas Egger – Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
- Maria Senn – Bundesamt für Raumentwicklung
- Rainer Siegele – Bürgermeister der Gemeinde Mäder, Gemeinденetzwerk
- Dr. Thomas Scheurer – Interakademische Kommission Alpenforschung
- Dr. Erik Loos - Amt der Salzburger Landesregierung
- Leo Bauernberger – Salzburger Land Tourismus

7.3.1. Themenkatalog:

Thema: Wie und wo konnte sich die CIPRA in der Vergangenheit positionieren, in welcher Form wurde bzw. wird die CIPRA wahrgenommen?

Aussagen:

Mein persönlicher Zugang zur CIPRA ist vor allem die Tätigkeit im Rahmen der Alpenkonvention. Hier habe ich die CIPRA kennengelernt, insbesondere als einen der Mitinitiatoren der Alpenkonvention und dort anfänglich mit dem Schwergewicht der Interessen bei Natur – und Landschaftsschutz.

Die CIPRA hat dieses EU-Projekt initiiert, in dem Gemeinden zur Umsetzung der Alpenkonvention gewonnen werden sollten. Das war mein erster Kontakt zur CIPRA, das dürfte 1995 gewesen sein, sie haben dieses Projekt initiiert und durchgeführt.

Ich habe fast überwiegend mit der CIPRA - International zu tun.

Die CIPRA nimmt für mich da ganz unterschiedliche Rollen ein. Generell hab ich die CIPRA als eine Dachorganisation, die sich sehr aktiv beteiligt am Prozess und an der Öffentlichkeitsarbeit, wahrgenommen. Als Beobachter der Alpenkonvention nehme ich die CIPRA sehr diskret war.

Für mich ist die CIPRA allgemein eine Vordenkerin, eine Organisation, welche Ideen kreiert. In der Frage wie Schutz und Nutzen im Alpenraum aussehen könnte, ist die CIPRA für mich sehr wichtig. Sie hat da immer wieder wichtige Arbeit geleistet, sie zieht sehr stark und stößt manchmal auch.

Die CIPRA ist zwar offiziell eine Dachorganisation, aber ich nehme die CIPRA für mich nicht als Dachorganisation war. Das bedeutet: ich bin mir nicht sicher, ob die Meinung der CIPRA auch die Meinung aller ihrer Organisationen ist. Daher bin ich mir nicht sicher, in wie weit die Entscheidungen der CIPRA von den anderen Organisationen mitgetragen werden.

Für mich ist die CIPRA ein Partner auf der NGO Ebene. Man hilft sich wie und wo man kann. Es gibt eine Reihe von Kooperationen, dass ich eigentlich von einer permanenten Partnerschaft sprechen muss.

Ich erlebe die CIPRA als eines der aktivsten Elemente im ganzen Prozess der Alpenpolitik.

Aussagen zur thematischen Entwicklung der CIPRA:

In neuerer Zeit hat die CIPRA eine gewisse Öffnung in Hinblick auch auf die sozioökologischen Aspekte der Alpen vollzogen.

Wenn man die Hintergründe anschaut ist es so, dass die CIPRA von 1951/52 bis 1983/84 sehr regierungsnah war und eine ganz andere Politik und Arbeit gemacht hat. Dann gab es den großen Wechsel 1983/84. Das heißt, den Wechsel hin zu einer modernen Umweltlobby – Gruppe. Dann gab es meines Erachtens noch einen weiteren sehr fundamentalen Wandel strategischer Art, den die CIPRA - irgendwie habe ich den Eindruck - gerne etwas unter den Tisch fallen lässt. Das ist der Wandel der 1986 beschlossen wurde, wo es nämlich hieß: Für eine große Koalition zwischen Berglandwirtschaft und Umweltschutz! Damit hat die CIPRA praktisch programmatisch den Schritt gemacht von einem sektoralen Umweltverband hin zu einer Gruppe die sich eigentlich für nachhaltige Entwicklung insgesamt engagiert.

Auch die Alpenkonvention ist von diesem Paradigmenwechsel unmittelbar betroffen worden und das hat ja sehr weit reichende politische Auswirkungen, weil die Alpenkonvention ja auch ursprünglich als ein Mittel des sektoralen Umweltschutzes geplant war, und dann aber im Prinzip ein Element einer nachhaltigen Entwicklung geworden ist.

Bei der CIPRA habe ich das Gefühl, dass diese programmatische Wende, weil sie ja auch als Umweltverband gesehen wird, nicht bei allen Mitgliedsverbänden so einhellig auf Zustimmung trifft.

Meines Erachtens ist der Wandel zentral wichtig und war bestimmend für die gesamte Arbeit der CIPRA nach 1986. Das heißt auch vor allem für die Alpenkonvention.

In der Vergangenheit vor der Gründung der Alpenkonvention hat die CIPRA eigentlich eher, so wie auch die anderen Naturschutzvereinigungen, keine so starke Position gehabt.

Aussagen über die CIPRA als politischer Akteur:

Beim Bau von Schipisten, beim Bau von Straßen usw. geht es dann eher in den negativen Bereich, wo ich die CIPRA als „Verhinderungsorganisation“ kennen gelernt habe.

Die CIPRA ist nicht die Vertretung der Gesamtalpen. Sie ist ganz klar ein Lobbyvertreter für einen Aspekt, nämlich den Umweltaspekt.

Die CIPRA würde sich überfordern, wenn sie versuchen würde, die Gesamtalpen zu repräsentieren. Sie ist eine Umweltgruppe, weil die Alpen ja nicht existieren in politischer Form, hat sie sich zugleich immer wieder auch dafür engagiert, dass die

Alpen auf politischer Ebene als Alpen existieren. Da hat sie praktisch die Vertretung der Gesamtalpen auf der politischen Ebene stellvertretend wahrgenommen.

Sie muss auf der einen Seite gesamtpolitisch agieren, so wie sie in der Forderung einer Alpenkonvention agiert hat, zugleich ist sie aber natürlich nicht Ausdruck der Gesamtgesellschaft oder der Gesamtalpen, sondern sie ist weiterhin nach wie vor ein Umweltdachverband.

Die Sicht der CIPRA als „Verhinderer“ kommt sicher eher von den Gegnern der CIPRA, die sie wieder in die Ecke der engen Umweltschützer hineinstecken wollen. Das ist offenbar so ein Kampfbegriff, welches der Realität der CIPRA aber gar nicht entspricht. Gerade seit dieser programmatischen Wende von 1986 kann man, würde ich sagen, nicht mehr behaupten, dass sie nur ein „Verhinderer“ ist. Das würde auf den klassischen Naturschutz oder auf den klassischen sektoralen Umweltschutz zutreffen, aber das trifft auf die CIPRA nicht mehr zu. Für mich ist das eine hilflose Reaktion darauf, dass im Rahmen des Strukturwandels der Globalisierung eine Reihe von Kompetenzen rausrutschen aus dem Berggebiet auf höhere Ebenen, und dass die sich von diesem Wandel überfahren fühlen und dann als Antiposition sagen, wir wollen das alles selber machen und dann im Prinzip sich auf eine bornierte Weise gegen alles abgrenzen, obwohl der Alpenraum einheitlich auftreten könnte. Die Vorwürfe die von dieser Seite her kommen, also ganz klar von den Bergkantonen in der Schweiz, den verschiedenen Wirtschaftslobbygruppen in der Schweiz, vor allem der „economie suisse“. In Österreich, Südtirol oder in Bayern wären das die entsprechenden Industrie- und Handelskammern oder andere Industrievertreter.

In der Schweiz ist die CIPRA ein bisschen ein rotes Tuch.

Die CIPRA wurde auch immer wieder in den parlamentarischen Debatten erwähnt, als diejenigen, die eine viel zu große Gewicht innerhalb der Alpenkonvention hätte. Für mich persönlich ist die Arbeit der CIPRA sehr wichtig, weil die CIPRA mit ihrer Ungeduld manchmal auch etwas in Bewegung bringt.

Es ist eindeutig, dass die CIPRA eher zum kritischen, aber zum kritisch fortschrittlich grünen Bereich von Organisation gehört, das ist Fakt.

Es ist nicht so, dass sie irgendwelche traditionellen Werte auf eine konservative Art verteidigt, ganz im Gegenteil, es ist eher so dass sie sehr offensiv ist, auch in ihrer Art Politik zu machen.

Die Positionierung der CIPRA innerhalb der politischen Landschaft ist klar.

Ich habe den Eindruck, dass die CIPRA bei staatlichen Stellen, zumindest in der Schweiz und in Deutschland, in Österreich kann ich es nicht so abschätzen, sehr anerkannt ist bei den staatlichen Stellen, und da nicht so sehr als Verhindererorganisation dargestellt wird und daher auch Kompetenzen hat, Prozesse in den Alpen zu begleiten.

Thema: Die mögliche Rolle der CIPRA in Zukunft: welche Themenbereiche können eine Rolle spielen?

Aussagen: Die Alpenkonvention. Ich habe die Hoffnung, dass die CIPRA sich einsetzen wird, dass im Rahmen dieser Alpenkonvention etwas Positives in diesem Alpenraum geschieht.

Die Wirksamkeit der CIPRA hängt weiterhin davon ab, dass sie alpenweit Brücken bildet, da gibt es auch Lücken. Wenn ich da zum Beispiel an Frankreich denke, da

glaube ich schon, dass man noch einiges tun muss, dass Frankreich noch besser ins Spiel kommt. Diese Brückenfunktion erscheint mir eine ganz wichtige, diese germanisch - romanische Schwelle, dass die gut überbrückt werden kann.

Da spielt die CIPRA Schweiz eine wichtige Rolle. Die könnte noch mehr tun als sie bis jetzt tut.

Ich glaube schon, dass alle Protokolle und auch noch die fehlenden Protokolle der Alpenkonvention als Themen präsent sein müssen. Also die Umsetzung der Alpenkonvention, für das hat sich die CIPRA ja verschworen, und dafür ist sie auch gegründet worden.

Derzeit ist sicher das Protokoll Bevölkerung und Kultur das Wesentliche. Ich glaube auch, dass das ein Thema sein wird, das die nächsten Jahre bestimmend sein wird.

Ich sehe in Zukunft, dass sie mehr mit ihrer Basis die Debatte über die Zukunft in den Alpen anregen könnte. Wie die Fragen: was bedeutet Schutz in den Alpen? Oder: was bedeutet der Tourismus? wie sollen die Menschen in den Berggebieten leben? Wie kann man das Verkehrsprotokoll umsetzen in der Alpenkonvention?

In dieser Richtung sollte es schon noch vermehrt Diskussionen geben, was das alles bedeutet.

Dazu fällt mir das Gemeindefeld in den Alpen und andere Dinge, praktisch die jetzt die Umsetzung der Alpenkonvention betreffen, ein.

Der ökologische Ansatz einer Entwicklung des Alpenraumes wäre der, dass man in die Kantone ausschert und dann beobachtet, was geschieht mit der Population im Alpenraum. Ich benutze bewusst den eher ökologischen Begriff. Mein Ansatz ist eher der, dass man versuchen muss, nicht zu beobachten, sondern jede Population gezielt zu gestalten, damit auch wirklich eine wirtschaftliche Entwicklung stattfinden kann.

So einen Ansatz würde ich mir eigentlich auch wünschen, dass dieser auch bei der CIPRA Eingang findet.

Ich wünsche mir, dass man effektiv daran geht, auch Projekte umzusetzen im positiven Sinn. Mir wäre es lieber, die CIPRA würde sich aktiver auch im wirtschaftlichen Bereich zugunsten der Wirtschaft und der Bevölkerung betätigen.

Die CIPRA hat viele Sachen angestoßen, wie das Thema „Alpenreport“ oder das Thema „alpMedia“, die immer so hin und herpendeln zwischen diesem Umweltaspekt in einer breiten Sichtweise und den Gesamtalpen. Das neueste Projekt, das sie jetzt da in die Wege leiten, mit der Vernetzung im Alpenraum, oder auch die Sache mit der Alpenakademie, das sind alles so Sachen die changieren leicht und da sehe ich durchaus die Gefahr, dass sich die CIPRA gerade wegen der Erfolge übernimmt.

Wenn sie versucht, die Gesamtalpen zu vertreten, ist das eine Überforderung.

Die Gefahr ist, dass sie sich überheben, an einer zu großen Aufgabe, und das würden sie im Prinzip dann auch, weil sich ja auch die Mitgliedsverbände Interessensvertretung für die Umweltsache erwarten. Die erwarten ja keine Lobby für die Alpen insgesamt. Wenn man nämlich oberflächlich hinschaut, könnte es so aussehen, als wären Umweltinteressen, die man dann praktisch breit formuliert, im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung ganz schnell und unmittelbar identisch mit den Interessen des Alpenraums. Also ich würde ja ganz klar sagen: Profilierung in den Kernbereichen.

Das heißt als Umweltorganisation sich ganz klar profilieren, nicht als „Verhinderer“ sondern als „Ermöglicher“. Weil das etwas ist, das man versucht von außen „ranzuklatschen“, auch wenn es objektiv nicht stimmt, ist es trotzdem unglaublich wichtig, gegen dieses Image immer noch vorzugehen, weil sich das halt bei vielen

Menschen im Berggebiet leicht verfängt und es deswegen sehr wichtig ist, Umweltmaßnahmen in Form einer sehr angepassten Entwicklung zu machen. Um auf diese Weise auch demonstrieren zu können: „Wir sind dafür, dass die Alpen sich auch örtlich weiterentwickeln“.

Gerade auf Grund der geographischen Veränderungen, die gerade im Alpenraum sehr stark greifen und aufgrund der immer stärker werdenden Globalisierung werden Bevölkerung und Kultur Themen sein die, wie ich glaube, zugleich Herausforderung und Chance sind.

Ich sehe die Möglichkeiten auf zwei Ebenen. Einerseits bei der Ausarbeitung der Alpenkonvention, sozusagen wie das Gewissen darauf zu achten, dass die Alpenkonvention angewandt wird und auch durch die Verbreitung durch Öffentlichkeitsarbeit. Die zweite Möglichkeit ist über mitgetragene Projekte, Koordinierung von Projekten, Koordinierung mit anderen NGOs, Vernetzung mit anderen Netzwerken.

Vor allem grenzüberschreitend, da geht es nicht nur um große Infrastrukturprojekte, sondern ganz banal darum, wie man zum Beispiel von der Schweiz zu einem anderen Ort über die Grenze kommt.

Die Frage, wie könnten die Gemeinden verstärkt über die Grenzen zusammenarbeiten.

Das Verhältnis der alpinen Befindlichkeiten im neuen Europa, und da muss die CIPRA unbedingt Wege finden. Es ist eine Frage ob einfach das Reproduzieren der Alpenidee in den Karpaten oder in den Pyrenäen ein Weg ist. Ich glaube nicht, dass es eine Frage des Instrumentes ist. Es ist eine Frage der Kommunikation, also dass

man mit dem Berggebiet verbunden ist und dass man da Partner sucht mit denen man Brücken baut.

Die Kulturbrücke und die Alpen in Europa: da geht es nicht mehr darum, einzelne Themen zu vertreten, da geht es mehr darum, Gesamtverbindlichkeiten zu kommunizieren. Das Bewusstsein für den Alpenraum an und für sich ist vorhanden im Alpenraum, aber von Europa her ist da noch viel zu tun.

Thema: Die Rolle der CIPRA im Zusammenhang mit der Alpenkonvention

Aussagen: Die CIPRA war am Anfang sehr wichtig um das Ganze überhaupt aufzugleisen, bis Deutschland dann die Initiative ergriffen und in Berchtesgaden diese Alpenkonvention lanciert hat.

Die CIPRA hatte eine ganz wichtige Funktion inne, bei der Entstehung der Alpenkonvention. Sie wurde deswegen auch gegründet.

Man kann ruhig davon ausgehen, dass die CIPRA eigentlich die Vorarbeiten geleistet hat, damit Töpfer das aufgreifen konnte, das waren primär CIPRA Initiativen.

Sie haben in den achtziger Jahren schon Alpenkonventionsentwürfe vorgelegt, lange bevor sich die Öffentlichkeit mit diesem Thema beschäftigte. Erst als Töpfer die Umweltminister der Staaten zusammengerufen hat, ist der Prozess der Festschreibung gestartet.

Sie ist heute als Beobachter der Alpenkonvention dabei und man spürt, dass insbesondere seitens der Delegationsleiter eine relativ große Sympathie gegenüber der CIPRA vorhanden ist

Kurz umschrieben würde ich die CIPRA als das „Gewissen der Alpenkonvention“ bezeichnen. Das heißt die Regierungen machen sie, je nach Protokoll stehen sie zum

Teil halbherzig dahinter. Die CIPRA ist für mich das Gewissen für die Regierungen, sozusagen im Bereich der Alpenkonvention.

Aber ich glaube schon dass sie zwar oft als „lästig“ empfunden wird, aber daher auch gehört wird.

Sie verhält sich als Beobachterin sehr diskret.

Die von ihr getätigten Interventionen werden von mir als fachlich fundiert wahrgenommen.

Die CIPRA hat eine sehr konstruktive Funktion innerhalb der Alpenkonvention, die Rolle ist aber auch für die CIPRA nicht ganz einfach.

Es ist für die CIPRA sicher auch eine eigenartige Rolle, weil sie ja auch in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Alpenkonvention steht. Andere Beobachterorganisationen können meiner Meinung nach ohne Alpenkonvention genau so agieren, aber die CIPRA steht in einem besonderen Verhältnis zur Alpenkonvention. Gleichzeitig empfindet sich die CIPRA als Wahrerin der Alpenkonvention.

Ich denke, dass die Alpenkonvention nicht als Instrument der nachhaltigen Entwicklung, sondern als Schutzinstrument gesehen wird. Von daher ist es politisch im Moment ganz schwierig, diesbezüglich voranzukommen. Die Alpenkonvention ist politisch mit ganz vielen Dingen belastet.

Von dem Moment an, in dem die Alpenkonvention festgeschrieben war, ist die Rolle der CIPRA eine komplett andere geworden. Von dort an ist sie zu einer Organisation geworden, die Protokollprozesse gestoßen und kritisch begutachtet hat.

Sie wollen natürlich, dass etwas weitergeht und drängen immer wieder und haben in der Vergangenheit immer wieder eingemahnt, dass etwas weitergeht bei den Protokollen, dass bei der Ratifizierung etwas weitergeht.

Thema: Projekte oder Fallbeispiele, innerhalb welcher die CIPRA eine wesentliche Rolle gespielt hat oder spielt

Aussagen: Besonders positiv stellt sie sich für uns immer dar, wenn wir Informationen sofort bekommen. Sie verfügen über einen Datenpool und die Personen vor Ort wissen, wo sie diese Daten möglichst schnell herausbekommen. Das ist für mich sozusagen das Highlight, das ich in der CIPRA sehe.

Ich meine das Gemeindefnetzwerk kann man sicher als ein gut funktionierendes Projekt sehen. Auch wenn es etwas lange dauert. Wir haben 1995 begonnen, das ist jetzt 9 Jahre her, seit der ersten Inangriffnahme und ich habe jetzt das Gefühl gehabt, dass das erste Mal in Kranjska Gora in der Alpenwoche wirklich etwas passiert. Es passiert sehr viel Umsetzung in den Gemeinden, aber dass es wirklich wahrgenommen wird nach Außen, das kommt jetzt erst langsam. Das würde ich schon als überaus positiv sehen

Die CIPRA hat ja das Gemeindefnetzwerk „Allianz in den Alpen“ gegründet. Damit hat sie sehr früh erkannt, dass die Alpenkonvention nur dann ein Gesicht für die breite Öffentlichkeit bekommt, wenn Projekte auf die Beine gestellt werden. Damit die Protokolle der Alpenkonvention für die Öffentlichkeit auch ein Gesicht bekommen.

Die CIPRA hat mit der Schaffung des Gemeindefnetzwerkes versucht, die Alpenkonvention an die Öffentlichkeit zu bringen. Wenn sie mich nach der Wirkung

fragen würde sie trotzdem sehr wenige Personen finden, die wissen was die Alpenallianzgemeinden wollen und was das alles mit der Alpenkonvention zu tun hat.

Die Homepage, die sehr professionell gestaltet ist, seit einiger Zeit auch mit alpnet, mit dem Informationsdienst, von dem ich selber auch sehr viele Themen immer wieder entnehmen kann.

Alle Projekte, die ich im Kopf habe, waren professionell aufgebaut, sie waren immer kooperativ, die CIPRA hat nie versucht, alleine größere Projekte zu bestreiten.

Die Projektarbeit kann man also sagen ist ein Qualitätsmerkmal der CIPRA International.

Thema: Wie kann die CIPRA als NGO einen Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben?

Aussagen: Jede NGO sofern sie ein geschicktes und gezieltes Lobbying betreibt kann sich einbringen, das muss aber auch bedeuten, einen konstruktiven Dialog zu führen, und mit sehr viel konkreten Vorschlägen Initiativen auslösen.

NGOs nutzen Möglichkeiten, wenn sie es gut und geschickt machen, welche die herkömmliche Politik nicht hatte oder nicht wahrnimmt. Das heißt: scharfes Problem in der Realität, keine Reaktion von Seiten der Politik. Und wenn da die CIPRA „hineinsticht“ und sie hat „hineingestochen“ - auf eine intelligente Weise - und eine Alpenkonvention gefordert, dann ist es dadurch gelungen, die offizielle oberste Politik anzustoßen.

Mann muss sagen, die CIPRA hat nicht nur die Idee angestoßen, sondern sie hat auch wesentliche inhaltliche Vorarbeiten dafür geleistet. Das heißt, sie hat ein Stück weit auch die Richtung der Alpenkonvention bestimmt. Wenn sie diese 89 Punkte Resolution der Umweltminister von Berchtesgaden damals lesen, also die erste programmatische Erklärung für die Alpenkonvention, dann erkennt man darin ganz deutlich die Handschrift der CIPRA.

Man kann sagen, dass eine NGO, wenn sie die Vernetzungen hat, wenn sie das know-how hat, auch das fachliche, wenn bei der Politik große Lücken sind, ein überproportionales politisches Gewicht ausüben kann.

Also mein zentraler Punkt ist der, dass ich denke, dass die CIPRA zeigt, welchen großen Einfluss NGOs haben können, wenn sie geschickt politische Lücken nützen.

Für mich ist die Chance von NGOs, dass sie länger als eine Wahlperiode bestehen. Das heißt, Politiker wechseln und die NGOs haben da diese Konstanz, erstens arbeiten die Akteure oft langfristig und zweitens haben die das Gewissen im Hintergrund.

Für mich gilt für die NGOs das Motto: „Steter Tropfen höhlt den Stein“, in kleinen Schritten vorwärts kommen.

In vielen Bereichen, wenn ich den Umweltschutz anschau, hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten durch den Einfluss von NGOs doch Wesentliches getan. Wenn ich mich zurückerinnere konnte man früher eigentlich überhaupt keine Werbung, die pro Umweltschutz, pro Natur ist, ausfindig machen,

Sie können faktische Handlungen auch beeinflussen, aber vielleicht nicht gerade zu dem Zeitpunkt in dem sie Forderungen aufstellen.

Die Wirkung ist nicht so unmittelbar, die Wirkung ist meist langfristiger, habe ich das Gefühl. Dabei liegt der Zeitpunkt oft so weit auseinander, dass die Zuordnung oft nicht mehr ganz so einfach ist.

Viele Erfolge können sie nicht sofort verkaufen. Sie können wohl sagen: das haben wir vor 10 oder 20 Jahren schon gesagt, oder vor 5 Jahren schon gesagt, aber die Erfolgszuordnung ist nicht unmittelbar.

Eine NGO hat natürlich nicht die Aufgabe zu hinterfragen, ob das rechtlich geht oder ob das Parlament bei dieser Frage dahinter steht. Da gibt es natürlich eine Reibungsfläche. Die CIPRA kann bei den Verhandlungen auch nicht immer aktiv eingreifen und die Hand heben und sagen: „Wir wollen! Und ihr müsst!“. Das ist für die CIPRA sicher nicht so einfach.

Man muss dabei aber ganz klar unterscheiden zwischen den Nationalen CIPRAs und der CIPRA international. Die nationalen CIPRAs, so habe ich den Eindruck werden in ihren Ländern nicht als relevante Partner gesehen, hingegen im internationalen Prozess durch die Tatsache, dass sie nicht regierungsabhängig ist hat sie eine Stärke. Sie können alpenweite Prozesse organisieren, die Staaten oder die Verwaltungen der jeweiligen Mitgliedsländer nie organisieren könnten. Oder wenn dann nur in mühsamer und langer Arbeit. Dort sind sie innerhalb der Organisation der Alpenkonvention, voraus.

Netzwerke sind eben für die Alpenkonvention entscheidende Motoren, weil die das gemeinsame Zusammenarbeiten und das gemeinsame Vorgehen von Nizza bis Wien als Mission haben. Das können ganz einfach die politischen Parteien und die Gremien der Alpenkonvention nicht. Das ist der große Beitrag der NGOs und im Besonderen der CIPRA, dass der Prozess schon gelebt wird, während die Nationalstaaten im internationalen Denkprozess noch weit hinten sind.

Aber ich habe die CIPRA nie als Organisation erlebt, die an ihrer Aufgabe klebt. Ganz im Gegenteil, wie es am Beispiel des Kulturprotokolls zu sehen war, da hat es sich für die CIPRA nicht mehr gelohnt. Da hat sie durchaus auch die Freiheit, sich zurückzuziehen und zu sagen: Macht mal! Also ich würde sagen da ist die CIPRA sehr opportunistisch und engagiert sich schon dort, wo sie etwas erreichen kann

Der Einfluss, glaube ich, ist nicht so hoch, weil sich die CIPRA zu wenig konkret in Hinblick auf konkrete Themen sich zu Wort meldet. Entweder erfährt die CIPRA das nicht oder sie meldet sich und müsste wieder eine Sitzung machen, dann dauert das zu lange und dann ist das aktuelle Thema schon wieder weg. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass sie jemals bei den Politikern in Salzburg bei uns tatsächlich einmal mit einer Delegation vorgesprochen hätten oder um einen Besprechungstermin gebeten hätten.

Thema: Welche Politiken und Instrumente haben die stärksten Auswirkungen auf die Entwicklung von Natur und Kulturlandschaft?

Aussagen: Das Größte ist sicher die gemeinsame Agrarpolitik. Dann ist natürlich die nationale Politik gefragt, insbesondere im Bereich der Forstpolitik, aber auch sämtliche weiteren Sektoralpolitiken mit deren Auswirkungen.

Ich denke an die Verkehrspolitik, ich denke an die Umweltpolitik, Pro Natura, Natura 2000 usw. Die weitaus größten Einflüsse würde ich aufgrund der Flächeninanspruchnahme und der Flächenverantwortung eindeutig der Agrarpolitik und der Forstpolitik zuordnen.

Auf EU Ebene finde ich dabei noch am interessantesten die „INTEREG“ Ansätze insbesondere im Bereich „INTEREG 3 B“ und dort im Programm „ALPinspace“, wo man versucht, auf Projektebene gemeinsame Aktivitäten auszulösen.

Da würde ich sagen: das ist die europäische Ebenen, es ist nicht die Alpenebene.

Also die europäische Politik, die europäische Regionalpolitik, die europäische Agrarpolitik, die gemeinsame Währungsunion, die transeuropäischen Netze, das sind die Sachen, die auf den Alpenraum die großen Auswirkungen haben.

Und alles, was auf der Ebene des Alpenraums gemacht werden kann, ist dem gegenüber nachgeordnet. Das ist die ganz große Schwierigkeit unter der die Alpen stehen, weil sie hier praktisch nur reagieren können und nicht agieren und die Probleme können auch nicht im Alpenraum selbst gelöst werden, sondern sie müssen auch auf der europäischer Ebene gelöst werden. Das würde für mich natürlich zugleich bedeuten, ein Engagement für eine angemessene Umweltpolitik im Alpenraum müsste auch auf die europäische Ebene zugleich gehen.

Das ist ein Aspekt, aus dem sich die CIPRA vollkommen zurückhält, ich habe auch das Gefühl, das ist eine ganz andere Politikebene, die von anderen Lobbyverbänden gemacht werden. Die CIPRA kann ja nicht alles zugleich machen, da fachlich zu vieles gleichzeitig läuft und weil der Alpenraum viel zu komplex ist und man nicht alles machen kann was notwendig wäre. Andererseits wäre es da geschickt, mit anderen Umweltlobbyorganisationen, die ganz bewusst auf der europäischen Ebene arbeiten, auf der europäischen Ebene das Föderalisieren von Maßnahmen anzudenken und zusammenzuarbeiten.

Ich glaube, dass man, wenn man positive Auswirkungen erreichen will, lokale Agenda 21 Prozesse als Instrument sehr starke Auswirkungen haben können und auch Kooperationen, also regionale Zusammenarbeit, hier sehr starke positive Auswirkungen haben kann.

Die Waldpolitik, Natur und Landschaftsschutz, auch negativ gesehen die Verkehrspolitik und natürlich die Landwirtschaft- und Tourismuspolitik:

da würde ich meinen hat Europa noch einen relativ geringen Einfluss, da sind die nationalen Politiken noch stärker. Natürlich haben die Subventionen auch einen Einfluss, aber nach 2007 werden die INTERREG Projekte wegfallen, da wird sich einiges ändern mit der neuen Landwirtschaftspolitik.

Man kann eigentlich alles, wenn man will, und wenn es gesetzliche Bestimmungen gibt eigentlich nur über Förderung, über Abgaben, über Steuern sowohl positiv als auch negativ beeinflussen.

Thema: Welche Bedeutung haben regionale Identitäten für eine nachhaltige Entwicklung?

Aussagen: Das, würde ich sagen, ist die Schlüsselfrage und zwar deswegen, weil die ganze Entwicklung aus meiner Perspektive davon abhängt, dass man moderne Werte und moderne Gedanken mit traditionellen Werten und Gedanken verbindet und an dem Punkt, wo die Alpen nur modernisiert werden, da fällt die ganze Tradition weg, da fällt der ganze Umweltbezug weg und damit auch die Umweltverantwortung.

Nur wenn Alt und Neu verbunden werden kann, auf eine neue, innovative Weise, dann entstehen neue Entwicklungen und neue Wirtschafts- - und Lebensformen, die überhaupt wirtschaftlich konkurrenzfähig sind. Wenn nur die Tradition als Tradition übrig bleibt, gibt es kulturelle und wirtschaftliche Erstarrung und dann geht im Prinzip über kurz oder lang alles den Bach runter.

Wenn man keine regionalen Identitäten hat, dann läuft alles in eine ganz andere Richtung, dann bekommt man höchsten die Verstädterung der Alpen.

Ich würde sagen, dies ist eine notwendige Voraussetzung, dass solche Projekte funktionieren. Zum Beispiel ein touristisches Angebot, das Erfolg haben will, muss

einerseits im Sinne der Verwurzelung mit der Region authentisch sein, und es muss dann vor Ort die Komponenten geben, die ein Angebot entwickeln, die ein Angebot vorantreiben, die Angebot weiterentwickeln

Ich glaube, das regionale Identitäten großen Einfluss haben, ich glaube auch dass sie notwendig sind, wenn man den Alpenraum und nicht nur die Zentrallagen im Alpenraum besiedelt haben will.

Ich glaube, das ist ein Märchen, auch der hinterste und letzte Bewohner des Alpenraumes wird ein urbaner Mensch sein. Da ist Natur zwar vorhanden und ist Drumherum, aber für die meisten Leute ist es Kulisse.

Die Identität ist überall die gleiche, ich habe nicht das Gefühl, dass die Alpen die Leute in ihrer Identität mehr bindet als anderswo.

Ich habe den Eindruck, dass durch die Globalisierung neue Identitäten entstehen, dass die Alpen Rückzugsräume sind, von Leuten, die gewisse alternative Lebensformen haben, wo sie in Dörfer gehen und andere Lebensformen suchen. Wo man sich von der Globalisierung abschottet, wo man andere Lebensphilosophien verwirklicht.

Dass man die regionalen Identitäten fördern muss, damit die Leute da bleiben und sich dann engagieren, das ist ein Märchen. Das funktioniert so in dieser Art nicht. Das ist dann auch Blut und Boden-Politik, dass ist dann nahe an nationalsozialistischen Prämissen, wenn man versucht, Leute ideologisch an ein Gebiet zu binden.

Es ist viel wichtiger, dass man Bewegungen einleitet, damit die Leute ein regionales Bewusstsein entwickeln können. Das ist viel wichtiger als dass man sagt: Wir müssen Maßnahmen treffen für die regionale Identität.

Regionale Identität ist sehr wichtig. Es ist so, wenn man zum Beispiel etwas fördern will, darf man den Leuten nicht das aufzwingen, was man selber will. Das soll von dort kommen, die Gemeinde oder ein Verein oder die Bevölkerung sollen dahinter stehen. Wenn das von dort kommt, dann fördern wir es, aber wir setzen es nicht auf, denn dann wird das nichts.

Thema: Welche Lösungen gibt es für die negativen ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen der stark wachsenden Freizeit-, Tourismus- und Pendlermobilitäten in den Alpen?

Aussagen: Es geht, von mir aus gesehen, nicht um Verbote, weil Verbote zwangsläufig dazu würden führen, dass vor allem die Touristen, die sehr sensibel reagieren, auf andere Märkte ausweichen würden. Dann würden wir massiv verlieren.

Es geht nur über Sensibilisierung, Information und Fördermittel, insbesondere im Bereich des öffentlichen Verkehrs.

Öffentlicher Verkehr, verstanden als kapillares System, das heißt, dass bis in die letzten und hintersten Ortschaften dann effektiv die Erschließung auch möglich ist.

In der Schweiz erhalten Busbetriebe und Regionalverkehrsbetriebe des Schienenverkehrs nur Abgeltungen aufgrund von Einwohnerzahlen, also aufgrund der ständig ansässigen Bevölkerung. Die Touristenströme werden dort nicht berücksichtigt. Dadurch fallen diese durch das Abgeltungsnetz, erhalten also keine

staatliche Förderung und können so nicht unterhalten werden. Ich gehe davon aus, dass das in den anderen Alpenstaaten das gleiche Problem ist.

Es fehlt in dem Sinn auch ein gewisses Bewusstsein bei den politischen Akteuren für die Bedeutung dieses Freizeitverkehrs, das ist das Fazit. Hier wäre, nicht zuletzt über die Alpenkonvention von mir aus gesehen, massiver Handlungsbedarf und auch dort würde ich mir wünschen, dass eben die Alpenkonvention eben aktiv würde. Infrastruktur koste ja auch Geld, und wenn ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrssystem vorhanden ist, würde das auch Kosten sparen.

Da würde meine Antwort in die Richtung gehen, dass die in den unterschiedlichen Regionstypen unterschiedlich gelöst werden müssen.

Vielleicht als Leitlinie die endogenen Ressourcen der Alpen müssen wieder aufgewertet werden, müssen praktisch wieder genutzt werden auf eine nachhaltige Weise, auf eine umweltverträgliche Weise, auf eine sozialverträgliche Weise, in Form von Qualitätsprodukten.

Bei den Pendleraktivitäten können meiner Meinung nach, wobei es in Extremlagen schwierig wird, öffentliche Personen Nahverkehrsangebote in Zentrumslagen schaffen.

Der Freizeitverkehr ist meiner Meinung nach nur eine Begrenzung der Stellplätze an den Zielorten eine Lösung, ich denke jetzt besonders an den Wintersport.

Begrenzung der Fahrzeuge, die in einen bestimmten Raum hineinfahren dürfen und da dagegen wieder entsprechende Angebote den ÖPNV. In Werfenweng ist sicher so ein Ansatz.

In Bezug auf den Pendlerverkehr ist meiner Meinung nach die einzige Lösung die, die Zersiedelung zu stoppen, ich weiß aber nicht ob das politisch durchzusetzen ist. So wie jetzt die Diskussionen in der Schweiz laufen wird es aber eher so ablaufen, dass Bauen außerhalb der Bauzonen zugelassen wird. Es wird eine weitere Zersiedelung bedeuten.

Im Bereich des Tourismus soll alles unternommen werden, um den öffentlichen Verkehr zu fördern und dem Ansturm des individuellen Verkehrs gerecht zu werden.

Im Moment ist es einfach so, dass wir die Struktur der Nachfrage anpassen. Und ich glaube, hier müsste man die Angebote steuern, so dass die Leute in vorgegebenen Strukturen agieren müssen. Das kann bedeuten, dass man in gewissen Tälern nicht fahren kann. Oder man zahlt viel Geld, oder man kann nur öffentlich weiter.

Die Mobilität als Fluß installieren, dann kann man nicht überall mit dem Auto, sondern es wird aufgrund von bestimmten Kriterien limitiert. Es ist einfach ein komplett anderer Ansatz Verkehrspolitik zu betreiben, wenn man die Strukturen vorgibt.

Das wäre auch eine Aufgabe für die CIPRA: zu schauen, was man praktisch durch Verkehrslenkungen Investitionen und Verhaltensänderungen bewirken kann, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

Das Problem des Verkehrs ist eine Kostenfrage. Man kann nicht, und das bringt auch nichts, dass man jetzt wieder neue Vereinbarungen mit der EU schließt über Verkehrsbeschränkungen, Punktezahl u.s.w.

Das Mautsystem geht ja in die richtige Richtung bei Lkws, nur das ist noch immer keine Kostenwahrheit.

Wie groß ist das ökonomische Potential nachhaltiger Tourismusformen?

Aussagen: Der sanfte Tourismus hat für mich ein großes Potential. Natürlich nicht in dem ökonomischen Umfang wie der herkömmliche Massentourismus, sondern vielmehr im Bereich einer Diversifizierung des touristischen Angebotes, welches gerade auch im Alpenraum dringen nötig ist. Hier wäre auch mein Wunsch an verschiedenste Tourismusakteure, dass dieses Potential erkannt wird und dementsprechend auch Angebote gefördert werden.

Es gibt dabei bereits gute Ansätze in diese Richtung, die müssten aber noch ausgedehnt werden.

Aber es darf auf keinem Fall umgekehrt so geschehen, dass plötzlich nur noch dieses nachhaltige Tourismus Prinzip akzeptiert wird und alles andere verpönt wird. Weil nur so werden wir das Überleben wirtschaftlich doch nicht sicherstellen können.

Da würde ich spontan sagen es ist sehr gering. Größenordnung bei 1% - 2% .

Damit es größer wird bräuchte es sehr bewusste, sehr gezielte Maßnahmen der Umweltbildung, der Werbung und so was alles, so ganz bewusste Akzente, aber momentan ist es relativ klein.

Ich glaube Nachhaltigkeit ist eine notwendige Bedingung für touristische Angebote, die wir im alpinen Raum schaffen.

Es ist einfach so, dass große Teile der alpinen Regionen von der „Lebensader Tourismus“ abhängig sind, da ist die Nachhaltigkeit touristischer Projekte eine wichtige Forderung.

Es geht ja nicht darum, jetzt touristische Angebote auf Kosten natürlicher oder sozialer Ressourcen zu schaffen, sondern es geht darum, durch Tourismus und durch Tourismuswirtschaft einen ökonomischen Mehrwert zu garantieren und mit den Ressourcen die man dazu einsetzen muss, auch entsprechend verantwortungsvoll umzugehen

Dass Sommertourismus oder Tourismus überhaupt auch mit diesem Konzept oder dieser Forderung erfolgreich sein kann, zeigt der österreichische Tourismus schon sehr stark. Wir leben ja weder im Sommer noch im Winter von den Themenparks oder von künstlichen Erlebniswelten, sondern im Großen und Ganzen doch von sehr landschaftsbezogenen Angebotsformen.

Also, ich glaube, Nachhaltigkeit ist eine wichtige Forderung, Nachhaltigkeit ist durchaus auch ein Rezept für erfolgreiche Tourismuswirtschaft.

Wir merken, dass wir mit Tourismus in den österreichischen Alpen erfolgreich sein können. Natürlich nur, wenn wir hohe Qualität bieten in der Infrastruktur und vor allem auch im Service, das ist klar.

Unser touristischer Erfolg hängt aber aus meiner Sicht davon ab, dass diese wichtigste Ressource, die wir in Österreich vermarkten, nämlich unsere Natur und unsere Erholungslandschaft, ein großer Wert an sich ist. Ich glaube schon, dass mittlerweile ein großes Bewusstsein dafür da ist. Zudem glaube ich, dass man wahrscheinlich mit der Ressource Natur und Landschaft nicht mehr diesen leichtfertigen Umgang pflegt, wie man das vielleicht vor 20 oder 30 Jahren noch gemacht hat.

Nachhaltigkeit hat für uns natürlich einen großen Stellenwert, wenn man an die touristischen Formen denkt, die wir primär vermarkten. Bei uns gibt es vor allem im Sommer touristische Formen, die sehr stark naturbezogen sind.

Die wichtigere Frage hier ist, wie man die Kulturlandschaft in Zukunft sichern kann, damit der Tourismus weiterhin in einer landschaftsorientierten Form stattfinden kann. Gelingt das nicht, dann haben wir ein Problem. Dort muss man sich ernsthaft überlegen, mit was für Nutzungsformen wir uns in den Alpenstrukturen bewegen können, damit die weiterhin ihren landschaftlichen Sinn haben, auch wenn sie nicht mehr unbedingt den landwirtschaftlichen Bewirtschaftung entsprechen, aus der sie entstanden sind.

Unser Kapital ist die Landschaft in dem Sinn. Die Umfragen zeigen ja, dass die Leute eben deshalb sehr stark herkommen: Natur, Umweltschutz Landschaft u.s.w., das ist also für uns das Um und Auf. Aber man muss auch etwas Anderes anbieten, muss eben Vielseitig sein

7.3.2. Interpretation

Wie und wo konnte sich die CIPRA in der Vergangenheit positionieren, in welcher Form wurde und wird die CIPRA wahrgenommen?

Die CIPRA wurde als Initiator, Beobachter und aktives Element innerhalb der Alpenkonvention in diesem Zusammenhang genannt, daran erkennt man die enge Verbindung, die zwischen der CIPRA und der Alpenkonvention hergestellt wird. Des Weiteren wird die CIPRA als Dachorganisation gesehen, in dieser Funktion trifft sie ihre Entscheidungen größtenteils unabhängig von den anderen Mitgliedern. Deshalb ist nicht sicher, ob diese Entscheidungen auch von allen anderen Mitgliedern immer mitgetragen werden. Auch als Partner in der vernetzten Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wird die CIPRA gesehen, zudem wird

darauf hingewiesen, dass vor allem die Arbeit der CIPRA International und weniger die der nationalen CIPRAs wahrgenommen wird.

Aussagen zur thematischen Entwicklung der CIPRA in den letzten Jahren:

In Bezug auf die Entwicklungsgeschichte wird darauf hingewiesen, dass die CIPRA einen programmatischen Wandel vollzogen hat. Anfangs sehr regierungsnah, ab 1983/84 vollzog sich der Wandel zur Umweltlobby – Gruppe und 1986 kam die Veränderung hin zu einer Organisation, die sich für nachhaltige Entwicklung und nicht mehr nur sektoral für Umweltinteressen einsetzt. Dieser Wandel ist auch für den Aufbau und die Arbeit der Alpenkonvention wesentlich.

Aussagen über die CIPRA in ihrer Rolle als politischer Akteur:

Die CIPRA wird aufgrund ihrer Positionierung von ihren Gegnern, vor allem innerhalb der Schweiz, als „rotes Tuch“ gesehen. Damit verbunden wird von den Gegnern, welche vor allem wirtschaftliche Interessensvertretungen darstellen, versucht, der CIPRA den Stempel als „Verhinderer“ aufzudrücken. Grundsätzlich positioniert sich die CIPRA klar und wird innerhalb des Alpenraumes, außer bei den genannten Gegnern, als wichtiger und kompetenter Partner gesehen. Zusätzlich nimmt die CIPRA oft die Rolle als Vertreter der Gesamtalpen auf der politischen Ebene ein, dies ist ein schwieriger Spagat, da die CIPRA in erster Linie ihrer Rolle als Umweltschutzverband gerecht werden sollte. Als Vertreterin der Gesamtalpen würde sich die CIPRA in die Gefahr begeben, sich zu überfordern.

Die mögliche Rolle der CIPRA in Zukunft: welche Themenbereiche können eine Rolle spielen?

Von der CIPRA wird erwartet, dass sie sich mit Hilfe des Instrumentes der Alpenkonvention verstärkt auf die Themen Verkehr, Bevölkerung und Kultur konzentriert. Auch das verstärkte Einbinden aller Teilräume innerhalb des Alpenraums wird gefordert. Vor allem die Brückenbildung zwischen den „germanischen“ und den „romanischen“ Alpen wird als Kernaufgabe der Zukunft

gesehen, dies auch im Hinblick auf eine Positionierung der Alpen in Europa. Auch hier wird wieder die Hauptaufgabe darin bestehen, die richtige Balance zu finden, denn der Schwerpunkt sollte darin liegen, sich sowohl als Umweltorganisation wie auch als Teil eines europäischen Netzwerkes, welches für nachhaltige Entwicklung eintritt, klar zu profilieren. Dies zu erreichen ohne sich zu übernehmen wird eine zukünftige Herausforderung der CIPRA darstellen.

Die Rolle der CIPRA im Zusammenhang mit der Alpenkonvention:

Die CIPRA wird als die wesentliche Vorarbeiterin und Antriebsfeder bei der Entstehung der Alpenkonvention gesehen. Durch diesen großen Erfolg hat sich auch das Wesen der CIPRA als Organisation gänzlich verändert. Das hat zur Folge, dass die CIPRA ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zur Alpenkonvention hat. Eine weitere Schwierigkeit ist, dass die Alpenkonvention von Seiten der Politik zum Teil nur als Schutzinstrument wahrgenommen wird und die Politik nur sehr halbherzig hinter den Protokollen steht. Deshalb ist die zukünftige Entwicklung der CIPRA wesentlich von der Entwicklung der Alpenkonvention abhängig.

Projekte oder Fallbeispiele, innerhalb welcher die CIPRA eine wesentliche Rolle spielt oder gespielt hat:

Vor allem das Gemeindeforum „Allianz in den Alpen“ wird als das Paradebeispiel der von der CIPRA initiierten Projekte gesehen. Unter anderem auch deshalb, weil durch dieses Projekt die Ziele der Alpenkonvention ein Gesicht bekommen und auch für die Öffentlichkeit erfahrbar werden. Auch die CIPRA Homepage und das Projekt alpMedia wird sehr positiv, und auch für die praktische Arbeit verwendbar, angesehen. Generell wird der CIPRA ein professionelles Projektmanagement attestiert. Mit der Einschränkung, dass auch hier die Gefahr besteht, dass durch zu viele Projekte die CIPRA sich übernimmt und die klare Positionierung verliert.

Wie kann die CIPRA als NGO einen Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben?

NGOs können, dies lässt sich am Beispiel der CIPRA gut erkennen, wesentlichen Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben. Als Grundvoraussetzungen wurden in diesem Zusammenhang, Dialogfähigkeit, hohe fachliche Kompetenz und Fähigkeit zur Problemwahrnehmung genannt. Sind diese Faktoren gegeben, so kann eine NGO überproportional viel Einfluss auf die Politik ausüben. Als Beispiel dient das 89 Punkte Programm der CIPRA. An diesem orientierten sich die Protokolle bei der Gründung der Alpenkonvention maßgeblich. Ein Vorteil von NGOs gegenüber der Politik ist die Beständigkeit, das „Bleiben an der Sache“, gleichzeitig haben NGOs auch die Möglichkeit, sich von einem Thema abzuwenden, wenn keine Erfolgsaussichten mehr gegeben sind. Neben den Möglichkeiten der direkten Einflussnahme sind auch Wirkungen zu sehen, die sich erst längerfristig zeigen. In diesem Zusammenhang kann man die Veränderungen in Bezug auf das Umweltbewußtsein sehen. Es ist erst seit wenigen Jahren möglich, auf dieser Ebene auch Marketing zu betreiben. Diese Bewusstseinsveränderung wird zum Teil auch NGOs zugeschrieben.

Welche Politiken und Instrumente haben die stärksten Auswirkungen auf die Entwicklung von Natur und Kulturlandschaft?

Auf diese Frage scheint es zwei Ebenen von Antworten zu geben. Erstens die Annahme, dass vor allem die nationalen Politiken und Instrumente Wirkungen zeigen. Hier wurden in erster Linie Agrarpolitik, Forstpolitik, Raumordnungspolitik, Verkehrspolitik und ihre Instrumente genannt. Zweitens die Ansicht, dass die Politiken und Einflüsse von außerhalb des Alpenraums sich am stärksten auswirken. Beispiele für Politiken von Außen sind die europäische Agrarpolitik, die unterschiedlichen Fördergebietskulissen und transeuropäische Netze.

Welche Bedeutung haben regionale Identitäten für eine nachhaltige Entwicklung?

Auch die Frage der regionalen Identität wird differenziert gesehen. Es wird einerseits davon ausgegangen, dass nur mit regionalen Identitäten die Verbindung zwischen Modernisierung und Tradition erreicht werden kann. Dies wird als notwendige Voraussetzung bezeichnet um zu verhindern, dass es über kurz oder lang zu einer Verstädterung der Alpen bei gleichzeitiger Entsiedelung der peripheren Lagen kommt. Andererseits wird aber davon ausgegangen, dass sich regionale Identitäten durch die Globalisierung auflösen werden und es negative Folgen hätte, solche aktiv zu fördern.

Welche Lösungen gibt es für die negativen ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen der stark wachsenden Freizeit-, Tourismus- und Pendlermobilitäten in den Alpen?

Dazu wird in erster Linie die Änderung der Förderungspolitik im öffentlichen Verkehr genannt. Dazu müsste die Abgeltung des öffentlichen Verkehrs sich nicht nur auf die ortsansässige Bevölkerung beziehen, sondern auch die Touristenströme müssten miteingerechnet werden. Als Maßnahme gegen die starken Pendlermobilitäten ist die wachsende Zersiedelung zu sehen. In diesem Zusammenhang könnte eine restriktivere Siedlungspolitik auf regionaler Ebene dem Trend entgegenwirken. Am effektivsten in diesem Zusammenhang wäre eine grundsätzliche Änderung der Verkehrspolitik. Das würde bedeuten: nicht die Strukturen der Nachfrage anzupassen, sondern Strukturen, innerhalb derer die Bevölkerung agieren kann, vorzugeben. Jedoch sollten solche Strukturen nicht diktiert, sondern ausgehandelt werden. Bei solch vorgegebenen Strukturen bestünde in weiterer Folge auch die Möglichkeit von Investitionslenkungen.

Wie groß ist das ökonomische Potential nachhaltiger Tourismusformen?

In diesem Zusammenhang wird genau zu beachten sein, was nachhaltiger Tourismus wirklich ist. Allgemein scheint nachhaltiger Tourismus in Form des sanften Tourismus durchaus ein hohes ökonomisches Potential zu besitzen. Betrachtet man die Aussagen von Seiten der Tourismuswirtschaft, so erkennt man, dass diese Art von Tourismus, durchaus ein ökonomisches Potential besitzt. Allerdings wird bei der Einschätzung der Wintertourismus ausgeblendet. Ein weiterer Aspekt dieses Themas ist die Frage, wie man das landschaftliche „Kapital“ aufrechterhalten kann, um auch in Zukunft Tourismus in dieser Form vermarkten zu können. Vor allem die Frage der zukünftigen landwirtschaftlichen Nutzung stellt sich in diesem Zusammenhang. Denn ohne entsprechende landwirtschaftliche Pflege wird die Landschaft an Vielfalt und in weiterer Folge an Attraktivität verlieren.

Schlussbetrachtung

Wenn man nun die gewonnen Erkenntnisse und Ergebnisse betrachtet, so lässt sich in Bezug auf die Forschungsfrage folgendes feststellen: es kann davon ausgegangen werden, daß NGOs einen relevanten Beitrag zur Raumentwicklung leisten können.

Dies kann man durch mehrere Ergebnisse begründen. Bei der Betrachtung der gesellschaftlichen Entwicklungen anhand der Regulationstheorie kann sehr gut gezeigt werden, welche Stellung NGOs innerhalb des postfordistischen Wirtschaftssystems einnehmen. Folgt man dieser Theorie und bezieht man zusätzlich die Effekte der Globalisierung mit ein, so kann aus theoretischer Sicht davon ausgegangen werden, dass NGOs Tätigkeiten einnehmen, die vom Staat nicht mehr bewältigt werden wollen oder können. Die Liberalisierung und Deregulierung hat in den letzten Jahren immer mehr zu solchen Rückzügen des Staates geführt. Hand in Hand mit dieser Entwicklung gehen die fachlichen Problemstellungen, mit denen sich die NGOs auseinandersetzen haben. Für die CIPRA sind das zum Beispiel der Strukturwandel in der Berglandwirtschaft, Verstädterung der Alpen oder die Verkehrsproblematik. Diese Themen sind allesamt durch die oben erwähnten Entwicklungen bedingt.

Betrachtet man nun die Geschichte der CIPRA, so lässt sich festhalten, dass die Organisation eigentlich schon von Anfang an einen gewissen Einfluss auf die Raumentwicklung ausüben konnte. Jedoch änderte sich die Art der Einflussnahme im Laufe der Zeit wesentlich. Am Beginn stand der Einfluss unter dem Zeichen des Verhinderns von Projekten, vor allem in den Bereichen von Energie und Tourismus. In den 80er Jahren vollzog sich diesbezüglich ein Wandel, es wurde immer mehr versucht, sich nicht nur als Mahner und Verhinderer in den Prozess einzuschalten, sondern auch die Entwicklungen durch fachliche Kompetenz mitzulenken. In diesem Zusammenhang steht das „89 Punkte Programm“ der CIPRA.

Darin wurden wesentliche Vorarbeiten für die Formulierung der Protokolle der Alpenkonvention geleistet. Im Zuge dieses Prozesses lässt sich der innerhalb der CIPRA vollzogene Paradigmenwechsel des Naturschutzes ableiten.

Auch die Themenpalette der CIPRA veränderte sich zu dieser Zeit. Während in der Vergangenheit der Sektor Umweltschutz im Vordergrund stand, erweiterte sich der Arbeitsbereich bis hin zum Eintreten für eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum. Dafür setzt sich die CIPRA auch heute noch ein. Die Breite dieses Themenbereiches birgt aber auch gewisse Gefahren für die Organisation, denn es ist ein schwieriger Spagat, allen Anforderungen dieses Themas gerecht zu werden und gleichzeitig nicht die Wurzel, also die Behandlung von Umweltfragen im Alpenraum, in den Hintergrund zu rücken. Zudem wird die zukünftige Einflussnahme und weitere Entwicklung der CIPRA auch im großen Maße davon abhängen, wie das Instrument der Alpenkonvention in Zukunft funktionieren wird. Denn so wie sich durch die Gründung der Alpenkonvention das Wesen der CIPRA verändert hat, wird die CIPRA auch von der zukünftigen Entwicklung der Konvention abhängig sein.

Neben diesen beiden Punkten wird für die Zukunft der CIPRA noch von Bedeutung sein, wie man auf die veränderten Bedingungen im Alpenraum reagiert. Die Stellung der Alpen im neuen, immer größer werdenden Europa und die damit verbundenen einschneidenden Veränderungen werden Themen der näheren Zukunft sein. Für den Alpenraum wird es besonders wichtig sein, dass alle beteiligten Regionen an einem Strang ziehen und somit eine Brücke über den Alpenbogen gebildet werden kann.

Diese Aufgaben können natürlich nicht von einer Organisation alleine bewältigt werden.

Über folgende vier Punkte ist es der CIPRA möglich, konkret Einfluss auf eine nachhaltige Raumentwicklung im Alpenraum auszuüben:

- Information – für die breite Öffentlichkeit
- Bildung – für spezialisierte Akteure
- Projektinitiierung – als Anstoß für nachhaltige Entwicklung
- Politische Intervention – für den Einfluss auf die Gesetzgebung

Die Durchsetzung dieser Punkte wird vor allem davon abhängig sein, wie sich neue Projekte, wie etwa das aktuelle Projekt „Zukunft in den Alpen“, etablieren können und wie die bewährten Aktivitäten, wie etwa „Allianz in den Alpen“, „alpMedia“ oder „Alpenstadt des Jahres“, weiterhin erfolgreich fortgeführt werden.

Gelingt dies, so wird die CIPRA auch in Zukunft als professioneller Akteur wahrgenommen werden und eine tragende Rolle in der nachhaltigen Entwicklung des Alpenraumes spielen können.

Literaturverzeichnis

ATTESLANDER P.: Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin, 2000

BATHELT H.: Die Bedeutung der Regulationstheorie in der Wirtschaftsgeographischen Forschung. In: Geographische Zeitschrift Bd. 82 S. 63-90. 1994

BÄTZING W., MESSERLI P., PERLIK M.: Regionale Städtische und ländliche Regionen in den Alpen Definitionen und Abgrenzungen mittels des OECD-Indikators „Bevölkerungsdichte“. In: Berichte zur deutschen Landeskunde Bd. 70/1997, Heft 2, S. 26-29. 1997

BÄTZING W.: Kleines Alpen-Lexikon. Umwelt-Wirtschaft-Kultur. München 1997

BÄTZING W.: Der Alpenraum zwischen Verstädterung und Verödung. In Praxis Geographie Bd. 28/1998, Heft 2, S. 4-9. 1998

BÄTZING W.: Die Alpen im Spannungsfeld der europäischen Raumordnungspolitik. In Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, S. 3-13. 1999

BÄTZING W a.: Die Alpen als Vorreiter und Prüfstein einer nachhaltigen Regionalentwicklung im Zeitalter der Globalisierung. In: Jahrbuch des Vereins zum Schutz der Bergwelt, 66. Jg., S. 199-205. 2000

BÄTZING W b.: Postmoderne Ästhetisierung von Natur versus „Schöne Landschaft“ als Ganzheitserfahrung. In Hegel Jahrbuch 2000, zweiter Teil, S 196-201. Berlin 2000

BÄTZING W c.: Die aktuellen Veränderungen von Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und Bevölkerung. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorensicherheit. Berlin 2002

BÄTZING W.: Bevölkerungsentwicklungs- und Siedlungsentwicklung im Alpenraum zwischen 1879 und 2000; In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung; S. 1-16; Hannover 2003

BÄTZING W.: Die Alpen – Geschichte und Zukunft einer europäischen Kulturlandschaft. München, 2003

BECK U.: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt a. M. 1997

BLOETEVOGEL H. H.: Die Globalisierung der Geographie. – In: H. H. BLOETEVOGEL, J. OSSENBRÜGGE und G. WOOD, Hrsg., Lokal verankert – weltweit vernetzt. 52. deutsche Geographentag Hamburg, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. – S. 15-29 Stuttgart 2000

BRAUMANN C.: Raumplanung im österreichischen Alpenraum – Maßnahmen am Beispiel des Landes Salzburg; In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung; S. 129-137; Hannover 2003

BRÜHL T.: Nichtregierungsorganisationen als Akteure internationaler Umweltverhandlungen; Studien zur Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt a. M. 2003

CIPRA (Hrsg.): Die Alpenkonvention: Abheben wäre möglich, CIPRA-Info Nr. 73, Schaan 2004

CIPRA (Hrsg.): Die Städte der Alpen, CIPRA-Info Nr. 72, Schaan 2004

CIPRA (Hrsg.): Bevölkerung und Kultur, CIPRA-Info Nr. 71, Schaan 2004

CIPRA (Hrsg.): Freie Fahrt für das Verkehrsprotokoll, CIPRA-Info Nr. 70, Schaan 2003

CIPRA (Hrsg.): Berglandwirtschaft, CIPRA-Info Nr. 69, Schaan 2003

CIPRA (Hrsg.): Wasser Fluch und Segen, CIPRA-Info Nr. 68, Schaan 2003

CIPRA a (Hrsg.): Das neue Netz der CIPRA, CIPRA-Info Nr. 67, Schaan 2002

CIPRA b (Hrsg.): 50 Jahre CIPRA, CIPRA-Info Nr. 64, Schaan 2002

CIPRA c (Hrsg.): Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen in Berggebieten. Tagungsband der CIPRA-Jahresfachtagung 2002. Schaan 2002

CIPRA (Hrsg.): Die EU und die Alpen. Tagungsband der CIPRA-Jahresfachtagung 2001. Schaan 2001

CIPRA (Hrsg.): Alpenreport 2. Bern/Stuttgart/Wien. 2001

CIPRA: Tagungsprotokolle zu den Jahrestagungen, CIPRA Archiv. Schaan 1951-1990

CIPRA (Hrsg.): Jung sein – alt werden im Alpenraum Zukunftsperspektiven und Generationendialog. Tagungsband der CIPRA-Jahresfachtagung 1999. Schaan 1999

- CIPRA (Hrsg.): Alpenreport 1. Bern/Stuttgart/Wien. 1998
- DOLLINGER F.: Die Protokolle der Alpenkonvention, In: Raumplanung aktuell, Die Zeitschrift für die Salzburger Raumentwicklung, 11/2004, Salzburg, 2004
- ESSER J, und HIRSCH J.: Von den Krisen der Regulation zum radikalen Reformismus. In: Politik, Institutionen, Staat. Hamburg, 1994
- GIDDENS A.: Konsequenzen der Moderne. – Frankfurt a. M. 1995
- HASSLACHER P.: Die Alpenkonvention eine Dokumentation. Fachbeiträge des Österreichischen Alpenvereins, Serie Alpine Raumordnung Nr. 17. Innsbruck 2001
- HIRSCH J.: Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat. Berlin, 1998
- HIRSCH J.: Das demokratisierende Potential von "Nichtregierungsorganisationen" Inst. für Höhere Studien (IHS). Wien, 1999
- JEKEL T.: Regionalmarketing und Regionalmanagement. Salzburg (SIR-Schriftenreihe), 1998
- JESSOP B.: Globalization : it's about time too! Inst. für Höhere Studien (IHS). Wien, 2003
- KNAUT A. :Die Anfänge des staatlichen Naturschutzes. In ADELSHAUSER W. Umweltgeschichte- umweltverträgliches Wirtschaften in historischer Perspektive. Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 15; Göttingen 1994
- KÖHLER S.: Alpenkonvention – Chance für eine nachhaltige Entwicklung der Alpen; In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung; S. 61-72; Hannover 2003
- KÖHLER S., SIEGRIST D., WEIXLBAUMER N.: Der Beitrag der Nichtregierungsorganisationen für die nachhaltige Entwicklung der Alpen – Am Beispiel der Alpenschutzkommission CIPRA; In. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 77, Heft 2/3, S. 151-167. Flensburg 2003
- KRÄTKE S.: Regulationstheoretische Perspektiven in der Wirtschaftsgeographie, In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie; Jg. 40, Heft 1-2, S. 6-19, Frankfurt a. M. 1996
- MENZEL U.: Theorie und Geschichte der Lehre von den internationalen Beziehungen. Hamburg, 1999
- ÖSTERREICHISCHER ALPENVEREIN: Vademecum Alpenkonvention, Innsbruck, 2003

TAKE I.: NGOs im Wandel: Von der Graswurzel auf das Diplomatische Parkett.
Wiesbaden, 2002

PAYER H., ZANGERL-WEISZ H.: Paradigmenwechsel im Naturschutz. In FISCHER-KOWALSKI M., HABERL H., HÜTTLER W., PAYER H., SCHANDL H., WINIWARTER V., ZANGERL-WEISZ H. Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in Sozialer Ökologie. S. 223-232.
Amsterdam 1997

PFEIFENBERGER I.: Das Planspiel im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht
Beschäftigung mit der Theorie und Entwicklung des Planspiels „Leben mit der
Tauernautobahn“. Diplomarbeit, Salzburg 2001

RAFFELSIEFER M.: Naturwahrnehmung, Naturbewertung und Naturverständnis im
deutschen Naturschutz eine wahrnehmungsgeographische Studie unter besonderer
Berücksichtigung des Fallbeispiels Naturschutzgebiet Ohligser Heide. Dissertation,
Duisburg 2000

RIEDINGER S.: Die Rolle nichtstaatlicher Organisationen bei der Entwicklung und
Durchsetzung internationalen Umweltrechts; Veröffentlichungen des Walther-
Schücking-Instituts für Internationales Recht an der Universität Kiel. Berlin 2001

STREMLOW M.: Die Alpen aus der Untersicht. Von der Verheißung der nahen Ferne
zur Sportarena. Bern 1998

STREICHER G.: Der Verkehr im Jahr der Entscheidung.
Die Alpenkonvention, Fragen – Antworten – Perspektiven 25
Innsbruck 2002

WAHL P.: Mythos und Realität internationaler Zivilgesellschaft. Zu den
Perspektiven globaler Vernetzung NGOs. In: Vernetzt und Verstrickt. NGOs als
gesellschaftliche Produktivkraft, S. 195-221. Münster 1997

WEICHHART P.: Glocalization – Die Globalisierung und ihre Auswirkungen auf die
Regionen. In: H. DACHS und R.FLOIMAIR, Hrsg., Salzburger Jahrbuch für Politik,
(Schriftenreihe des Landespressebüros, Sonderpublikationen, Nr. 180), S. 9-21.
Salzburg 2001

WEIXLBAUMER N.: Gebietsschutz in Europa: Konzeption – Perzeption –
Akzeptanz. Ein Beispiel angewandter Sozialgeographie am Fall des
Regionalparkkonzepts in Friaul-Julisch Venetien. Wien, 1998

WERLEN B.: Sozialgeographie Alltäglicher Regionalisierungen Band 2. – Stuttgart
1997

WERLEN B.: Sozialgeographie eine Einführung. Bern – Wien, 2000

WITZEL, A.: Verfahren der qualitativen Sozialforschung : Überblick und
Alternativen. Frankfurt, 1982

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Abgrenzungen des Alpenraumes, Quelle SIR

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung zwischen 1871 und 1951, Quelle Bätzing

Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung zwischen 1951 und 1981, Quelle Bätzing

Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung zwischen 1981 und 2000, Quelle Bätzing

Abbildung 5: Regulationstheorie Fordismus, Quelle Jekel

Abbildung 6: Regulationstheorie Postfordismus, Quelle Jekel

Abbildung 7: Glocalisation, Quelle Weichhart

Abbildung 8: Metropolen und Mittelstädte im und um den Alpenraum, Quelle SIR

Abbildung 9: Paradigmenwechsel im Naturschutz

Abbildung 10: Logo CIPRA, Quelle CIPRA International

Abbildung 11: Rotach-Egern, Quelle Viamicheln

Abbildung 12: Das Netzwerk der CIPRA, Quelle CIPRA International

Abbildung 13: Gebiet der Alpenkonvention, Quelle Alpenkonvention

Abbildung 14: Anteil der Länder an der Gesamtfläche des Alpenraums

Abbildung 15: Aufbau der Alpenkonvention, Quelle Alpenkonvention

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklungsphasen der CIPRA in Bezug auf den Naturschutz

Tabelle 2: Themen Pionierphase

Tabelle 3: Themen Mobilisierungsphase

Tabelle 4: Flächenanteil der Vertragsparteien an der Gesamtfläche

Tabelle 5: Anteil des Geltungsbereiches der Alpenkonvention im jeweiligen Staatsgebiet

Tabelle 6: Anteil der im Geltungsbereich der Alpenkonvention lebenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Landes

Tabelle 7: Vertragsparteien mit Vorsitz und Ort der Konferenz

Tabelle 8: Die letzten Sitzungen

Tabelle 9: Ratifizierungsstand der Alpenkonvention

Tabelle 10: Ratifizierungsstand Naturschutz/Bergwald

Tabelle 11: Ratifizierungsstand Berlandwirtschaft

Tabelle 12: Ratifizierungsstand Raumplanung und nachhaltige Entwicklung

Tabelle 13: Ratifizierungsstand Monaco Protokoll

Tabelle 14: Ratifizierungsstand Bergwald Protokoll

Tabelle 15: Ratifizierungsstand Tourismus

Tabelle 16: Ratifizierungsstand Energie

Tabelle 17: Ratifizierungsstand Bodenschutz

Tabelle 18: Ratifizierungsstand Verkehr

Tabelle 19: Ratifizierungsstand Streitbeilegung

Internetquellen

www.accc.gv.at

www.alpenkonvention.info

www.alpenkonvention.org

www.alpenstaedte.org

www.alpenverein.at

www.alpenvereine.de

www.alpinspace.org

www.alpmedia.net

www.argealp.org

www.cipra.org

www.dynalp.org

www.interreg.bayern.de/interregb/alpenraum/

www.interreg.org

www.iucn.org

www.ngo.org

www.oeaw.ac.at/raumalp

www.promonte-aem.org

www.sab.ch

www.salzburg.gv.at

www.transitforum.at

www.uia.org

curriculum vitae

Persönliche Daten

Name: **Simon Ortner**

Geburtsdatum: 28. März 1977, Geburtsort: Grieskirchen, OÖ

Adresse: Schulgasse 31/7, 1180 WIEN

Telefonnummer: 0650/7772829

E-Mail: simon.ortner@gmx.net

Schullaufbahn, Studium

- Sept. 1983 – Juli 1991: Grundschule in Altheim OÖ
- Sept. 1991 – Juni 1995: Fachschule für chemische Betriebstechnik an der HTBLA Wels
- Oktober 1996 – September 1998: Studium der Geographie am Institut für Geographie und Geoinformatik an der Universität Salzburg
- Seit Oktober 1998: Studium der Geographie im Studienzweig Raumforschung und Raumordnung am Institut für Geographie und Regionalforschung an der Universität Wien

Fachbezogene Tätigkeiten

- Sommersemester 2003: Tutor für die Lehrveranstaltung Evaluierung Regionalpolitischer Programme am Institut für Geographie und Regionalforschung.
- Von 1. März 2004 bis 15. April 2004 Praktikant bei der Standort + Markt Beratungsgesellschaft
- Seit Mai 2004 Projektmitarbeiter bei der Standort + Markt Beratungsgesellschaft. Mitarbeit bei der S+M Einkaufszentrendokumentation 2003/04, der S+M Wiener Geschäftstrassendokumentation 2004 und der S+M Fachmarkttagglomerationendokumentation 2004/05.